

Edgar Einemann / Edo Lübbling

Belegschaftsinitiativen für eine Alternative Produktion

Universität Bremen

Der vorliegende Text ist ein Arbeitsergebnis
des Projekts Strukturwandel und Strukturpolitik

Schutzgebühr: DM 6,—

3. unveränderter Nachdruck der Auflage von 1983

© 1984 Universität Bremen, Zentralstelle für die Durchführung
des Kooperationsvertrages zwischen der Universität Bremen und der
Arbeiterkammer Bremen

Umschlagentwurf: Achim Heimbucher, Bremen
Vertrieb: Universität Bremen, Zentralstelle für die Durchführung des Kooperationsvertrages
Druck: Zentraldruckerei der Universität Bremen

Printed in Germany

Inhalt

	<u>Seite</u>
Vorbemerkung	8
Einleitung	9
I Rüstungsbeschäftigte für eine Alternative Produktion: Die Selbstbefragung der Belegschaft bei VFW/MBB in Bremen	13
1 Betriebsbezogene Bildungsarbeit und Beschäftigtenforschung	13
2 Wer hat geantwortet	15
3 Die Krisenbetroffenheit der Belegschaft	17
4 Die Folgen der Rationalisierung	21
5 Rüstungsbeschäftigte für sozial nützliche Produkte	24
6 Vorschläge für eine Alternative Produktion	30
7 Zusammenfassung und Perspektiven	40
II Alternative Produktion und Verteilung zur Sicherung von Frieden und Beschäftigung	43
1 Die politische Diskussion beginnt	43
2 Die wirtschaftliche Krisensituation verschärft sich	45
3 Aufrüstung und Kriegsgefahr nehmen zu	49
4 Die zentralen Widersprüche unserer Zeit erfordern alternative Produktion, Verteilung und Organisation der Arbeit	52

	<u>Seite</u>
5 Alternative Produktion und betriebliche Umstellungen sind möglich und notwendig	56
6 Konkrete Alternativen in der Produktion	61
III Alternative Regionalpolitik zur Krisenbekämpfung und Unterstützung einer Alternativen Produktion	71
1 Ein Beispiel: regionale Strukturkrise in Bremen	71
2 Zur Kritik einer marktorientierten regionalen Wirtschaftspolitik	74
3 Beispiele der regionalen Wirtschaftsförderung aus Holland und Frankreich	76
4 Modell einer regionalen Eigengesellschaft	79
5 Arbeitsbereiche der Eigengesellschaft (Energie, Verkehr, Wohnungsbau, Meerestechnologie, Sonstiges)	
6 Ein Zentrum für sanfte Energietechnologien als Ausdruck regionaler Industriepolitik	97
IV <u>Anhang</u>	
1 Lucas Aerospace und VFW/MBB: Mike Cooley diskutierte mit Kollegen aus dem Arbeitskreis Alternative Fertigung der IG Metall bei VFW/MBB in Bremen (E. Einemann / E. Lübbing)	102
2 IG Metall, VK-Arbeitskreis Alternative Fertigung bei VFW/MBB Bremen: Grundsatzerklärung des Arbeitskreises	108

	<u>Seite</u>
3 Betriebsrat und IG Metall, VK-Arbeitskreis Alternative Fertigung bei VFW/MBB Bremen: Der Fragebogen an die Belegschaft	110
4 IG Metall-Vertrauenskörper bei Blohm und Voss Hamburg: Grundsatzklärung zum Arbeitskreis Alternative Fertigung	115
5 IG Metall-Vertrauenskörper bei Blohm und Voss Hamburg: Stellungnahme des Arbeitskreises Alternative Fertigung zum Thema "Energieversorgung für Hamburg - eine Möglichkeit für Blohm und Voss".	118
6 Arbeiten um zu Leben. Der Plan der Arbeiter und Angestellten des Bremer Voith-Werkes	122
7 Positionspapier des Betriebsrates des Werkes Leer der Olympia Werke AG zur Aufrechterhaltung des Standortes in Leer	129
8 G. Bayens, A.J. Droppert (Industrie-bond FNV, Hauptvorstand der holländischen Gewerkschaft): Die Beschäftigungsfrage von der Basis her angegriffen. Der Aktionsplan für die Beschäftigung in Nijmegen	136
9 IG Metall unterstützt Arbeitskreise Alternative Fertigung (E. Einemann / E. Lübbing)	163
10 Bremer Arbeiterkammer fordert mehr Geld für die Gemeinden zur Förderung einer Alternativen Produktion (WK v. 3.11.82)	165
V. Literaturhinweise	166

Vorbemerkung

Die vorliegende Broschüre ist ein Resultat der Arbeit des Projektes "Strukturkrise und Strukturpolitik". Zur Vorbereitung der Bildungsarbeit und einer Vielzahl von gewerkschaftspolitischen Diskussionen wurden in den Jahren 1981 und 1982 Konzepte einer "Alternativen Produktion" und einer "Alternativen Regionalpolitik" ausgearbeitet. Wir danken allen eng mit uns kooperierenden Kolleginnen und Kollegen aus der Universität (insbesondere Günter Bouwer) und aus dem Gewerkschaftsbereich (insbesondere denen von VFW/MBB in Bremen), deren Kritik und deren Anregungen unsere Arbeit wesentlich beeinflusst haben.

Unser besonderer Dank gilt unserer Projektsekretärin Ingeborg Huß, die auch die Schreibarbeiten für die vorliegende Broschüre geleistet hat.

Die einleitend dargestellten Ergebnisse der Selbstbefragung der Belegschaft bei VFW/MBB in Bremen gehen auf das besondere Engagement von Betriebsräten und Vertrauensleuten zurück; vor allem Ludwig Hettling, Bernd Grottke, Jörg Fischer und Manfred True haben die Planung, Durchführung und erste Auswertung der Aktion mit uns gemeinsam verantwortet.

Bremen, im Februar 1983

Einleitung

Mit der vorliegenden Broschüre sollen theoretische Überlegungen, praktische Schritte und Dokumente von betrieblichen Initiativen vorgestellt werden, die in Kooperation mit Wissenschaftlern an Konzepten für eine Alternative Produktion arbeiten. Die Gründung von solchen Arbeitskreisen der IG Metall zunächst in Großbetrieben der Rüstungsindustrie geht vor allem auf die zunehmende Bedrohung der Arbeitsplätze bei sich gleichzeitig massiv verschlechterndem Arbeitsmarkt zurück, ist aber auch eine Reaktion der Beschäftigten z.B. auf die unsinnigen Aufrüstungstendenzen, die immer stärkeren Umweltschäden und das Vordringen der Mikroelektronik.

Der erste Text dokumentiert die Einheit von Arbeiterbildung, betrieblichem Handeln und Beschäftigtenforschung bei VFW/MBB in Bremen, wo der Arbeitskreis Alternative Fertigung im Dezember 1982 eine Befragung der Belegschaft durchgeführt hat. Ziel der Befragung war es, einen Einblick in die Rationalisierungs- und Krisenbetroffenheit der Kollegen zu bekommen, das Interesse an ziviler statt militärischer Produktion festzustellen und die Phantasie der Beschäftigten für Alternative Produkte - sozial nützliche, nichtmilitärische Güter - anzuregen. In die Auswertung der Befragung sind schon erste perspektivische Überlegungen eingegangen.

Im zweiten Aufsatz wird das Konzept einer Alternativen Produktion aus gesellschaftlichen Zusammenhängen heraus erläutert: Die Krisen- und Rationalisierungstendenzen, die weltweite Aufrüstung, die Widersprüche z.B. zwischen Armut im Süden und Vergeudung im Norden sowie zwischen technologischen Möglichkeiten einerseits und sozialer Realität andererseits legen eine Umsteuerung der Produktion und der Ressourcen nahe, die technologisch zweifellos

möglich ist. Neben Durchsetzungs- und Finanzierungsüberlegungen werden auch konkrete Produktideen vorgestellt. Diese aus der Literatur nur beispielhaft zusammengestellten Produktvorschläge sind weitgehend in Deckung mit denen, die die Kollegen von VFW/MBB in der Befragung zusammengetragen haben.

Der dritte Text verbindet die betrieblichen Aktivitäten und die 'technologische' Ebene mit dem politischen Konzept einer alternativen regionalen Strukturpolitik, die durch die Grundvorstellung einer aktiven Politik des Staates zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zum bewußten und letztlich politisch gewünschten Aufbau einer regionalen und kommunalen Produktion gekennzeichnet ist. Am Beispiel Bremens wird die ökonomische Situation einer Krisenregion beschrieben, die marktwirtschaftliche Regionalpolitik kritisiert und als Alternative eine Strukturpolitik vorgestellt, die u.a. über staatliche Eigengesellschaften und Aufträge zu einer wesentlichen Verbesserung der Lebensqualität beitragen kann.

In allen Texten wird darauf hingewiesen, daß weder die Alternative Produktion noch die Alternative Regionalpolitik alleine dazu in der Lage sind, die Hauptprobleme der heutigen Zeit zu lösen. Ohne eine auf Kosten der Reichen und des Rüstungsetats durchgeführte Beschäftigungspolitik des Bundes, ohne einschneidende Arbeitszeitverkürzungen und ohne weitere Demokratisierungs- und auch Vergesellschaftungsschritte wird es kaum eine glückliche Zukunft für die gesamte Bevölkerung geben. Aber auch eine solche "Wende nach vorne" wäre auf betriebliche und kommunale Initiativen, Basisbewegungen und regionalwirtschaftliche Steuerungsinstrumente angewiesen, zu deren Stärkung die vorliegende Broschüre in die Diskussion eingreifen will.

Im Anhang werden Erklärungen von betrieblichen Arbeitskreisen zur Alternativen Produktion in der Bundesrepublik und ein Bericht über holländische Aktivitäten dokumentiert.

I Rüstungsbeschäftigte für eine Alternative Produktion.

Die Selbstbefragung der Belegschaft bei VFW/MBB in
Bremen

1 Betriebsbezogene Bildungsarbeit und Beschäftigten-
forschung

Gewerkschafter aus dem Flugzeugbauunternehmen VFW/MBB in Bremen und Wissenschaftler des Kooperationsbereichs zwischen Universität und Arbeiterkammer haben 1981 gemeinsam eine Bildungsarbeit begonnen, die an betriebliche Probleme anknüpfte und speziell auf die Beschäftigten der Luft- und Raumfahrtindustrie zugeschnitten war. 1981/82 wurden drei Wochenseminare im Rahmen des Bremer Bildungsurlaubs mit insgesamt 40 Kolleginnen und Kollegen von VFW durchgeführt; Ende 1982 fand ein Wochenendseminar statt und 1983 werden zumindest zwei weitere Wochenseminare und Wochenendseminare stattfinden. Die Arbeitsplatzbedrohung der Arbeitnehmer durch die Folgen von Krise und Rationalisierung sowie das gewerkschaftliche Interesse an nichtmilitärischer Produktion haben im März 1982 zur Gründung eines betrieblichen Arbeitskreises "Alternative Fertigung" der IG Metall-Vertrauensleute geführt, der Vorschläge für die Umstellung der Produktion auf sozial nützliche Güter diskutiert. Der Arbeitskreis tagt seitdem alle 3 - 4 Wochen im Betriebsratsbüro mit durchschnittlich 25 - 30 Teilnehmern; insgesamt haben schon über 100 Kollegen an Sitzungen des Arbeitskreises teilgenommen. Die Mitglieder des Arbeitskreises kommen aus der Produktion, der Entwicklung und dem kaufmännischen Bereich - es sind Arbeiter, Techniker und Ingenieure sowie Kaufleute engagiert. Zur Wahrnehmung der laufenden Geschäfte wurde ein

5-köpfiger Organisationskreis gewählt, der wöchentlich zusammentritt und stark mit der Koordination von Außenterminen (Referate auf Veranstaltungen und Interviews) belastet ist. Die bisherige Öffentlichkeitsarbeit und die Tatsache, daß es in der Bundesrepublik nur sehr wenige solcher Arbeitskreise in großen Rüstungsbetrieben gibt, haben inzwischen zu einer erheblichen Popularität auch auf Bundesebene und nicht mehr bewältigbaren Arbeitsanforderungen geführt. Innerbetrieblich wird in Arbeitsgruppen, die ungefähr alle 2 - 3 Wochen tagen, zu bestimmten Technologiefeldern wie z.B. Energietechnologien und an konkreten Projekten wie z.B. zahnmedizinische Geräte gearbeitet.

Im Dezember 1982 wurde vom Arbeitskreis Alternative Fertigung, der Vertrauenskörperleitung der IG Metall und dem Betriebsrat von VFW/MBB Bremen eine Befragung der Belegschaft durchgeführt. Ziel war es, sowohl einen Überblick über die Krisen- und Rationalisierungsbetroffenheit der Kollegen zu bekommen als auch die Phantasie der Beschäftigten im Hinblick auf mögliche Alternative Produkte zu aktivieren. Der Fragebogen wurde auf einem Wochenendseminar gemeinsam erarbeitet, von den Vertrauensleuten der IG Metall im Betrieb verteilt und wieder eingesammelt. Die erste Auswertung erfolgte in einem Wochenseminar Anfang 1983; die Ergebnisse werden vom Betriebsrat veröffentlicht und unter den Vertrauensleuten, im Arbeitskreis und mit der Belegschaft diskutiert. Ein wichtiger Effekt der Befragung besteht in der "indirekten" Aktivierung der Belegschaft, die mit dem Ausfüllen des Fragebogens und bei der Diskussion der Ergebnisse zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit den betrieblichen Problemen und möglichen gewerkschaftlichen Alternativen angeregt wird.

An der kontinuierlichen Bildungsarbeit haben sich insgesamt ca. 50 Kolleginnen und Kollegen von VFW beteiligt. Die zentralen Seminarthemen waren der Einsatz von Mikroelektronik in der Produktion, die Krisensituation und die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Strategien sowie Überlegungen zu einer Alternativen Produktion. Die Seminarteilnehmer waren je zur Hälfte Arbeiter und Angestellte, davon wiederum die Hälfte Ingenieure. Je ein Viertel waren Betriebsräte und Vertrauensleute, die Hälfte war ohne gewerkschaftliche Funktion. Man kann schon nach der bisherigen 1 1/2 jährigen Kooperation von einer Einheit aus betriebsnaher Bildungsarbeit, Belegschaftshandeln im Betrieb und einer von den Beschäftigten selbst geplanten und durchgeführten Forschungsarbeit sprechen.

2 Wer hat geantwortet?

An die ca. 4.700 Beschäftigten im Werk Bremen von VFW/MBB wurden Anfang Dezember 1982 ca. 3.500 Fragebögen verteilt und bis Ende des Monats wieder von den Vertrauensleuten der IG Metall eingesammelt. Die lange Zeitspanne zwischen Verteil- und Abgabetermin, das Fehlen von dezentral aufgestellten "anonymen" Urnen sowie kritische Briefe von der Werksleitung und der Gruppe unabhängiger Betriebsräte (Tenor: Boykott der Befragung) haben dazu beigetragen, daß mit 400 ausgefüllt abgegebenen Fragebögen eine Rücklaufquote von lediglich 11 % erreicht wurde.

Man muß annehmen, daß in der Belegschaft eine gewisse Skepsis vorhanden ist, die den Ergebnissen der Befragung den Anspruch auf Repräsentativität abspricht: es dürften vorrangig jene Kollegen ge-

antwortet haben, die den Gewerkschaftsaktivitäten eher positiv gegenüberstehen. Dennoch hat die Befragung ihr Ziel erreicht: die Äußerung von 400 Beschäftigten gibt Hinweise auf bedeutende Meinungen innerhalb der Belegschaft, und die derzeit aktivierbaren Vorschläge für Alternative Produkte stehen dem Arbeitskreis zur Verfügung.

Beim Vergleich der Struktur der Gesamtbelegschaft mit der der Befragten wird deutlich, daß die Berufsgruppe der kaufmännischen Angestellten in der Befragung unterrepräsentiert ist, während die Gruppe der Arbeiter überdurchschnittlich häufig geantwortet und dadurch auch für ein Übergewicht der Gewerkschaftsmitglieder gesorgt hat. Immerhin wurden 32 % der eingegangenen Fragebögen von Technikern und Ingenieuren und 29 % von gewerkschaftlich unorganisierten Beschäftigten ausgefüllt.

Tabelle 1: Befragten- und Belegschaftsstruktur

	Befragte ¹⁾		Belegschaft	
	n	%	%	n
Unternehmensbereich				
1 Transporter	288	83	ca. 81	ca. 3850
2 Marine	58	17	ca. 19	ca. 920
Bereich				
1 Produktion	171	46	ca. 35	ca. 1670
2 Entwicklung	118	32	ca. 34	ca. 1600
3 Verwaltung	84	22	ca. 31	ca. 1490
Berufsgruppe				
1 Arbeiter	162	46	ca. 31	ca. 1490
2 techn. Angest.	113	32	ca. 37	ca. 1770
3 kaufm. Angest.	79	22	ca. 32	ca. 1500
Gewerkschaft				
1 IG Metall	269	69	ca. 50	ca. 2380
2 nicht organisiert	111	29	ca. 50	ca. 2380
3 DAG	7	2		
	400	100	100	4760

1) Die Prozentzahlen beziehen sich nur auf die Befragten, die eine Antwort gegeben haben

2) Die Zahlen sind Schätzwerte

3 Die Krisenbetroffenheit der Beschäftigten

Die von der Bundesregierung u.a. durch die Ankündigung von Zahlungseinstellungen zur Airbus-Subvention erzwungene Fusion von MBB (Messerschmidt-Bölkow-Blohm) und VFW hatte eine Verlagerung der Entscheidungszentrale nach Süddeutschland zur Folge. Die geplante "Bereinigung" von sich überschneidenden Bereichen im neuen Konzern, forcierte Rationalisierungen und die Verlagerung einzelner Arbeiten von VFW zu MBB sind wichtige Rahmenbedingungen für den absehbaren Beschäftigungsrückgang bei VFW, der sich akut aus dem Auslaufen des MRCA-Tornado-Programms und den Einbrüchen bzw. der Stagnation bei der Airbus-Produktion ergibt. Die Aufforderung der Bundesregierung an die Unternehmen vom März 1982 lautete denn auch: "Überkapazitäten... sind von den Firmen abzubauen, um die Kosten zu senken...". Der Ende 1982 geplante Abbau von 15 % aller Konzernarbeitsplätze (Reduktion um 5.720 Beschäftigte, von 38.355 auf 32.635) bedeutet für das Werk Bremen in der Zeit von 1982 - 1984 einen Arbeitsplatzverlust für 1.011 Kollegen (20 % der Belegschaft, von 5.113 im Dezember 1981 auf geplante 4.102 im Jahre 1984). Das Werk Bremen befand sich zum Befragungszeitpunkt im Dezember 1982 in einer Phase des Abbaus von Arbeitsplätzen; Diskussionen über individuell angebotene Aufhebungsverträge und die weiteren Konzernplanungen wurden in der Belegschaft und der Interessenvertretung sehr intensiv geführt. Am 1. Dez. 1982 kam es zu einer spontanen Arbeitsniederlegung mit anschließender Demonstration zum Rathaus von ca. 2.000 VFW-Beschäftigten.

Die Antworten der befragten Arbeitnehmer signalisieren denn auch ein ausgesprochen entwickeltes Problembewußtsein. 90 % glaubten an eine ernste Krise bei VFW, und nur 10 % sahen entweder keine

Probleme oder hielten die Schwierigkeiten für schnell überwindbar (Tab. 2). Bei dieser Einschätzung gab es weder Differenzen zwischen den Arbeitern, Ingenieuren und kaufm. Angestellten noch zwischen gewerkschaftlich organisierten Metallern und Unorganisierten. Lediglich die Betriebswirte (insgesamt aber nur 7 Befragte) vertrauten zu 43 % darauf, daß die Probleme schnell überwunden werden.

Tab. 2: Situation des Betriebes

	Gesamt n = 400 %	Arbeiter n = 162 %	techn. Angest. n = 113 %	kaufm. Angest. n = 79 %	IGM n = 269 %	Unorgani- sierte n = 111 %
keine Probleme	2,5	4,3	2,7	0,0	3,3	0,9
bald überwundene Schwierigkeiten	7,5	7,4	9,7	6,3	6,3	9,9
ernste Krise	89,5	88,3	86,7	92,4	90,0	88,3
keine Antwort	0,5	0,0	0,9	1,3	0,4	0,9

Angesichts dieser Situationswahrnehmung waren nur noch sehr wenige Arbeitnehmer (3,5 %) bereit, eine eigene Betroffenheit weitgehend auszuschließen. Die große Mehrheit sah immerhin die - wenn auch entfernte - Möglichkeit, von Entlassungen betroffen zu werden (59 %) und über ein Drittel (38 %) gab an; der eigene Arbeitsplatz sei gefährdet (Tab. 3). Auch in dieser Frage unterschieden sich Arbeiter, technische und kaufmännische Angestellte sowie Gewerkschaftsmitglieder und Nichtmitglieder nur unwesentlich.

Tab. 3: Arbeitsplatzgefährdung

	Gesamt n = 400 %	Arbeiter n = 162 %	techn. Angest. n = 113 %	kaufm. Angest. n = 79 %	IGM n = 269 %	Unorgani- sierte n = 111 %
ziemlich sicher	3,5	3,7	4,4	2,5	3,7	3,6
keiner kann sicher sein	58,7	55,6	54,9	67,1	55,4	64,9
gefährdet	37,7	40,7	40,7	30,4	40,9	31,5

Die schlechte gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik (die Arbeitslosenzahl hatte die 2-Millionen-Grenze erreicht) und die besonders ungünstige Arbeitsmarktlage in Bremen (die Arbeitslosenquote lag mit über 10 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt) sowie die Strukturkrise in fast allen für Bremen bedeutenden Industriebranchen bilden den Hintergrund für die pessimistische Beurteilung der Arbeitsmarktchancen durch die befragten VFW-Beschäftigten. Man hat davon auszugehen, daß der das Arbeiterdenken noch vor wenigen Jahren trotz Millionenarbeitslosigkeit prägende Satz "wer arbeiten will, der findet auch Arbeit" zumindest für die VFW-Belegschaft keine ungebrochene Gültigkeit mehr besitzt. Fast zwei Drittel der Befragten rechneten für den Fall eines Ausscheidens bei VFW mit einer längeren Arbeitslosigkeit, ein Drittel hatte keine genaue Einschätzung und lediglich 3 % waren sich sicher, schnell eine neue Arbeit wieder zu bekommen (Tab. 4). Die Haltung der Arbeiter, technischen und kaufmännischen Angestellten unterschied sich ebenso wenig wie die von Mitgliedern und Nichtmitgliedern der IG Metall. Der einzig auffällige Unterschied bestand darin, daß kein einziger kaufmännischer Angestellter damit rechnete, schnell eine neue Arbeit wieder zu

bekommen, dies aber immerhin 11 % der Ingenieure an-
nahmen - allerdings hielten auch 60 % der Ingenieure
für den Fall ihrer Entlassung eine längere Arbeits-
losigkeit für unvermeidlich. 74 % der Techniker
sahen eine längere Arbeitslosigkeit auf sich zu-
kommen - dies ist evtl. ein Indiz für betriebliche
Qualifizierungsprozesse, die möglicherweise für, zu-
mindest in Bremen, nicht übertragbar gehalten werden.

Tab. 4: Arbeitsplatzalternativen

	Gesamt n = 400 %	Arbeiter n = 162 %	techn. Angest. n = 113 %	kaufm. Angest. n = 79 %	IGM n = 269 %	Unorgani- sierte n = 111 %
schnell neue Arbeit wieder	3,2	4,3	4,4	0	2,6	5,4
man weiß nicht	34,0	35,8	27,4	32,9	32,3	36,0
längere Ar- beitslosigkeit	62,0	59,3	68,1	65,8	64,3	58,6
keine Antwort	0,7	0,6	0	1,3	0,7	0

Die Ergebnisse der Befragung rechtfertigen die These, daß zumindest ein Großteil der Beschäftigten die betriebliche Situation als krisenhaft einschätzte, den eigenen Arbeitsplatz für gefährdet hielt und zugleich für den Fall der Entlassung mit einer längeren Arbeitslosigkeit rechnete: von den 151 Befragten (38 %), die den eigenen Arbeitsplatz als gefährdet ansahen, machten 95 % eine "ernste Krise" aus und rechneten 80 % mit einer längeren Arbeitslosigkeit. Die arbeitsmarktpolitische Perspektivlosigkeit und Verunsicherung wird auch daran deutlich, daß kaum noch ein Arbeitnehmer davon ausging, einen sicheren Arbeitsplatz zu haben bzw. schnell wieder einen neuen zu finden. Von besonderer Bedeutung ist, daß diese Einschätzung durchgängig für die Belegschaft eines "Angestelltenbetriebes" gilt und nur ein kleiner Teil der Ingenieure (11 %) die eigenen Zukunftschancen sehr optimistisch beurteilte. Auch wenn die

nicht reklamierbare Repräsentativität der Befragung hier Einschränkungen erfordert, machen die Ergebnisse doch den bestehenden Handlungsbedarf deutlich: die fehlenden Arbeitsplatzalternativen erfordern die Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Beschäftigungssicherung im jetzigen Betrieb.

4 Die Folgen der Rationalisierung

Bei VFW/MBB kann man von einer - auch staatlich verordneten - Rationalisierungsoffensive der Konzernleitung sprechen. So heißt es in dem im März 1982 von Bundeskabinett verabschiedeten "Bericht zur Luft- und Raumfahrtindustrie": "Insbesondere sind die im größeren Unternehmensverbund MBB/VFW gegebenen Rationalisierungsmöglichkeiten unverzüglich, konsequent und voll auszunutzen, um eine wirtschaftliche und international wettbewerbsfähige Unternehmensstruktur zu erzielen".

Rationalisierungsschritte bei VFW lassen sich z.B. festmachen am Einsatz von neuen Taktstraßen, eines integrierten Blech-Fertigungs-Zentrums (IFBZ), eines NC-Oberfräsen-Zentrums, von NC- und DNC- gesteuerten Maschinen, der computergestützten Fertigungssteuerung, der Entwicklung von Systemen zum computergestützten Konstruieren (CAD), dem Ausbau der Betriebsdatenerfassung (BDE) und der Personalinformationssysteme (PIS), dem Einsatz von Textautomaten und Bildschirmgeräten sowie einer Reihe von organisatorischen Maßnahmen, die von der Einführung von Leistungslohnsystemen (MTM) und Schichtarbeit über den Abbau der gleitenden Arbeitszeit und der Ausweitung des Werksurlaubs bis hin zum Versuch der Senkung der Bürofläche pro Mitarbeiter reichen.

Angesichts dieser nur knapp skizzierten Rationalisierungsschritte ist es nicht verwunderlich, daß 70 % der befragten VFW-Beschäftigten auf eine zumindest punktuelle Verschlechterung ihrer Arbeitssituation durch die Folgen der Rationalisierung hinwiesen, während nur 29 % keine negativen Veränderungen ausmachten (Tab. 5). Fast alle angelernten Angestellten (94 %) registrierten Arbeitsverschlechterungen, und bei den Facharbeitern waren es mehr als drei-viertel der Befragten (77 %).

Tab. 5: Arbeitsverschlechterungen durch Rationalisierung

	Gesamt n = 400 %	Arbeiter n = 162 %	techn. Angest. n = 113 %	kaufm. Angest. n = 79 %	IGM n = 269 %	Unorgani- sierte n = 111 %
Ja	70,0	75,3	65,5	72,2	75,5	58,6
Nein	28,7	24,7	34,5	25,3	23,4	40,5
keine Antwort	1,2	0	0	2,5	1,1	0,9

Bis auf geringe Abweichungen kann man von einer durchgängigen Rationalisierungsbetroffenheit der Befragten sprechen, deren Arbeitssituation sich im Gefolge innerbetrieblicher Veränderungen verschlechtert hat. Dies gilt für nahezu alle Bereiche und Berufsgruppen in gleicher Weise - Unterschiede gibt es allerdings in der spezifischen Art der Betroffenheit.

Zunächst ist festzuhalten, daß sich die "Hauptbetroffenheit" als verstärkte Arbeitshetze (41 %) und - wohl dadurch bedingt - erhöhte Gesamtbelastung (44 %) darstellt (Tab. 6). Fast ein Drittel der Befragten registrierte verminderte Aufstiegschancen (31 %) und verringerte eigene Spielräume in der Arbeit (28 %). Die Wahrnehmung von Qualifikationsverlusten (18 %) und stärkerer Isolation von den

Kollegen (15 %) signalisiert ebenfalls eine Verschlechterung der Möglichkeit, sich in die Arbeit einbringen zu können, während die materiellen Verluste durch Lohn- und Gehaltsabbau (11 %) noch begrenzt erscheinen. Immerhin 11 % der Befragten wurden schon aus Rationalisierungsgründen versetzt, während von der Einführung der Schichtarbeit nur 1 % der Befragten betroffen war.

Tab. 6: Arbeitsverschlechterungen durch Rationalisierung¹⁾

	Gesamt n = 400 %	Arbeiter n = 162 %	techn. Angest. n = 113 %	kaufm. Angest. n = 79 %	Ingenieure n = 47 %	IGM n = 269 %	Unorgani- sierte n = 111 %
Insgesamt höhere Belastungen	44,2	47,5	43,4	46,8	34,0	50,2	30,6
Mehr Arbeitshetze	41,0	49,4	34,5	41,8	31,9	48,3	24,3
Verminderte Aufstiegsmöglichkeiten	31,3	37,7	36,5	25,3	29,8	36,4	18,9
Weniger Spielräume	28,2	34,6	31,9	16,5	27,7	30,1	23,4
Qualifikationsverlust	18,0	25,9	14,2	8,9	10,6	20,4	13,5
Stärkere Isolation	15,0	19,1	15,9	8,9	8,5	16,4	10,8
Versetzung	11,5	13,6	8,8	12,7	10,6	11,2	14,4
Lohn- oder Gehaltsabbau	10,7	11,1	9,7	10,1	12,8	11,2	9,9
Schichtarbeit	1,0	1,2	0,9	1,3	2,1	1,1	0,9

1) Mehrfachnennungen möglich

Die nähere Analyse weist im Arbeiterbereich eine deutlich überdurchschnittliche und im Ingenieurbereich eine unterdurchschnittliche (aber doch bemerkenswerte, 13 % der Ingenieure hatten schon Gehaltsabbau zu beklagen) Betroffenheit aus, wobei insbesondere jene fast 50 % der Arbeiter zu erwähnen sind, die eine verstärkte Arbeitshetze

kritisierten. Außerdem behaupteten 28 % der Facharbeiter, im Gefolge der Rationalisierungen einen Qualifikationsverlust erlitten zu haben. Qualifikationsabbau, verstärkte Isolation und verringerte eigene Spielräume scheinen allerdings im kaufmännischen Bereich eine geringere Rolle zu spielen. Die wesentlich größere Häufigkeit der Nennungen durch Gewerkschaftsmitglieder kann nicht uneingeschränkt als Indiz für eine erhöhte Sensibilität gewertet werden, da die IG Metall-Mitglieder zu 54 % aus dem besonders betroffenen Arbeiterbereich kommen, während die nichtorganisierten Befragten zu 74 % Angestellte sind.

Insgesamt kann festgehalten werden, daß sich die Rationalisierungsoffensive des Betriebs für die Beschäftigten in einer Vielzahl von Verschlechterungen ihrer Arbeitssituation niederschlug, wobei die zunehmenden Belastungen, die verschärfte Arbeitshetze und die verringerten Möglichkeiten der "Selbstbestimmung in der Arbeit" (verringerte Spielräume, Qualifikationsabbau, Zunahme der Isolation von den Kollegen) im Mittelpunkt standen. Nicht mehr, sondern weniger Menschlichkeit am Arbeitsplatz und im Betrieb ist zu registrieren.

5. Rüstungsbeschäftigte für sozial nützliche Produkte

Die bisher von Rüstungskonzernen und z.T. auch von den Betriebsräten solcher Unternehmen geforderte Vergabe bzw. Verlängerung von - sichere Profite versprechenden - staatlichen Rüstungsaufträgen ist nicht der Weg der Bremer Betriebsräte und Vertrauensleute von VFW/MBB. Sie wollen nicht in eine Situation kommen, z.B. aufgrund kurzfristiger Beschäftigungsaussichten einen Nachfolgeauftrag für das Kampfflugzeug

MRCA Tornado zu fordern oder gar zugunsten von Waffenlieferungen an faschistische Regime zu demonstrieren und wünschen deshalb die Ausweitung der Produktion von sozial nützlichen Gütern. Diese Haltung wurde offensichtlich von der Belegschaft nachvollzogen: zwei Drittel der Befragten des Rüstungsbetriebes VFW/MBB erklärten, daß sie lieber an zivilen statt an militärischen Produkten arbeiten würden, und nur 2 % zogen militärische Aufträge vor - "wegen der Arbeitsplatzsicherheit", wie einzelne Befragte ausdrücklich notierten (Tab. 7). Von den Beschäftigten, denen die Herstellung ziviler oder militärischer Güter "völlig egal" war, wurde z.T. zur Erläuterung darauf hingewiesen, daß es ihnen eher gleichgültig sein muß, was sie produzieren, denn "sonst übernimmt MBB in Ottobrunn diese Arbeit alleine".

Insgesamt gab es in dieser Frage kaum Differenzen zwischen IG Metall-Mitgliedern und Unorganisierten, wohl aber zwischen den unterschiedlichen Berufsgruppen. Die bei den Arbeitern deutlich gleichgültigere Haltung gegenüber dem konkreten Produkt ging allerdings ausschließlich auf die Facharbeiter zurück: Hier wünschte nur die knappe Mehrheit (50 %) lieber zivile Produkte, während es fast ebenso vielen egal war (bzw. egal zu sein hatte), was sie produzieren (47 %); demgegenüber stehen die angelernten Arbeiter an der Spitze derer, die zivile Produkte bevorzugten (77 % zu 19 %).

Tab. 7: Zivile oder militärische Produkte

	Gesamt n = 400 %	Arbeiter n = 162 %	techn. Angest. n = 113 %	kaufm. Angest. n = 79 %	IGM n = 269 %	Unorgani- sierte n = 111 %
lieber zivil	63,5	55,6	66,4	69,6	65,4	59,5
egal	34,2	42,0	31,0	29,1	32,7	36,9
lieber militärisch	2,0	1,9	2,7	1,3	1,5	3,6
keine Antwort	0,2	0,6	0	0	0,4	0

Man muß eindeutig feststellen, daß Rüstungsbeschäftigte in gar keiner Weise ein Interesse an der Herstellung militärischer Produkte haben und sehr viel lieber zivile und sozial nützliche Güter produzieren würden - die Gleichgültigkeit in dieser Frage ist häufig genauso Resultat einer materiellen Zwangssituation wie die artikulierte Forderung nach Rüstungsaufträgen, d. h. Ausdruck einer existenziellen Not-situation, in der die einzige Alternative "Arbeitslosigkeit" lautet. Die Umsteuerung, das Umrüsten auf zivile Produkte, muß von den Auftraggebern her möglich werden - demokratisch gewählte Politiker müssen reale Abrüstungsschritte und die Umwandlung von Rüstungsaufträgen in zivile veranlassen bzw. zu dieser Veranlassung durch demokratischen Druck bewegt werden.

Das Hauptproblem der Beschäftigten bei VFW/MBB ist der drohende Arbeitsplatzabbau; die Abwendung von negativen Rationalisierungsfolgen und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist zwar auch ein Ziel des Arbeitskreises Alternative Fertigung (so fordert er in seiner Grundsatzzerklärung "Methoden zur Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen"), zunächst stehen aber Überlegungen zur Beschäftigungssicherung im Mittelpunkt. Der Arbeitskreis und seine Aktivitäten wurden - zumindest von den 400 Kollegen, die auf die Befragung geantwortet haben - ganz eindeutig im Betrieb getragen: der Arbeitskreis wurde von über 90 % positiv beurteilt, über 80 % waren zu seiner Unterstützung bereit und 50 % wollten sogar in ihm mitarbeiten (Tab. 8). Die Bereitschaft zur Mitarbeit an zivilen Projekten ist bei den befragten Technikern und Ingenieuren mit 61 % besonders hoch - hier scheint noch ein erhebliches, aktivierbares "Know-How-Potential" erschließbar zu sein.

Tab. 8: Unterstützung des Arbeitskreises Alternative Fertigung

	Gesamt n = 400 %	Arbeiter n = 162 %	techn. Angest. n = 113 %	kaufm. Angest. n = 79 %	IGM n = 269 %	Unorgani- sierte n = 111 %
Arbeitskreis ist positiv	93,2	92,6	94,7	97,5	94,8	91,9
zur Unter- stützung bereit	81,5	78,4	91,2	79,7	81,0	82,9
zur Mitarbeit bereit	49,5	45,7	61,1	43,0	50,9	45,9

Einige Kollegen lehnten die Unterstützung und Mitarbeit im Arbeitskreis ab, weil sie "momentan keine Zeit" (Weiterbildung, Hausbau) hatten, "keine Aussicht auf Erfolg" sahen oder sich schlicht für "nicht kompetent genug" erklärten. Ein Ingenieur verknüpfte seine Bereitschaft zur Mitarbeit mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß der Arbeitskreis "keine politische 'Einfärbung' haben dürfe. Ein kaufmännischer Angestellter formulierte ausdrücklich in den Fragebogen, warum er im Arbeitskreis mitarbeiten will: "die verschiedenen Interessenbereiche haben zweierlei Wirkung: Arbeitsplatzbeschaffung und Nutzen für die Allgemeinheit". Allerdings wurden in einzelnen Notizen trotz der artikulierten Bereitschaft zur Mitarbeit auch Zweifel an den Erfolgsaussichten angemeldet, die sich neben der Frage nach der Finanzierung von Entwicklungsarbeiten vor allem auf die Durch- und Absatzbarkeit der zivilen Produkte bezogen. Die schriftlichen Stellungnahmen eines Technikers und zweier Ingenieure:

"Es genügt nicht, einen Arbeitskreis zu bilden. Äußerst wichtig ist der Absatz, denn wo kein Absatz ist, nützt auch die alternative Fertigung nichts".

"Moritz Thape, Finanzsenator von Bremen, in Buten und Binnen vom 10. Dezember 1982: 'Produkte aus der alternativen Fertigung sind nicht zu vermarkten'.

Wenn Politiker sich schon negativ äußern, sind die Voraussetzungen für die Vermarktung dieser Produkte wesentlich erschwert".

"Der Arbeitskreis Alternative Fertigung ist von der Idee her eine gute Sache - aber leider zum Scheitern verurteilt.

Grund: 1. MBB/VFW-Geschäftsführung

2. MBB/VFW-Führungskräfte

Fazit: Das derzeitige MBB/VFW-Kostenniveau läßt frei finanzierten zivilen Projekten keine Chance".

Daß für die Durchsetzbarkeit von Produktvorschlägen im Unternehmen eine wesentlich erweiterte Mitbestimmung der Beschäftigten nötig ist, deutete ein Arbeiter an:

"Ich glaube, daß Ihr noch nicht wißt, wer in diesem Staat die Produktionsmittel besitzt. Es nützen überhaupt nicht die schönsten Vorschläge der Alternativen Fertigung, wenn wir Sie nicht durchsetzen können. Wir haben keine Mitbestimmung!"

Darüber hinaus werden sicherlich auch öffentliche Aufträge nötig sein, um sozial nützliche Produkte abzusetzen - das können kommunale Aufträge ebenso sein wie solche der Bundesregierung aus frei werdenden Rüstungsgeldern.

Die Antworten auf die Frage nach der Einschätzung der Gesamtpolitik des Betriebsrates sind schwer zu interpretieren. Die Frage wurde aufgenommen, um festzustellen, inwieweit die Behauptung der Geschäftsleitung bei der Belegschaft auf Resonanz stößt, der Betriebsrat gefährdet durch seine konfliktorientierte Politik letztendlich die Arbeitsplätze der Kollegen. Von den Befragten waren zwar nur 5 % der Meinung, der Betriebsrat solle lieber zurückhaltender agieren - daraus läßt sich aber nicht unbedingt der Schluß ziehen, daß die 3.600 Belegschaftsmitglieder, die den Fragebogen nicht beantwortet haben, der gleichen Meinung sind. Zwei Drittel der Befragten bescheinigten dem Betriebsrat im wesentlichen eine in ihrem Interesse

liegende konsequente Politik (34 %) oder forderten gar eine noch härtere Gangart (34 %), wobei die Kritik z.T. durch Hinweise wie "sollte noch schlitzenohriger sein" oder "sollte sich mehr für die gewerblichen Mitarbeiter bei Umgruppierungen einsetzen" konkretisiert wurde (Tab. 9). Die Zustimmung wurde z.T. von der Forderung nach "besserer Information" und "mehr Sachlichkeit" begleitet. Der Wunsch nach einer härteren Haltung des Betriebsrates wurde vor allem von den ungelernten Arbeitern (58 %) und am seltensten von den Ingenieuren (21 %) vorgetragen; die größte Zustimmung kam von seiten der Techniker (55 %); mehr Härte forderten eher die IG Metall-Mitglieder als die Unorganisierten.

Tab. 9: Die Politik des Betriebsrats

	Gesamt n = 400 %	Arbeiter n = 162 %	techn. Angest. n = 113 %	kaufm. Angest. n = 79 %	IGM n = 269 %	Unorgani- sierte n = 111 %
sollte zurückhaltender sein	4,7	4,9	8,8	0	2,6	8,1
war konsequent	33,5	28,4	45,1	32,9	35,3	33,3
sollte härter sein	34,0	46,3	23,0	27,8	40,5	19,8
keine genaue Einschätzung	26,2	18,5	23,0	38,0	20,8	36,0
keine Antwort	1,5	1,9	0	1,3	0	2,7

Abschließend muß noch einmal darauf hingewiesen werden, daß diese Zahlen nur als Tendenz und unter Berücksichtigung der Nicht-Antworten zu interpretieren sind, d.h. wohl in erster Linie ein Hinweis auf die große Bandbreite an Meinungen innerhalb der Belegschaft sind.

6 Vorschläge für eine Alternative Produktion

Die Angaben der Befragten über ihre besonderen Interessenfelder in bezug auf eine Alternative Fertigung zeigen, daß durchaus der Versuch gemacht wurde, gesellschaftliche Problembereiche mit vermutbarem Bedarf und die Produktionsmöglichkeiten von VFW/MBB in einen Zusammenhang zu bringen. Ein besonderes Interesse (was nicht unbedingt die Bereitschaft zur Mitarbeit in der entsprechenden Arbeitsgruppe des Arbeitskreises Alternative Fertigung bedeutet) galt den Arbeitsgruppen Umweltschutztechnologie (47 %) und Energietechnologie (39 %), aber auch die Verkehrstechnologie (26 %) und die Meerestechnologie (25 %) wurden relativ häufig genannt (Tab. 10). Die Arbeitsschutz- und die Medizintechnik traten demgegenüber in den Hintergrund. Während sich kaum Unterschiede zwischen den Befragten ausmachen lassen, sollte doch zu denken geben, daß immerhin 50 % der Arbeiter ihr ausdrückliches Interesse für die Arbeit der Arbeitsgruppe Umweltschutztechnologie bekundeten - damit kann sich durchaus andeuten, daß der vielzitierte Gegensatz von Arbeiter- und Umweltschutzbewegung zumindest in der behaupteten Form nicht besteht und ganz im Gegenteil das "Umweltbewußtsein" in der Arbeiterschaft außerordentlich hoch ist. Das bei den Arbeitern und bei den Mitgliedern der IG Metall überdurchschnittlich hohe Interesse an neuen Arbeitsschutztechniken läßt sich als Indiz für den erheblichen Humanisierungsbedarf in den Betrieben interpretieren, auch wenn zu diesem Bereich kein einziger konkreter Produktvorschlag vorgetragen wurde.

Tab. 10: Schwerpunkte des Interesses¹⁾

	Gesamt n = 400 %	Arbeiter n = 162 %	techn. Angest. n = 113 %	kaufm. Angest. n = 79 %	IGM n = 269 %	Unorgani- sierte n = 111 %
Umweltschutztechnik	47,0	50,0	44,2	46,8	46,8	47,7
Energietechnik	38,7	33,3	47,8	40,5	37,5	44,1
Verkehrstechnik	26,0	27,2	29,2	22,8	24,9	27,9
Meerestechnologie	24,5	27,8	28,3	19,0	23,9	26,1
Arbeitsschutz- technik	14,7	19,1	10,6	12,7	17,1	9,0
Medizintechnik	12,7	12,3	14,2	15,2	12,3	15,3

1) Mehrfachnennungen möglich

Festgehalten werden kann auf jeden Fall, daß konkrete Produktvorschläge des Arbeitskreises Alternative Fertigung auf ein verbreitetes Interesse der Beschäftigten stoßen und angesichts der großen Vorliebe für zivile Projekte auch mit der Unterstützung der Belegschaft rechnen können.

Die große Sympathie für den Arbeitskreis, die Bereitschaft zur Mitarbeit und das Interesse an einzelnen Projektgruppen setzte sich nur bei wenigen Befragten in der Benennung konkreter Produktideen fort. Lediglich 8 % bzw. 31 VFW/MBB-Beschäftigte haben den Fragebogen dazu benutzt, dem Arbeitskreis bestimmte Vorschläge zu machen (Tab. 11). Die Antworten dieser Gruppe waren allerdings dadurch gekennzeichnet, daß sie in der Regel Hinweise auf mehrere Produkt-Alternativen enthielten: Insgesamt gab es 74 Nennungen, davon 47 unterschiedliche. Unter Einschluß der schon im Arbeitskreis Alternative Fertigung entwickelten Ideen kann man davon sprechen, daß Anfang 1983 insgesamt 62 Projekte in der Diskussion sind.

Die insgesamt geringe Beteiligung der Befragten kann eine zentrale Ursache darin haben, daß eine Reihe von zivilen Projekten schon im Konzern bearbeitet und

z. T. bereits wieder eingestellt worden sind (wie z.B. die Sonnen- und Windtechnologie bei Erno in Bremen) und das Hauptproblem weniger in der Entwicklung von Ideen und mehr auf der Ebene der Durchsetzungsmöglichkeiten gesehen wurde.

Die Hälfte aller Vorschläge wurde von den technischen Angestellten gemacht: die Ingenieure (17 %) und die Techniker (11 %) äußerten sich in dieser Frage überdurchschnittlich häufig, während lediglich 4 % der Arbeiter Hinweise gegeben haben. Die Mehrzahl der Ideen kam zwar von Mitgliedern der IG Metall (18 Vorschläge), prozentual betrachtet waren die Unorganisierten aber doppelt so aktiv (11,7 % zu 6,7 %). Die Vorschläge kamen fast ausnahmslos aus dem Unternehmensbereich Transporter (28). Diejenigen, die Projektideen vorgetragen haben, unterschieden sich in kaum einer Frage wesentlich von den anderen Befragten. Eine Differenz lag nicht etwa in der Rationalisierungs- oder Krisenbetroffenheit, sondern in der Intensität des Wunsches nach ziviler statt militärischer Produktion. Diese Forderung war bei den Befragten mit Produktideen sehr viel deutlicher ausgeprägt (87 % gegenüber 62 %) und die Bereitschaft zur Mitarbeit im Arbeitskreis Alternative Fertigung war hier wesentlich größer (65 % gegenüber 48 %).

Tab. 11: Konkrete Produktvorschläge

	Gesamt n = 400 %	Arbeiter n = 162 %	techn. Angest. n = 113 %	kaufm. Angest. n = 79 %	IGM n = 269 %	Unorgani- sierte n = 111 %
Vorschlag	7,8	3,7	13,3	8,9	6,7	11,7
absolut	31	6	15	7	18	13

Hinzugefügt werden muß noch, daß drei Befragte mit dem ausdrücklichen Hinweis auf Produktvorschläge verzichtet hatten, sie würden bereits im Arbeitskreis Alternative Fertigung mitarbeiten ("Habe schon Vorschläge gemacht, bin im Arbeitskreis"); z.T. wurden auch beginnende Denkprozesse erwähnt: "Habe zunächst keine durchdachten Vorschläge, jedoch werden Überlegungen angestellt und dann dem VK-Arbeitskreis mitgeteilt".

Die 47 verschiedenen Projektvorschläge der Befragten und die zusätzlichen 15 schon in den Arbeitsgruppen und Seminaren des Arbeitskreises Alternative Fertigung diskutierten Produktideen haben eindeutige Schwerpunkte in den Bereichen der Verkehrs- und Energietechnologie, der Umweltschutztechnik und der zivilen Luftfahrt (Tab. 12). Eindeutige Zuordnungen sind oft aber gar nicht möglich: Energiesparende Motoren können z.B. sowohl als energie- wie verkehrstechnologische Vorschläge betrachtet werden.

Tab. 12: Zahl der Projekte nach Bereichen

Bereich	Befragung	insgesamt
Verkehrstechnologie	16	20
Energietechnologie	11	12
Umweltschutztechnologie	7	8
Zivile Luftfahrt	5	6
Meerestechnologie	3	8
Medizintechnik	1	4
Sonstiges	4	4
Gesamt	47	62

6.1 Verkehrstechnologien

Die Vorschläge für den Verkehrssektor lassen sich unterteilen in neue Verkehrssysteme (a), andere Antriebsarten (b), Zusatzsysteme (c), neue Steuerungssysteme (d) und die Aufnahme der Herstellung eher konventioneller Produkte (e).

a) neue Verkehrssysteme

Hier wurde von den Befragten die Entwicklung und Produktion von Magnetbahnen, die Herstellung eines schmalen und wendigen Forsttreckers für die Kalkung von Waldböden (Maßnahme gegen das Waldsterben) und die Entwicklung eines Kleinwagens mit Solarantrieb vorgeschlagen. In der Diskussion des Arbeitskreises waren schon Straßen-Schiene-Systeme (die insbesondere in der Dritten Welt das kostspielige Verlegen von Eisenbahnschienen zumindest teilweise ersparen können), Kabinentaxen für den öffentlichen Personennahverkehr und EDV-gesteuerte Rufbussysteme, die z.B. den bedarfsgerechten Transport von Behinderten gewährleisten können. Außerdem wurden ganz allgemein neue "Individual-Nahverkehrsmittel" gefordert, was z.B. den Einsatz von überdachten Einkaufs-Fahrrädern (Dreirädern) bedeuten kann.

b) Antriebssysteme

Von den Befragten wurde die Entwicklung von leisen, benzinsparenden Turbinen (Triebwerke), möglicherweise Schwerdampfturbinen, sowie von bezinsparenden und die Umwelt weniger belastenden Motoren (wie z.B. den Elektro-Hybrid-Motor) und einer leichten und leistungsfähigen Batterie für elektrische Automotoren gefordert. Als Erleichterung für die Radfahrer ist ein Elektromotor als Brems- und Beschleunigungshilfe gedacht, der mit einem NC-Akku als Energiespeicher beim Bremsen und Energiespender beim Beschleunigen funktioniert.

c) Zusatzsysteme

Für den Autofahrer sollen Warnanlagen bereitgestellt werden, die drohende Gefahren wie Nebel und Glatteis (oder andere Menschen und Autos) rechtzeitig signalisieren und so ein entsprechendes Reagieren ermöglichen. Fixo-Systeme (Hydraulik-Hebebühnen), die schon jetzt bei VFW hergestellt werden, sollen sowohl im Nahverkehr (z.B. für die Aufnahme von Behinderten in Busse) als auch in Umladesystemen eingesetzt werden, die den reibungslosen Wechsel von Rollencontainern von LKW's auf Waggons ermöglichen.

d) Steuerungssysteme

Verkehrsstudien sollen die Basis für Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung abgeben und eine bessere Verkehrsführung ermöglichen. Eine Möglichkeit für den sinnvollen EDV-Einsatz wird darin gesehen, alle Bremen-Pendler in einem Computer zu speichern und damit die Bildung von Fahrgemeinschaften zu erleichtern (was wohl den dezentralen Zugriff aller "Erfassten" voraussetzt).

e) Konventionelle Produkte

Es wurde der Bau von Wechselcontainern für Pick-up-Fahrzeuge (z.B. Golf, Peugeot, Volvo, Datsun) und PKW-Anhänger als Nutzlastcontainer und evtl. als Camping-Container ebenso vorgeschlagen wie die Herstellung von Containern für Schiffe, von PKW-Anhängern, Wohnmobilen und Sportbooten. Als Ersatzteile für Autos sollen PKW-Kotflügel aus Aluminium für den "freien Handel" hergestellt werden, die nicht so schnell durchrosten und konkret bei VFW/MBB die neue Simpelkamp-Presse auslasten könnten.

6.2 Energiotechnologien

Die Vorschläge zu neuen Energiotechnologien zielen insgesamt auf "die bessere Ausnutzung von Energie" durch "Anlagen mit weniger großer Umweltbelastung", so ein Befragter. Gefordert wurden der Einstieg in die Solartechnologie, der Bau von Sonnenkollektoren und Solarzellen, von Biogasanlagen und Windenergieanlagen (die bei VFW/Erno schon vorhandenen Erfahrungen auf diesem Gebiet haben sicher dazu beigetragen, daß die Herstellung von Wind- und Sonnenenergieanlagen jeweils siebenmal verlangt wurde). Auf der Basis der Windtechnologie wurden mehrere Ideen entwickelt: Gedacht wurde an die "Optimierung von Kleinwindanlagen zur Wärmeversorgung von Häusern in Regionen mit starkem Windangebot" und die Ausnutzung der Windenergie mit Hilfe einer Kraftfahrzeug-Lichtmaschine zur Warmwassererzeugung ("Umwandlung der elektrischen Energie in 'Warmwasser' mittels KFZ-Glühlampen, die in einem Isoliergefäß (Thermokanne) als 'Heizstäbe' Wasser erwärmen. Die Zufuhr erfolgt über Wärmetauscher an die Heizungsanlage") sowie eine

"Kleinwindanlage für

- a) Antrieb einer (wohl gasgetriebenen) Wärmepumpe (Brauchwasser, Heizung)
- b) Generatorenantrieb zur Energieversorgung für automatisierte Biogasanlagen, da im norddeutschen Raum viel ungenutzte Biomasse vorhanden ist
- c) zur Erzeugung von flüssigem Wasserstoff z.B. als PKW-Treibstoff".

Flüssiger Wasserstoff kann auch mit Hilfe der Sonnenenergie hergestellt werden, die auch direkt zum Antrieb eines Kleinwagens und für "Solargeneratoren zur Übernahme der Warmwasserbereitung im Sommer" genutzt werden sollte.

Außerdem wurde der Ausbau der Fernwärmesysteme verlangt, wobei noch an den erforderlichen Energieträger- und Isoliersystemen gearbeitet werden soll. Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen vor allem für Kleinverbraucher sollten in verschiedenen Größen hergestellt und als Baukastensystem angeboten werden. Wie beim Automotor wurde auch an kleine Einheiten zur Stromerzeugung gedacht, bei denen z.B. die Kühlung der Motoren zugleich zur Heizung verwendet wird (Universalaggregat).

Auf dem Gebiet der Speicherung und des Transfers von Energie/Wärme wurde eine wichtige Entwicklungsaufgabe ausgemacht und außerdem die Weiterentwicklung und der Bau von Energierückgewinnungsanlagen für Privathaushalte und die Industrie angeregt und konkretisiert: so sollte z.B. ein Wärmetauscher im Wassersystem dazu dienen, das aus der Waschmaschine gepumpte erwärmte Wasser zu nutzen.

Darüber hinaus wurde vom Arbeitskreis die Wiederaufnahme der Energieberatung verlangt, die von Erno schon angeboten wurde.

Die Vorschläge für energiesparende und umweltschonende Antriebssysteme wurden schon im Zusammenhang mit den Verkehrstechnologien erwähnt.

6.3 Umweltschutztechnologien

Sehr viele Befragte (8) verwiesen auf die Notwendigkeit der Entwicklung und Herstellung von Abgasfiltern für Großkraftwerke und Industrieanlagen. Auch das Analysegerät für schnelle Bodenproben (Waldsterben) und die Produktion von Meßanlagen für Umweltschutztechnik (wie die der Uni Oldenburg auf Norderney) sowie der Aufbau eines Luftgütemeßnetzes wurden unter dem Eindruck der fortgeschrittenen Umweltvergiftung vorgeschlagen.

Recycling-Anlagen sollen die Wiederverwertung von Rohstoffen ermöglichen und zugleich Umweltschäden vermeiden. So wurden u.a. gewünscht: "Aufbereitungsanlagen für Glas- und Schrottreycling sowie für die Aufbereitung chemischer Abfallstoffe z.B. bei der chemischen bzw. biochemischen Industrie. Vielleicht ist es sogar möglich, in der chemischen Industrie mit geschlossenen Rohstoffkreisläufen zu arbeiten ohne Abfallprodukte, ähnlich wie bei der Firma Stoecklin in der Schweiz, wo Papier ohne Umweltbelastung aus Altpapier hergestellt wird". Diese Äußerung signalisiert ebenso ein stark ausgeprägtes Umweltbewußtsein wie die Forderung, die Erzeuger von Waschmitteln sollten ein besseres, umweltverträglicheres Angebot entwickeln.

Darüber hinaus wurde der Bau einer zweiten Wasserleitung für Brauchwasser und die Doppelnutzung von Trinkwasser (z.B. von der Waschmaschine über das WC in den Kanal) vorgeschlagen (evtl. mit einem Wärmetauscher zur Nutzung des erwärmten.Waschmaschinenwassers).

6.4 Zivile Luftfahrt

Mehrere Beschäftigte von VFW/MBB sahen in der Ausweitung des Bereichs 'zivile Luftfahrt' einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze ohne verstärkte Rüstungsproduktion. Gefordert wurde das Festhalten an der Airbus-Beteiligung und die Weiterentwicklung und Herstellung u.a. der Versionen TA 9 und TA 11. Außerdem sollte die eingestellte VFW 614 für den Rettungs- und Nahverkehr wieder gebaut werden. Ein weiterer Vorschlag war die Herstellung von Wasserflugzeugen (ohne viel Elektronik) sowohl für die Entwicklungsländer als auch speziell für die Brandbekämpfung, zur Bekämpfung von Insekten und zur

Bewässerung von Dürregebieten. Der Arbeitskreis Alternative Fertigung diskutiert inzwischen auch den Bau von Luftschiffen zum Personen- und Frachttransport, für die es z. Zt. in der Sowjetunion und in Brasilien einen großen Bedarf geben soll.

6.5 Meerestechnologie

Produktvorschläge, die sich dem Bereich "Meerestechnologie" zuordnen lassen, kamen bisher vorwiegend aus dem Arbeitskreis Alternative Fertigung. Im Zentrum standen die Forderungen nach einem Unterwassergerät für den Meeresbergbau auf der Basis des ursprünglich für zivile Zwecke geplanten VFW/MBB-Unterwasser-Minensuchgeräts "Pinguin" und einem ferngelenkten Roboter für Unterwasserarbeiten.

Außerdem wurde das Festhalten am Bau der schon 1977 als Reaktion der VFW-Ingenieure auf den Abbruch der Arbeiten an einem Senkrechtstarter entwickelten Schiffssimulatoren für die nautische Ausbildung verlangt. Darüber hinaus sollte an Halbtauchern und Druck- und Auftauchsystemen gearbeitet werden. Auch die Aufbereitung von Oberflächenwasser für Trinkwasser und der Bau von Meerwasserentsalzungsanlagen (vor allem für die arabischen Länder) wurden vorgeschlagen.

6.6 Medizintechnik

Während in der Befragung nur allgemein die Entwicklung von Meßgeräten für die Medizintechnik gefordert wurde, wird im Arbeitskreis Alternative Fertigung schon länger über die Herstellung eines Insulin-Dosiergeräts für Zuckerkrankte (denen das Insulin automatisch in der notwendigen Menge zugeführt wird), über neue zahnmedizinische Geräte (in Kooperation mit einem Zahnarzt z.B. über ein Kiefer-Röntgengerät und ein Zahnarztstuhl-Beleuchtungssystem) und über den Bau eines Dialysegerätes für Nierenkranke diskutiert.

6.7 Sonstige Vorschläge

VFW-Beschäftigte sahen weitere sinnvolle Alternativen im Bau von Parabolantennen für das kommende Satellitenfernsehen sowie im Kranbau und im Karussellbau.

7 Zusammenfassung und Perspektiven

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, daß auch die Rüstungsbeschäftigten von VFW/MBB in Bremen von Krisen- und Rationalisierungsprozessen betroffen waren, ihre Arbeitsplätze für gefährdet hielten und kaum Aussichten auf eine anderweitige Beschäftigung in der Region sahen. Aus Gründen der Arbeitsplatzsicherung, aber auch aus dem Interesse an zivilen und nichtmilitärischen Produkten heraus findet der Arbeitskreis Alternative Fertigung der IG Metall-Vertrauensleute große Zustimmung bei den Kollegen. Obwohl große Teile der Belegschaft (und insbesondere der 'Know-How-Träger') noch nicht aktiviert werden konnten wurde dem Arbeitskreis von fast 200 Befragten die Bereitschaft zur Mitarbeit signalisiert

und eine Reihe von Produktvorschlägen vorgetragen. Die insgesamt relativ geringe Beteiligung an der Befragung und mehrere Notizen von Kollegen deuten an, daß das Hauptproblem weniger in der Entwicklung alternativer Produkte, die vom Konzern z.T. schon angeboten wurden oder sogar noch angeboten werden, gesehen wurde als vielmehr in der Durchsetzung einer Produktionsentscheidung im Unternehmen und im Absatz dieser Produkte. Die sich auch als Krise der Staatsfinanzen ausdrückende Wirtschaftskrise, der Rückgang der Massenkaufkraft und das weitgehende Ende von Erweiterungsinvestitionen stellen einen Rahmen dar, in dem alleine von der Angebotsseite her selbst bei vorhandenem gesellschaftlichen Bedarf kaum Absatzchancen gesehen wurden, auch nicht für sozial nützliche Produkte.

Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit setzt neben einer deutlichen Verkürzung der Arbeitszeit staatliche Beschäftigungsprogramme voraus, zu deren Finanzierung nach den Vorschlägen des DGB nicht nur die Reichen, sondern auch der Rüstungshaushalt herangezogen werden soll. Eine politische Weichenstellung für die Abrüstung und die Umwandlung militärischer in zivile Aufträge wäre technologisch kein Problem und könnte in erheblichem Maße sowohl zur besseren Versorgung der Bevölkerung als auch zur Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze führen, denn mit 1 Mrd. DM lassen sich nun einmal im zivilen Bereich wesentlich mehr Arbeitsplätze schaffen als im militärischen Sektor. Auch die Übernahme von Entwicklungskosten und Finanzhilfen durch den Staat könnten dazu beitragen, einzelnen Produkten große Märkte zu erschließen - schon jetzt gibt es eine ganze Reihe von Initiativen z.B. zum Selbstbau von Windenergieanlagen.

Der Einsatz 'humaner' Technologien wird nur im Rahmen einer humanen Politik auf dem jeweiligen Sektor, z.B. der Energie- und Verkehrspolitik, möglich sein. Von daher müssen die vorgeschlagenen sozial nützlichen Produkte

auch immer in ihrem politischen Zusammenhang gesehen und diskutiert werden. Die Umstellung der Produktion wird deshalb nicht von den betroffenen Belegschaften allein, sondern nur durch das Engagement der Gewerkschaften und der großen sozialen Bewegungen, durch den Druck der Öffentlichkeit, durchsetzbar sein. In Betrieben und Konzernen sind erweiterte Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten erforderlich, die über die Parität im Aufsichtsrat hinaus reichen und z.B. in einem Initiativrecht der Belegschaft bestehen können, für einen bestimmten Umsatzanteil über die konkreten Produkte zu entscheiden. Dabei kann die soziale Nützlichkeit der Produkte z.B. festgemacht werden an

- dem gesellschaftlichen Bedarf, der zur Verbesserung der Lebensqualität befriedigt werden sollte
- ihrem zivilen Nutzen und nicht ihrer militärischen Bedeutung
- ihrem Beitrag zur Verbesserung und Sicherung der eigenen und anderer Arbeitsplätze und nicht zu deren Vernichtung
- der Möglichkeit, diese Produkte selbst in einer humanen Arbeitsweise herzustellen.

Auf der Basis der bisher von den Kollegen vorgeschlagenen Projekte und der schon diskutierten Ideen kann der Arbeitskreis Alternative Fertigung bei VFW/MBB seine Arbeit intensivieren: es ist jetzt möglich, bestimmte Projekte (z.B. Luftschiffbau, Kieferröntgengerät, Windkraftwerk) konkret anzugehen, die Ergebnisse der Projektgruppen und übergeordnete Probleme im Arbeitskreis zu diskutieren und einen Referentenkreis zu bilden, der die notwendige Öffentlichkeitsarbeit (Vorträge, Interviews, Kontakte mit anderen Initiativen) in einem zeitlichen Rahmen wahrnimmt, der die Projektarbeit im Betrieb nicht zum Erliegen bringt.

II Alternative Produktion und Verteilung zur Sicherung von Frieden und Beschäftigung

1 Die politische Diskussion beginnt neu

Die beginnende Diskussion über die gewünschte Art und Menge von Produkten signalisiert, daß immer mehr Menschen eine neue historische Chance sehen: heute scheint es möglich, die gemeinsame Arbeit so zu organisieren, daß die elementaren Lebensinteressen der Menschheit befriedigt werden. Das ist die konkrete Utopie der 80er Jahre, die Menschen mit unterschiedlicher Ausbildung und Tätigkeit zusammenführt: Daß der gezielte Einsatz des vorhandenen Produktions- und Dienstleistungspotentials und die gerechte Verteilung des vorhandenen Reichtums eine Welt ohne Hunger und Elend, ohne Arbeitslosigkeit und Krieg möglich machen. Unsere Kernthese ist, daß die massive Verschlechterung der ökonomischen, der politischen und der alltäglich erfahrbaren Lage neben einer Stärkung konservativ-autoritärer Tendenzen auch eine Vielzahl von Initiativen, von sozialen Bewegungen und Zusammenschlüssen hervorgebracht hat, bei denen sich im Kampf für ihre Lebensinteressen zunehmend eine gemeinsame Einsicht herausbildet: daß massive politische Eingriffe in die Produktion und Verteilung erforderlich sind und daß nur die Durchsetzung von Alternativen katastrophale Entwicklungen verhindern kann. Wir sehen trotz aller Probleme eine gemeinsame Wurzel und auch eine gemeinsame Perspektive von Friedensbewegung, Arbeiterbewegung, Umweltschutzbewegung, Solidaritätsgruppen mit der

3. Welt sowie von Teilen der Kirche.

Die Umweltschutzbewegung weist nicht nur auf die akute Bedrohung der gesamten Menschheit hin, sondern fordert über den Ausbau der Umweltschutzindustrien hinaus eine Beseitigung der die Umwelt schädigenden Ursachen. Sie kommt damit zugleich zu Überlegungen in Richtung auf einen völligen Umbau der heutigen Produktions- und Lebensstrukturen mit dem Ziel einer humanen Gesellschaft.

Die Arbeiterbewegung sieht sich angesichts niedriger bzw. negativer Wachstumsraten bei gleichzeitigen rasanten Rationalisierungsprozessen vor allem im Gefolge des Einsatzes von Microelektronik massiv durch Arbeitslosigkeit bedroht und fordert eine staatlich initiierte Umsteuerung der Produktion mit dem Ziel eines 'qualitativen Wachstums'. Dies schließt die Diskussion um die Umstellung von Rüstungs- auf sozial nützliche Produktion ein. Dazu hat die Belegschaft des britischen Flugzeugbauunternehmens Lucas Aerospace umfangreiche Pläne entwickelt, und in der IG Metall arbeiten mehrere Arbeitskreise an betrieblichen Umstellungsüberlegungen (z.B. bei Blohm & Voss, VFW/MBB Bremen und Krupp MAK Kiel).

Auch im Rahmen der Friedensbewegung werden die alternativen Produktionsmöglichkeiten z.B. zu den Fregatten, dem MRCA Tornado und dem Kampfpanzer Leopard 2 untersucht.

Im Umbau der hohen Rüstungsausgaben wird auch der Schlüssel zu einer gerechten Weltwirtschaftsordnung gesehen, in deren Rahmen z.B. das Verhungern von z. Zt. 15 Mio. Menschen pro Jahr zu verhindern und damit zugleich der Weltfrieden sicherer zu machen wäre.

Die nicht umkehrbare neue Qualität der politischen Diskussion der 80er Jahre liegt darin, daß verstärkt zum Thema wird, was lange Zeit als das exklusive Recht von Unternehmern und Spitzenpolitikern betrachtet wurde: Die Entscheidung darüber, was in welcher Menge produziert und zu welchem Zweck wieviel investiert werden soll. Es geht heute nicht mehr allein um menschengerechte Arbeitsbedingungen, sondern auch um sozial nützliche Produkte und eine gerechte Verteilung.

Im folgenden sollen die zentralen Gefährdungen menschlicher Lebensinteressen skizziert werden, die sich aus der zunehmenden ökonomischen Krise und der verstärkten Aufrüstung und Kriegsgefahr ergeben; damit ist aber keineswegs eine Gering-schätzung der Umweltprobleme angedeutet, zumal die Umweltschutztechnologien einen wichtigen Platz in allen Vorschlägen zur alternativen Produktion haben.

2 Die wirtschaftliche Krisenentwicklung ver-schärft sich

Wir befinden uns Ende 1982 in einer weltweiten Wirtschaftskrise, deren Überwindung nicht absehbar ist. Niedrige oder gar negative Zuwachsraten, Inflationstendenzen, Firmenzusammenbrüche und eine hohe und schnell ansteigende Arbeitslosigkeit in fast allen westlichen Industrienationen. Über 10 Mio. Arbeitslose in den USA und über 10 Mio. Arbeitslose in der EG bestimmen das Bild.

Trotz der mit der Steigerung der Produktivkräfte gegebenen Möglichkeit der Vergrößerung des gesellschaftlichen Reichtums machen die kapitalistische Form der Produktion und der (Welt-)Konkurrenz eine weitere Verschärfung der Krisentendenzen wahrscheinlich. Vorhandene Überkapazitäten einerseits

und die beschränkte Nachfrage andererseits sowie eine Reihe weiterer Faktoren wie z.B. die Verknappung und Verteuerung von Ressourcen und die Tendenzen zur Marktsättigung in vielen Bereichen sprechen dafür, daß die zur erfolgreichen marktwirtschaftlichen Lösung der Beschäftigungsprobleme erforderlichen Zuwachsraten von über 6 % im Jahresdurchschnitt in der Bundesrepublik nicht erreicht werden können - und zwar ganz unabhängig davon, ob dies wünschenswert wäre oder nicht. Unternehmerische Strategien zur Profitmaximierung zielen nicht vorrangig auf Erweiterungs-, sondern vor allem Rationalisierungsinvestitionen und überschüssige Profite sind in Finanzanlagen geflossen; Firmenzusammenbrüche als Ausdruck von Kapitalvernichtungen begründen zusätzlich eine Tendenz zur Auflösung industrieller Strukturen, zur ersatzlosen Vernichtung von Arbeitsplätzen. Auf der Basis eher optimistischer Annahmen in bezug auf das Wirtschaftswachstum - es wird von 2,5 % im Jahresdurchschnitt ausgegangen - wird denn auch für die BRD bis 1985 mit ca. 3 Mio. und für 1990 mit ca. 4 Mio. registrierten Arbeitslosen gerechnet.

Die Tatsache, daß sich die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik in den letzten zwei Jahren "nur" fast verdoppelt hat, ist der Spitzenposition auf vielen Weltmärkten und den außerordentlich stark angestiegenen Exporten zuzuschreiben. Das "Exportventil" kann aber mittelfristig die Probleme nicht lösen: Weitere überdurchschnittliche Zuwächse sind durch die verstärkte Konkurrenz auf stagnierenden Märkten, das Aufkommen von Schwellenländern und durch die Krisenentwicklungen mit der Folge verständlicher protektionistischer Tendenzen in anderen Nationen begrenzt. Zahlungsschwierigkeiten einzelner Länder und Konzernverluste im Inland (z.B. AEG) können darüber hinaus zu Bankenzusammenbrüchen führen.

Neokonservative wirtschaftspolitische Strategien, die einen Abbau der Staatsausgaben beabsichtigen und vor allem durch eine radikale Umverteilung zugunsten der Profite des Kapitals und der Reichen bei gleichzeitiger massiver Aufrüstung gekennzeichnet sind, haben z.B. in Chile, in England und in den USA zu einer erheblichen Verschärfung der Probleme beigetragen. Die Arbeitslosigkeit ist rasant angestiegen, der Lebensstandard hat sich z.T. erheblich verschlechtert und bei Rentnern und Arbeitslosen gibt es Verelendungstendenzen. Die staatliche Sparpolitik hat zudem aufgrund des durch sie hervorgerufenen Nachfrageausfalls eine krisenverschärfende Funktion. Georg Gilder, der die US-Politik mitkonzipiert hat, formulierte sehr trocken: "Die staatlichen Wohlfahrtssysteme in den westlichen Industrienationen haben die Arbeitsmoral der unteren Klassen zerstört. Arbeitslosenunterstützung begünstigt Arbeitslosigkeit, Krankenversicherung begünstigt Simulanten... Armut ist keine Frage des Geldes, sondern des Geistes... Um der Armut zu entfliehen gibt es nur eines: Arbeit und nochmals Arbeit".

Auch in der BRD werden die Krisenlasten vor allem den Lohnabhängigen sowie den Arbeitslosen, Rentnern und Kranken auferlegt. Die Lohn- und Gehaltsabhängigen leiden unter zunehmendem Reallohnabbau. Steigende Arbeitslosen- und Rentnerzahlen erfordern zusätzliche Mittel, die aber aufgrund der stagnierenden oder rückläufigen Wachstumsraten selber eher zurückgehen. Ein Absinken des Lebensstandards bis an die Grenze des Existenzminimum charakterisiert die soziale Lage vieler Menschen. Über 6 Mio. Renten unter DM 600,-- über 2 Mio. Sozialhilfeempfänger und ca. 2 Mio. Arbeitslose signalisieren eine zunehmende Armut im "Wohlfahrtsstaat" Bundesrepublik. Die volkswirtschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit,

die vor allem aus den Leistungen an die Arbeitslosen sowie Steuer- und Produktionsausfällen bestehen, betragen 1982 über 100 Mrd. DM pro Jahr. Das häufig mit der Arbeitslosigkeit verbundene materielle und menschlich-psychische Elend ist unübersehbar und entzieht sich allen Rechnungen.

Die staatlichen Handlungsspielräume, die auf der vorhandenen Finanzmasse und nicht auf der Macht einer politisch aktiven Bevölkerung basieren, werden zunehmend enger - die private Verfügung über Produktionsmittel setzt sich um in politische Macht und Herrschaft. Die Abhängigkeit des Staates von Steuereinnahmen führt gerade in der Krise zu finanziellen Engpässen, und die durchaus notwendige Deckung von Defiziten durch Kredite bedeutet derzeit vor allem eine Umverteilung von Steueraufkommen zugunsten des Finanzkapitals. Bei der Frage, wer zusätzliche Staatseinnahmen finanzieren oder durch Einsparungen stärker belastet werden soll, spielen die politischen Klassen- und Machtverhältnisse eine entscheidende Rolle. Politische Bündnisse zur Umverteilung der Zuwächse zerbrechen in der Krise an genau dieser Frage.

Es wird darauf ankommen, in die Substanz einzugreifen und die herrschende Klasse zur Finanzierung der notwendigen staatlichen Investitionen in sozialen Bedarfsweldern heranzuziehen, anstatt den Arbeitsplatzabbau zu prämiieren und die Profite zu subventionieren. Hier stellt sich die Frage nach den möglichen Investitionsweldern und denkbaren Produkten, die später mit der Konkretisierung der "Alternativen Produktion" wieder aufgegriffen wird.

3 Aufrüstung und Kriegsgefahr nehmen zu

Phasen der anhaltenden wirtschaftlichen Depression hatten in der Geschichte häufig eine Verstärkung von imperialistischen Aktivitäten zur Folge, die oft zu Kriegen geführt haben. Die ökonomischen und machtpolitischen Interessen des deutschen Großkapitals haben allein in diesem Jahrhundert zwei Weltkriege ausgelöst. Es ist durchaus möglich, daß sich die Politik des amerikanischen Imperialismus und der Großmacht Sowjetunion, die bisher durch die Installierung und Förderung von Militärdiktaturen und militärische Interventionen beeindruckte, als weitere Duldung oder gar Förderung größerer kriegerischer Auseinandersetzungen fortsetzt. Die weltweiten Rekordausgaben für die Aufrüstung weisen in diese Richtung. 1982 werden ca. 650 Mrd. Dollar, das sind fast 1.500 Mrd. DM oder das 6-fache des Bundeshaushaltes und zugleich wertvolle Rohstoffe und menschliche Fähigkeiten für die Rüstung vergeudet. Man muß auf den Klassencharakter einer Politik hinweisen, die in der BRD schon unter Schmidt und Genscher begann und in den USA von der Reagan-Administration in unglaublicher Schärfe vorangetrieben wird: die Politik der einschneidenden Kürzungen im Sozialbereich auf Kosten der Ärmsten der Armen bei gleichzeitiger massiver Steigerung der Rüstungsausgaben. Diese Politik mag zwar die Profite vieler Konzerne zumindest kurzfristig stabilisieren, gefährdet aber den Weltfrieden und ist zudem volkswirtschaftlich unsinnig. Konservative Amerikaner verteidigen die Absicht des Präsidenten offensiv, in den nächsten 5 Jahren 1.400 Mrd. Dollar oder über 3.000 Mrd. DM für die Aufrüstung auszugeben und zugleich die Essenmarken für die Ärmsten zu streichen. Das Streben nach militärischer Überlegenheit bezieht auch den Ersteinsatz von Atomwaffen sowie einen auf

Europa begrenzten und gewinnbaren Atomkrieg in die Überlegungen ein. Weder der Hinweis auf das vorhandene Zerstörungspotential von 40 - 50.000 nuklearen Sprengköpfen entsprechend 1 Mio. Hiroshima-Bomben noch die - je nach dem angenommenen Kriegsgebiet - prognostizierte Vernichtung von 250 - 750 Mio. Menschen im Kriegsfall sind geeignet, die menschenverachtende Politik der amerikanischen Administration zu stoppen.

So erklärte der Vizepräsident der USA, George Bush:

"Das ist für den sinnlos, der glaubt, daß es bei einem Atomkrieg keinen Sieger gibt. Meine Meinung ist das nicht. Wenn die militärische Kommandozentrale, ein bestimmtes Industriepotential und die Zivilbevölkerung zu einem gewissen Prozentsatz überlebt, und wenn man mehr Schaden anrichten kann bei seinem Gegner als der bei uns, dann gibt es auch einen Sieger".

So deutet alles darauf hin, daß die Amerikaner die "Atom-Rampe Deutschland" (so der Stern) mit neuen Raketen ausbauen und damit unser Land einer erhöhten Kriegsgefahr aussetzen. Rudolf Augstein hat im Spiegel darauf hingewiesen, daß es für die Amerikaner gar kein gesondertes Mittelstreckenproblem gibt (weil nämlich die auf New York gerichteten sowjetischen Raketen auch Europa vernichten könnten) und die sogenannte Nato-Nachrüstung von daher nicht auf den Abzug der SS 20-Raketen, sondern auf den Gewinn militärischer Vorteile z.B. auch in der Golf-Region zielt, für die ja schon eine amerikanische Einsatztruppe aufgestellt ist. Fazit laut Augstein:

"Die Landstationierung der Pershing 2 und der Cruise Missiles auf deutschem Boden dient nicht der Abschreckung, die ohnehin, siehe (Reagans Abrüstungsexperten) Rostow, perfekt ist, nicht dem Schutz deutschen Landes, sondern den Interessen der USA und Frankreichs. Beide wollen sich auf unsere Kosten eine Option offenhalten, damit im Ernstfall wir, und nicht sie, verbrannt würden".

Leider ist dieses Resultat für einen Teil der Bevölkerung auch im Friedensfall nicht auszuschließen, wie viele Unfälle mit Atomwaffen und Fehlalarme im Frühwarnsystem belegen. 1980 wurden vom amerikanischen Verteidigungsministerium 27 schwerwiegende nukleare Unfälle zugegeben und 1981 entdeckte der parlamentarische Kontroll- und Rechnungshof im US-Frühwarnsystem "Schwächen, die sich als tödlich erweisen könnten... Es droht jederzeit eine Wiederholung der in jüngster Zeit durch Computerfehler ausgelösten Fehlalarme und damit die Gefahr eines irrtümlichen Nuklearkrieges". Ein solcher Irrtum dürfte erst recht nicht mehr korrigierbar sein, wenn die neuen, in der BRD ab 1983 stationierten Raketen die Sowjetunion innerhalb von 5 Minuten erreichen können.

Nun ist nicht von der Hand zu weisen, daß auch in Osteuropa und in den Entwicklungsländern kräftig aufgerüstet wird. Es ist zu begrüßen, daß es nicht nur im amerikanischen, sondern auch im sowjetischen Einflußbereich Friedensbewegungen gibt. Unser Beitrag zur Sicherung des menschlichen Überlebens, zur Unterstützung der Friedensbewegungen im Westen wie im Osten und im Süden, hat über den Kampf gegen die sogenannte Nachrüstung hinaus in der Durchsetzung realer Abrüstungsschritte zu liegen.

Konsequente, auch einseitig begonnene Abrüstungsschritte, die angesichts des vorhandenen Vernichtungspotentials eher eine Verminderung als eine Erhöhung der militärischen Gefährdung darstellen, eröffnen eine große Chance und bedeuten zugleich eine schwer lösbare Aufgabe. Weltweit besteht die Möglichkeit, die Kraft und die Fähigkeiten von 50 - 100 Mio. direkt oder indirekt mit militärischen Aufgaben beschäftigten Menschen, darunter ca. 500.000 hochqualifizierte Wissenschaftler und Ingenieure, zur Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen

einzusetzen. In der BRD stellt sich die Aufgabe, neben den ca. 2 Mio. Arbeitslosen jene ca. 250.000 Rüstungsbeschäftigten und 670.000 Bundeswehrangehörigen schrittweise mit gesellschaftlich sinnvollen Aufgaben zu beschäftigen. Spätestens an dieser Stelle wird klar, daß nicht nur ökonomische und politische Krisen einerseits sowie Aufrüstung und Kriege andererseits im Zusammenhang zu begreifen sind, sondern daß auch konsequente Friedenspolitik nur im Rahmen einer beschäftigungssichernden Wirtschaftspolitik möglich ist. Bei der Auflösung der zentralen Widersprüche unserer Zeit schließt sich der Kreis: Die Sicherung des Friedens und der wirtschaftlichen Existenz der Menschen erfordert eine andere Produktion und Verteilung, erfordert vor allem öffentliche Investitionen in sozialen Bedarfsweldern. Die Verringerung und der Umbau der Rüstungsausgaben hätten positive Effekte: Für eine Milliarde Dollar werden in der Rüstungsindustrie ca. 75.000 Arbeitsplätze geschaffen, in der Bauindustrie aber 100.000 - und dazu gäbe es noch dringend benötigten Wohnraum anstelle von Waffen. Selbst das konservative Springerblatt "Die Welt" mußte angesichts der amerikanischen Aufrüstungspläne auf den volkswirtschaftlichen Unsinn einer solchen Politik hinweisen; Balkenüberschrift: "Der Rüstungsboom belastet die Privatwirtschaft". Die Durchsetzung einer Politik der Rüstungskonversion wird nur gegen mächtige Kapitalinteressen möglich sein.

4 Die zentralen Widersprüche unserer Zeit erfordern Alternative Produktion, Verteilung und Organisation der Arbeit

Die Notwendigkeit von Alternativer Produktion wurde in den letzten Jahren besonders eindrucksvoll von

der Nord-Süd-Kommission unter Leitung von Willy Brandt aufgrund von Überlegungen zum Problem "Welthunger und Aufrüstung" und von Mike Cooley, dem Vertreter der gewerkschaftlichen Vertrauensleute beim britischen Konzern Lucas Aerospace, aufgrund von Überlegungen zur Arbeitsplatzsicherung und zur Humanisierung der Arbeit vorgetragen.

Brandt benannte vier Beispiele für die Möglichkeit der Umlenkung von Rüstungsausgaben in Entwicklungsprojekte:

- (1) "Die Militärausgaben allein eines halben Tages würden ausreichen, um das gesamte Programm der Weltgesundheitsorganisation zur Ausrottung der Malaria zu finanzieren. Noch weniger würde benötigt, um die Flußblindheit zu besiegen, die immer noch eine Geißel für Millionen Menschen darstellt.
- (2) Ein moderner Panzer kostet etwa 1 Mio. Dollar. Mit diesem Geld könnte man die Lagermöglichkeiten von 100.000 t Reis so verbessern, daß der Verderb von jährlich 4.000 t oder mehr ausgeschaltet würde (ein Mensch kann mit gut 1 Pfd. Reis am Tag leben). Mit dem selben Geld könnte man auch 1.000 Klassenräume für 30.000 Schulkinder errichten.
- (3) Für den Preis nur eines Kampfflugzeuges (20 Mio. Dollar) könnte man etwa 40.000 Dorfapotheken errichten.
- (4) Mit der Hälfte von 1 % der jährlichen Rüstungsausgaben könnte man all die landwirtschaftlichen Geräte anschaffen, die erforderlich sind, um in den armen Ländern mit Nahrungsmitteldefizit die Agrarproduktion bis 1990 zu verbessern und sogar die Selbstversorgung zu erreichen".

Für die Industrieländer wird von der Kommission allerdings gesehen, daß es nicht um eine völlige Umverteilung der in die Rüstungsproduktion fließenden Gelder z.B. in den Sozialbereich oder die Entwicklungshilfe gehen kann. Vielmehr kommt es darauf an, die vorhandenen Produktionsanlagen und menschlichen Fähigkeiten zur Herstellung von sozial nützlichen Produkten einzusetzen und somit die Arbeitsplätze der derzeit in der Rüstungsproduktion tätigen Arbeitnehmer abzusichern. Die Brandt-Kommission:

"Zahlreiche Studien haben gezeigt, daß ein beträchtlicher Teil des Kapitals und der Arbeitskräfte, die gegenwärtig in der Waffenproduktion und zu anderen militärischen Zwecken eingesetzt werden, ebenso gut zur Herstellung solcher Güter, Anlagen und Dienstleistungen beitragen könnten, die friedlichen Zwecken dienen. Daran gibt es überhaupt keinen begründeten Zweifel... Vom Standpunkt der Weltentwicklung aus gesehen besteht für die Industrieländer die fundamentale Notwendigkeit, sich auf eine hochtechnologische friedliche Produktion umzustellen, die jene qualifizierten Fachkräfte beschäftigt, welche derzeit in der Rüstungsindustrie tätig sind".

Mike Cooley begründet die Entwicklung von betrieblichen Alternativplänen aus den Problemen der hochentwickelten Nationen selbst. Er verweist auf

- (1) "die erschreckende Lücke zwischen dem, was die Technologie für die Gesellschaft leisten könnte und dem, was sie tatsächlich leistet".

Es wird zwar ein superschnelles Flugzeug wie die Concorde gebaut, aber es fehlen einfache Heizsysteme: in London sind z. B. 1975/76 980 Menschen erfroren.

- (2) "die tragische Verschwendung" der Gesellschaft an "Geschicklichkeit, Einfallsreichtum, Energie, Kreativität und Enthusiasmus ihrer gewöhnlichen Leute". Ein Millionenheer von Arbeitslosen kann seine Fähigkeiten nicht nutzen, während zugleich z.B. Fernheizsysteme, Wohnungen und Transportmittel fehlen.
- (3) den Irrtum, "daß Computerisierung, Automation und Roboter den Menschen automatisch von geisttötender, kreuzbrechender Arbeit befreien und ihm erlauben werden, sich kreativer Tätigkeit zu widmen".

Es waren aber nicht allgemeine Erkenntnisse, sondern konkrete Auseinandersetzungen und Lernprozesse, die zu der Entwicklung von Umstellungsplänen durch die Belegschaften führten. Der Widerstand der Beschäftigten gegen Rationalisierungen, Entlassungen und Werkschließungen stieß an die Grenzen nur defensiver Abwehrstrategien, in deren Rahmen auch Betriebsbesetzungen zu sehen sind. Mike Cooley:

"Wir sahen ein, daß die Kampfmoral eines Beschäftigten sehr schnell abnimmt, wenn er bemerkt, daß die Gesellschaft, aus welchen Gründen auch immer, die Produkte, die er macht, nicht haben will. Wir dachten uns deshalb eine Kampagne für das Recht aus, an gesellschaftlich nützlichen Produkten zu arbeiten".

Das Ziel einer wirklichen Befreiung der Menschen von krankmachender Not und unerträglichen Arbeitssituationen, die Verwirklichung des Rechts auf humane und selbstbestimmte Arbeit ist allerdings

nicht allein durch alternative Produkte, sondern auch durch die Nutzung neuer Technologien für eine Humanisierung der Arbeit und für radikale Arbeitszeitverkürzungen zu erreichen. So meint Ulrich Briefs vom DGB: "Der Entwurf und die Entwicklung von alternativen Arbeitssystemen mit neuen technologischen Möglichkeiten und mit dem Ziel eines vernünftigen Einsatzes der menschlichen Arbeitskraft sowie mit dem Ziel der Eröffnung der menschlichen Perspektive für die Entwicklung der Persönlichkeit im Arbeitsprozeß könnte durch einen planmäßigen und sozialen Einsatz der neuen Technologien angestrebt werden". Die IG Metall sieht in der Verkürzung der Arbeitszeit eine zentrale Forderung und weist darauf hin, daß das "völlig neue Bedingungen für Arbeit und Leben ermöglichen" kann. Im Rahmen dieser neuen Möglichkeiten sind auch Ansätze zur Schaffung von Rahmenbedingungen für eine sinnvolle Nutzung der Freizeit zu sehen: die Menschen können z.B. in öffentlichen Werkstätten nach ihren eigenen Vorstellungen für sich selber produzieren und mehr Eigenarbeit leisten.

5 Alternative Produktion und betriebliche Umstellungen sind möglich und notwendig

Die technische Möglichkeit der Umstellung von militärischer auf zivile Produktion wird durch nichts besser belegt als durch historische Beispiele, auch wenn diese häufiger in die falsche Richtung gelaufen sind. Wenn sich ein Unternehmen innerhalb kurzer Zeit vom Lokomotivbau auf den Panzerbau umstellen kann, so ist nicht einzusehen, warum dieser Prozeß nicht umzukehren sein sollte. Der Umbau der Produktion, die Herstellung sozial nützlicher anstelle militärischer Güter, ist in der Geschichte schon

mehrfach dank des enormen Engagements der Belegschaften vollzogen worden, und zwar meist als Reaktion auf veränderte Rahmenbedingungen oder Notsituationen.

In Amerika wurden nach dem zweiten Weltkrieg die Rüstungsausgaben von 80 auf 14 Mrd. Dollar gekürzt und 18 Mio. Menschen aus den Streitkräften und der Rüstungsindustrie entlassen - trotzdem gab es 1947 lediglich 2 Mio. Arbeitslose. In Deutschland ist es dem Demobilmachungsamt nach dem 1. Weltkrieg gelungen, einen Großteil der 40.000 an der Rüstungsproduktion beteiligten Betriebe zur Herstellung ziviler Güter zu bewegen, u.a. mit Hilfe der Vergabe von Großaufträgen durch die Reichsbahn. Die ehemalige kaiserliche Torpedowerkstatt Friedrichsort, heute in die Krupp MAK Kiel eingegangen, baute u.a. Dieselmotoren und Diesellokomotiven anstelle von Kampfschiffen und Waffen, und bei Krupp wurden statt Panzerplatten und Granaten Bagger, Müllwagen, Lokomotiven und Spinnmaschinen hergestellt. Nach dem zweiten Weltkrieg ist es den Belegschaften häufig gelungen, durch eine schnelle Umstellung auf zivile Produktion die drohende Demontage zu vermeiden. Das während des Krieges wieder ausschließlich mit der Rüstungsproduktion beschäftigte Werk in Friedrichsort stellte sich erneut um und baute u.a. Diesellokomotiven, Dieselmotoren, Traktoren, Getriebe und Winden. Diese Beispiele aus Phasen des Wiederaufbaus werden sich unter heutigen Bedingungen zwar kaum wiederholen, belegen aber die technologischen Möglichkeiten der Umstellung von militärischer auf zivile Produktion.

Bei Krupp in Kiel spielt inzwischen der Panzerbau wieder die entscheidende Rolle, und nur die Initiative der Belegschaft und des Arbeitskreises Alternative Fertigung konnte den geplanten völligen Ausstieg aus dem Lokomotivbau bremsen. Bei VFW in Bremen waren es Ingenieure, die nach dem Abbruch

der Arbeiten am Senkrechtstarter VAK 191 alternative, sogar relativ luftfahrtferne Produktlinien aufgebaut haben, wie z.B. die Herstellung von Schiffssimulatoren. Tatsächlich gibt es kaum Produkte, die ein Luftfahrtkonzern wie Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) nicht entwickeln und produzieren könnte. Darauf weist die umfangreiche Produktpalette hin, die von Solar- und Windkraftwerken über medizinische Geräte bis zu Magnetbahnsystemen reicht - von der Bundesregierung werden aber fast ausschließlich militärische Aufträge erteilt. Was spricht denn dagegen, eine zivile Version des ferngesteuerten Unterwasser-Minensuchgerätes "Pinguin" zu bauen, die z.B. zur Rohstoff- und Nahrungsmittelgewinnung aus dem Meer oder zu Unterwasser-Reparaturarbeiten eingesetzt werden könnte? Warum werden denn auf den Werften nicht anstelle von Freigatten noch mehr Fernheizsysteme und Recyclinganlagen, Meerwasserentsalzungsanlagen und Forschungsschiffe hergestellt?

Es geht um politische Prioritäten-Entscheidungen und nicht um militärische oder technologische Sachzwänge. Das in der BRD vorhandene know how z.B. in den Bereichen Energie- und Verkehrstechnologie reicht aus, um die Rohstoffreserven nahezu vollständig zu schonen, Risiken zu vermeiden und eine sinnvolle Beschäftigung zu schaffen. Der Bau z.B. von Heizkraftwerken und Fernwärmenetzen wäre nicht nur erheblich risikoloser, sondern auch wesentlich arbeitsintensiver als der Bau von Atomkraftwerken. Anstelle von Panzern könnten z.B. Bulldozer, Schneepflüge, Raupen, Industriefahrzeuge, Werkzeugmaschinen und Notarztwagen produziert werden.

Heute haben Belegschaften, Betriebsräte, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen allerdings keine Möglichkeiten, die Herstellung bestimmter Produkte in den Unternehmen durchzusetzen: hierzu wäre eine erweiterte Mitbestimmung in Betrieben und Konzernen

mit Initiativrechten für die Belegschaft erforderlich. Mehr Menschlichkeit in Betrieben und Verwaltungen, im Gesundheitswesen und in den Städten setzt ohnehin mehr Entscheidungsrechte für die betroffenen Kollegen und Bürger an der 'Basis' voraus, sei es in Form der Mitbestimmung am Arbeitsplatz oder in Form von kommunaler Selbstorganisation. Die Umstellung der Industrie auf sozial nützliche, von Menschen handhabbare und auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Produkte setzt politische und gesellschaftliche Entscheidungen voraus, die dem kapitalistischen Rentabilitätsprinzip und den Aufrüstungstendenzen einen Teil ihres 'Operationsfeldes' entziehen. Das bedeutet konkret, daß auf der einen Seite aktive Gruppen innerhalb und außerhalb der Betriebe ihre Interessen vertreten und miteinander diskutieren müssen, wobei konkrete Projekte gemeinsam entwickelt werden können. Auf der anderen Seite müssen aber zentrale politische Weichenstellungen erfolgen: staatliche Gelder müssen gezielt in Bereiche des sozialen Bedarfs und auf 'menschliche Produkte' gelenkt werden, so daß auch die zwar erforderlichen, aber über den Markt nicht gewinnträchtig finanzierbaren Schritte unternommen werden können. Kein Betrieb und keine Belegschaft kann es sich leisten, staatliche Rüstungsaufträge abzulehnen und sich selbst in die Pleite und die Arbeitslosigkeit 'zu basteln' - aber der Staat kann seine Subventionen statt zur Förderung der Gewinne für sozial nützliche Produkte einsetzen (Fernwärme statt Investitionszulagen) und militärische Aufträge durch zivile ersetzen. Dabei ist auch auf "Dezentralität" zu achten: neue Technologien sollten z.T. in "kleinen Einheiten" produzierbar, einsetzbar und kontrollierbar sein.

Die Finanzierung öffentlicher Investitionsprogramme mit dem Ziel der Ausweitung der sozial nützlichen Produktion ist kein unlösbares Problem, sondern eine Verteilungs- und damit auch eine Klassenfrage. Veränderungen im Steuer- und Zuteilungssystem wären dazu geeignet, die Reichen und das Kapital verstärkt zur Finanzierung heranzuziehen und sie nicht wie bisher auf Kosten der kleinen Leute noch reicher zu machen. Allein

- die Einführung einer Ergänzungsabgabe auf hohe Einkommen,
- die Einführung einer allgemeinen Arbeitsmarkt- abgabe für alle Erwerbstätigen,
- die Streichung des Kindergeldes bei einem Netto- Monatseinkommen von mehr als 4.000 DM,
- ein Verbot aller Abschreibungsgesellschaften,
- die Bekämpfung der Steuerrückstände und der Steuerkriminalität sowie
- ein hoher Steuersatz für Finanzinvestitionen, dementsprechend ein niedriger für Investitionen im produktiven Bereich

würden jährlich zweistellige Milliardenbeträge mobilisieren.

Nicht nur die staatlichen Investitions- und Auftragsprogramme, sondern auch die Unternehmensaktivitäten müssen nach dem Kriterium der sozialen Nützlichkeit und der Umweltverträglichkeit untersucht und notfalls umgestellt werden. Wenn nicht eine andauernde Umverteilung öffentlicher Mittel in unkontrollierbare private Verfügungsgewalt stattfinden soll, dürften der Aufbau von öffentlichen oder selbstverwalteten

Eigenbetrieben, die Vergesellschaftung und möglicherweise Entflechtung von Großkonzernen sowie die Abstimmung von Rahmenplänen z.B. mit der Festlegung von Investitionsschwerpunkten erforderlich werden. Alternative Produktion bedeutet auch eine alternative Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und eine Demokratisierung der Entscheidungen.

6 Konkrete Alternativen in der Produktion

Die insbesondere von den Gewerkschaften geforderten Beschäftigungsprogramme zielen darauf, durch staatliche Initiativen Investitionen in gesellschaftliche Bedarfswelder zu lenken und arbeitslose Arbeitnehmer zur Herstellung sinnvoller Produkte einzusetzen.

Schwerpunkte sollen liegen in Maßnahmen

- zur Wiedergewinnung und Verbesserung der Umweltqualität
- zum Ausbau der Lebensqualität unserer Städte
- zur Durchsetzung neuer Technologien zur rationellen Verwendung von Energie und Rohstoffen und zur Anwendung alternativer Energie- und Rohstoffquellen sowie
- zur Integration und besseren Versorgung von benachteiligten Gruppen.

Das bedeutet konkret den gezielten Einsatz von Investitionen z.B. für den Bau von energiesparenden Motoren, Filter- und Kläranlagen sowie Recycling-Centern, für den Wohnungsbau, die Lärminderung und den Nahverkehr, für den Ausbau der Fernwärmeversorgung, der Meeresforschung und der Nutzung von alternativen Energiequellen sowie den Bau von medizinischen Geräten und Transportsystemen für Behinderte. In diesen Rahmen gehören auch der Ausbau energiesparender Transportsysteme und die Entwicklung von speziell auf die Bedürfnisse der sogenannten Dritten Welt zugeschnittenen Technologien. Im folgenden soll auf einige konkrete Produktvorstellungen (die oft gleichzeitig mehrere Zielvorstellungen einlösen können) näher eingegangen werden. Wir stützen uns dabei vor allem auf Vorschläge der Kollegen von Lucas Aerospace und von Jörg Huffschmid.

Umweltschutz

Als Beitrag zum Umweltschutz, zur Energieeinsparung und zur Verbesserung der Lebensqualität in den Städten sehen die Kollegen von Lucas Aerospace den von ihnen entwickelten Elektro-Hybrid-Motor an, der ein besonders sicheres und geschwindigkeitsbegrenztes Stadtauto antreiben könnte. Das Prinzip dieses Motors ist die Kopplung eines ständig auf optimaler Tourenzahl laufenden (Diesel-)Verbrennungsmotors mit einem Elektromotor; die Räder werden entweder direkt oder über einen Generator angetrieben; Batterien liefern die Zusatzenergie beim Beschleunigen und speichern die 'überschüssige' Energie beim Bremsen. Ein solches Antriebssystem könnte 50 % der Energie einsparen, die giftigen Abgase um 80 %

verringern und bei guter Schalldämmung zu einer erheblichen Lärminderung beitragen. Weniger weitgehend ist ein Vorschlag zur verstärkten Lärmdämpfung bei Motoren und den Bau von Abgaskatalysatoren zur Entgiftung der Abgase. Der verstärkten Verkehrssicherheit dienen Zusatzbremsen für Lastkraftwagen und Autobusse auf der Basis von Wirbelstrom-Dynamometern und Anti-Schleuder- und Radar-Warneinrichtungen für Kraftfahrzeuge. Die Lärmdämpfung auch in der Produktion soll durch den Einsatz spezieller Schaumstoffe erfolgen. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen hält in der Bundesrepublik von 1985 bis 1990 die Investition von ca. 40 Mrd. DM zum Bau von

Kläranlagen für erforderlich; nötig "wäre der Bau von dreistufigen Kläranlagen bzw. die Integration einer dritten (chemischen) Reinigungsstufe in die bestehenden Kläranlagen, da nur so die Reinigung von so problematischen Schadstoffen wie Stickstoff, gelösten Phosphorverbindungen, Schwermetallen, gelösten Salzverbindungen u.a. möglich sei".

Der verstärkte Bau von Recycling-Centern mit in den Städten aufzustellenden Behältern und Transportfahrzeugen ermöglicht die Wiederverwendung knapper Rohstoffe wie Glas und Altpapier; dadurch wird zugleich der Baumbestand geschont und Mülldeponievolumen eingespart. Ein weiterer Vorschlag für den Umweltschutz zielt auf die Verbesserung der Luftqualitätsüberwachung mit Hilfe eines Luftgütemeßnetzes. Durch den Einsatz von ortsfesten Meßcontainern und mobilen Labors könnte ein kombiniertes Luftgüteüberwachungssystem genaue Hinweise auf Umweltgefährdungen geben.

Im Rahmen des Umweltschutzes sollen Ausrüstungen mit hydraulischen Zylindersystemen ermöglichen, Bäume mitsamt ihren Wurzeln aus der Erde auszugraben und zu versetzen.

Energie

Zur Energieeinsparung und Verringerung der Ölabhängigkeit werden eine Reihe von neueren Technologien vorgeschlagen. Bei Lucas Aerospace wurde eine Serie von Sonnenkollektoren entwickelt und am Bau von Komponenten mitgewirkt, die die Heizkosten auf DM 12,-- pro Monat und Haus senken konnten. Der Einsatz von Windenergieanlagen legt angesichts der hohen Verluste bei der Umwandlung in Strom vorerst die direkte Nutzung der mechanischen Energie nahe, die z.B. zum Antrieb einer Wärmepumpe (die ihrerseits von Sonnenkollektoren vorgewärmtes Wasser benutzt) eingesetzt werden kann.

Die Halbierung der Heizkosten einer Gaszentralheizung erscheint durch den Einsatz von gasgetriebenen Wärmepumpen möglich, die über einen Verbrennungsmotor (dessen Abwärme auch eingespeist wird) unmittelbar mit Erdgas betrieben wird und dabei die hohen Energieverluste bei der Stromerzeugung für elektrische Wärmepumpen vermeidet. Ausbaufähig erscheinen

Konzepte zur Nutzung der Wellenenergie durch im Meer verankerte Stahlbetoneinheiten, wobei durch das Mitschwingen einzelner Teile im Rhythmus der Wellen Strom erzeugt wird; die Übertragung auf das Festland ist noch ein Problem. Die Energie könnte aber auch zur Herstellung von flüssigem Wasserstoff benutzt werden, der dann mit Kühlschiffen an Land transportiert wird und im Rahmen einer 'Wasserstoffökonomie' weiterverwendet werden

kann. Schwerdampfturbinen können Energie aus Niedrigtemperaturwärme gewinnen. Mit Hilfe der Wirbelschichtbefeuerung von Kohleöfen kann neben einem hohen Wirkungsgrad (über 42 % durch Betreiben einer Gasturbine mit den Abgasen) eine erhebliche Verringerung der Umweltbelastung erreicht werden; durch das Einblasen von Kalk ist ein Entschwefelungsgrad von 95 % gegenüber konventionellen 20 - 50 % möglich. Das Wirbelschichtverfahren ist die ideale Basis für dezentralisierte Kraftwärmekopplungen, wobei kleinere Heizkraftwerke sowohl Strom erzeugen als auch über ihre Abwärme zur Gebäudeheizung (Fernwärmesysteme) beitragen.

Die verstärkte Wärmeisolierung von Häusern und die Entwicklung von 'Energiesparhäusern' wäre ein weiterer ökonomisch sinnvoller und beschäftigungssichernder Vorschlag.

Meerestechnologie

Der Ausbau der Meeresforschung und Meerestechnologie verspricht sowohl die Chance einer erhöhten Nahrungsmittelproduktion als auch die Erschließung neuer Rohstoffquellen. Größere Mengen knapper Rohstoffe (z.B. Mangan und Eisen sowie Nickel, Kobalt, Kupfer, Zink und Blei) könnten aus den Untersee-Manganknollen gewonnen werden, wobei auf jeden Fall der Bau von Unterwasserfahrzeugen nötig wird. Für Unterwasseraktivitäten (z.B. Landwirtschaft), aber auch für Arbeiten in gefährlicher Umgebung haben die Kollegen von Lucas Aerospace ferngesteuerte Geräte entwickelt. Diese Geräte ermöglichen dem Menschen Arbeiten über eine größere Distanz, bei denen er zugleich Informationen über den Arbeitsgegenstand und die Wirkungen des Werkzeugeinsatzes erhält (akustisch und optisch durch Mikrophone und Kameras); solche

Geräte (z.B. ferngesteuerte Roboter) wurden vor allem für die Wiederaufarbeitung von Reaktor-brennstäben entwickelt. Im Unterwasserbereich (Unterseefarmen, Unterseeölförderung, Wartung der Anlagen) könnten Geräte eingesetzt werden, die in jeder Tiefe schwimmen bzw. kriechen können und die Eigenschaften eines Traktors mit denen eines Menschen mit starken Armen verbinden; sie könnten von der Küste oder von einem Schiff aus über ein Kabel ferngesteuert werden, das auch die Bilder der Kameras überträgt. Ein weiterer Einsatzbereich wäre die Kohleförderung, wo zusätzliche Ressourcen abbaubar (in großen Tiefen und unter dem Meer) und die Gefahren für die Arbeiter und Explosionsrisiken vermieden werden.

Ferngesteuerte Fahrzeuge könnten durch spezielle Panzerungen und Ausrüstungen z.B. bei der Bekämpfung von Bränden auch da eingesetzt werden, wo konventionelle Methoden unmöglich oder zu gefährlich wären (Brände von Chemikalien oder Explosivstoffen); sie könnten z.B. eingeschlossene Menschen bergen, ohne die Retter großen Gefahren auszusetzen .

Zum Ausbau der Meeresforschung ist die Produktion von zusätzlichen Forschungsschiffen nötig, darunter ein Tiefseebohrschiff, ein Polarforschungsschiff und ein universell einsetzbares Forschungsschiff.

Die Erschließung der Vielzahl kleinerer Erdgasfelder kann durch schwimmende Produktionsanlagen rentabel werden, die an mehreren Orten einsetzbar sind und Erdgas an Ort und Stelle so verarbeiten, daß es von Tankern abtransportiert werden kann; die hohen Kosten für eine Unterwasser-Pipeline

würden entfallen. Es können Anlagen zur Herstellung von Flüssigerdgas, Methanol, Ammoniak, Harnstoff und Flüssiggas sowie schwimmende Kraftwerke gebaut werden, und auch ein Verbund in Produktionsketten mit der jeweiligen Nutzung des Restgases wäre möglich. Solche Anlagen sollten auch in der Nähe von festen Bohrplattformen stationiert werden und das abgefackelte Erdölbegleitgas nutzen. Für die Bekämpfung von Ölkatastrophen wird der Bau von Ölauffangschiffen und von speziellen Pumpen vorgeschlagen, die das Absaugen des Öls von der Wasseroberfläche ermöglichen.

Medizinische Geräte

Eine verbesserte Versorgung von Kranken und Behinderten ist durch den Bau von medizinischen Geräten zu erreichen, die auf spezielle Bedürfnisse zugeschnitten sind. Die Kollegen von Lucas Aerospace entwickelten gemeinsam mit einem Arzt, einen Physiotherapeuten und einem Sozialarbeiter ein 'hob cart', einen kleinen Wagen für behinderte Kinder, die sich aufgrund von Mißbildungen (Spina-Bifida) nur noch kriechend fortbewegen konnten. Das Management des Luftfahrtkonzerns begann nicht mit der Produktion, obwohl aus Australien 2.000 hob carts bestellt wurden; heute wird der Wagen in einer englischen Jugendhaftanstalt hergestellt. Zur Behandlung aller chronisch Nierenkranken wurde in England der Bau von Heimdialysegeräten und die Erweiterung der Dialyseplätze in den Krankenhäusern gefordert; ein Wärmeaustauscher kann bei Operationen den Tod durch den Ausfall des Wärmeregulationssystems des Menschen verhindern; tragbare Defibrillatoren sollen in Ambulanzen eingebaut werden und Herzinfarkt-Patienten am Leben erhalten, bis sie im Krankenhaus sind.

Die Beweglichkeit von Rollstuhlfahrern und anderen Behinderten in den Städten kann durch das System 'Telebus' erheblich verbessert werden. Es handelt sich dabei um ein in Friedrichshafen erprobtes bedarfsgesteuertes Bussystem: die Busse fahren ohne feste Haltestellen und Fahrplan nach Anmeldung über eine Rufsäule oder Telefon, und die Steuerung der Fahrzeuge erfolgt über EDV.

Transportsektor

Unter dem Aspekt der Umstellung der Panzerproduktion wird zur Modernisierung und Erweiterung des Transportwesens der verstärkte Bau von Lokomotiven (der neuen Universal-Drehstromlokomotive E 120) vorgeschlagen, zumal viele Panzerhersteller auch heute noch für die Bundesbahn arbeiten.

Die drohende Unterdeckung im öffentlichen Personenverkehr (ÖPNV) könnte ebenfalls durch die Umstellung der Panzerproduktion abgewendet werden. Das Straßen-Schiene-Fahrzeug von Lucas Aerospace kann sowohl auf Straßen wie auf Schienen laufen; unabhängig aufgehängte Gummireifen mit Servosteuerung sichern auch in Kurven die Schienenführung. Dank der besseren Haftung der Gummireifen können Steigungen von 1:6 bewältigt werden (statt 1:80 bei Eisenbahnen); teure Brücken und Tunnel werden überflüssig, die Spur folgt den natürlichen Konturen der Landschaft, statt sie zu zerstören; die Kosten pro Meile Schiene können auf 1/50 gesenkt werden. In Entwicklungsländern können anstelle von Stahlschienen zwei Betonspuuren verlegt werden (Sambia, Tansania, Indien und China sollen ihr Interesse bereits angemeldet haben). Die Steuerräder und das Servosystem können nachträglich in Lastkraftwagen eingebaut

werden - das Transportmittel der Zukunft ist außerdem mit Zusatzbremsen, Radarsystemen und Hybrid-Motoren ausgestattet.

Darüber hinaus wäre der Aufbau eines integrierten Transportsystems sinnvoll, was z.B. im Bereich der Bundesbahn den Bau von Container-Bahnhöfen, neuen Umschlaggeräten (die Container-Umladungen unterhalb des Fahrdrahtes ermöglichen) und Lagerkapazitäten sowie von rechnergestützten Informationssystemen bedeutet .

Technologien für die Dritte Welt

Mit Blick auf die Entwicklungsländer wurde bei Lucas Aerospace ein Universalaggregat entwickelt, das dezentral einsetzbar ist und mit einheimischen Brennstoffen oder Methan arbeitet. Ein kleines Dorf wäre damit in der Lage, sowohl Wasser zu pumpen, Luft zu komprimieren, hydraulische Hochdruckanlagen zu versorgen oder Elektrizität zu erzeugen - ohne von spezialisierten Großtechnologien (und evtl. auch ausländischen Ausgangsprodukten) abhängig zu werden.

Netzunabhängige Stromversorgungs-Aggregate in einem Container (Dieselmotor mit 500-1000 PS, Generator, Schalldämmung und Kraftstofftank) könnten auf Hochhäusern aufgestellt werden oder als mobile Aggregate zur Bereitstellung elektrischer Energie z.B. in Notfällen, im Katastrophenschutz und auf Großbaustellen dienen; es gibt auch eine Sonderanfertigung mit Filteranlagen für Wüstengebiete.

Ein weiterer Vorschlag ist die Konstruktion von Bewässerungssystemen für die Dritte Welt aus Pumpen und Geräten, um die Erde zu bewegen; dazu könnten kleine Reparaturwerkstätten zur Wartung und Neukonstruktion eingerichtet werden.

Der Bau von Meerwasserentsalzungsanlagen könnte in der Dritten Welt insbesondere unter Nutzung der Solarenergie zur Verbesserung der Versorgung beitragen; Saudi-Arabien hat mehrere Meerwasserentsalzungsanlagen bestellt.

III Alternative Regionalpolitik zur Krisenbekämpfung und Unterstützung einer alternativen Produktion

1 Als Beispiel: regionale Strukturkrise in Bremen

Gerade in den letzten 2 Jahren hat sich die Arbeitsmarktsituation im Bund und in Bremen dramatisch verschlechtert. Hatten wir im Jahresdurchschnitt im Bund 1979 noch ca. 900.000 (3,8 %) Arbeitslose (zuzüglich 550.000 stille Reserve), so waren es Ende 1982 bereits ca. 2 Mio. (8,4 % Arbeitslosenquote zuzüglich 1 Mio. stille Reserve).

Ähnliches hat sich in Bremen abgespielt: 1979 betrug die durchschnittliche Arbeitslosenzahl 14.000 (4,9 % Arbeitslosenquote), 1981 schnellte sie auf 20.000 (7 % Arbeitslosenquote) empor und Ende 1982 hatten über 30.000 Kolleginnen und Kollegen keinen Arbeitsplatz. Im Durchschnitt kamen 1981 in Bremen auf eine offene Stelle 7 Arbeitslose; Ende 1982 waren es schon über 40.

Das verarbeitende Gewerbe verzeichnet im Zeitraum von 1970 bis 1981 einen Beschäftigungsrückgang von fast 4,2 %. Die großen Verlierer waren der Maschinenbau mit 37 % und fast 4.000 weniger Beschäftigten sowie das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe mit 32 % und einem Verlust von 8.385 Arbeitsplätzen.

Erhöht wurde die Beschäftigung nur im Straßen- und Luftfahrzeugbau um 17 % und 2.175 Arbeitsplätze.

Erwähnenswert ist die Zunahme bei den Kreditinstituten und dem Versicherungsgewerbe, wobei dieser Anstieg der Beschäftigten zu einem erheblichen Teil durch Teilzeitarbeit begründet ist. 17 % der 58.260 Beschäftigten im Bereich Gebietskörperschaften/

Sozialversicherung (öffentlicher Dienst) sind Teilzeitbeschäftigte. Die Zunahme von 41 % ist deshalb zu relativieren.

Die für Bremen besonders bedeutsamen Industriezweige sind von Krisentendenzen betroffen, sie haben erhebliche Arbeitsplatzverluste zu verzeichnen und blicken in eine ungewisse Zukunft. So sind z.B. im Schiffbau ca. 2.000 Arbeitsplätze gefährdet, in der Luftfahrtindustrie droht ein umfangreicher Personalabbau (bis zu 1.500) und die Lage der Stahlindustrie (ca. 1.200 Arbeitsplätze bedroht) ist ausgesprochen kritisch. Die sich in allen Betrieben verschärfenden Rationalisierungen und die bevorstehenden Absatzprobleme der Automobilindustrie lassen auch im Falle von überdurchschnittlichen Wachstumsraten in Bremen nicht einmal eine Stabilisierung des derzeitigen Beschäftigungsniveaus erwarten.

Allein der mögliche Verlust von 5.000 Arbeitsplätzen aus dem Kernbereich der Bremer Metallindustrie würde die Zahl der Arbeitslosen um insgesamt ca. 6.000 erhöhen (Folgewirkungen auf Zulieferbetriebe, Nachfrageausfall). Volkswirtschaftlich würde eine solche Entwicklung jährlich zusätzliche Kosten von ca. 168 Mio. DM (28.000 pro Arbeitslosen) und einen Produktionsausfall von ca. 360 Mio. DM bedeuten - von den sich aus der Arbeitslosigkeit ergebenden menschlichen und gesellschaftlichen Problemen ganz zu schweigen.

Bei einer Betrachtung folgender Indikatoren für die BRD wird das Problem Arbeitslosigkeit in voller Schärfe deutlich:

	75/70	80/75
<u>Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (1)</u> in Preisen von 1970 Veränderung <u>jährlich</u> in %	+ 2,2	+ 3,8
<u>Produktivität (2)</u> Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde in verarbeitenden Gewerbe <u>jährlich</u> in %	+ 4,8	+ 4,3
<u>Wochenarbeitszeit i.d. Industrie (3)</u> Veränderung <u>jährlich</u> in % (1970 : 44,1 Std. 1975 : 40,9 Std. 1980 : 41,8 Std.)	- 1,5	+ 0,4

<u>Erwerbspersonenpotential</u> in Mio. lt. S.V.R., IAB	1970 : 26,7 1980 : 27,2 1985 : 28,1 1990 : 28,5	(1) Stat. Jahrbuch/ eigene Berechnung 2) S.V.R. 1981/82 / eigene Berechnung 3) Wirtschaftsdaten 1982/ eigene Berechnung
---	--	--

Die oben aufgeführten Daten lassen deutlich erkennen, daß die Schere zwischen höherer Produktivität und verlangsamtem Wachstum die Arbeitslosigkeit ansteigen läßt. Verschärft wird die Situation durch ein Ansteigen der Arbeitszeit nach 1975.

Die Prognosen für den Arbeitsmarkt der nächsten 20 Jahre sehen nicht günstig aus. Bei einem jährlichen Wachstum von 2 - 2,5 % und einer Ausländer-Nettowanderung von ± 0 ergeben sich für

1985 : 2,9 Mio.	Arbeitslose
1990 : 3,9 "	"
1995 : 3,7 "	"
2000 : 2,9 "	"

Diese Prognose bedeutet für Bremen im Jahre 1990 eine Arbeitslosenquote von über 20 %.

2 Zur Kritik einer marktorientierten regionalen Wirtschaftspolitik

Das wirtschaftspolitische Programm der Bremer Landesregierung geht ordnungspolitisch von einem funktionsfähigen Marktmechanismus aus, d.h.,

"daß die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland mit weitgehender Entscheidungsfreiheit der Unternehmen eine unternehmensbezogene und produktorientierte Wirtschaftspolitik des Staates nicht ermöglicht. Deshalb geht das Zehnjahresprogramm davon aus, daß die Unternehmen im wesentlichen ihre zukunftsorientierten Märkte selbst besetzen. Die öffentliche Hand kann insoweit nicht zugunsten der Erträge von Privaten diesen ihre ureigene Aufgabe abnehmen, Marktchancen zu finden und Umsätze zu realisieren." (Strukturplan Unterweserraum, S. 5)

Ausgehend von dieser Prämisse liegt der Schwerpunkt der Maßnahmen auf der Schaffung von Infrastruktur im weiteren Sinne: "Vorrang der Infrastruktur vor direkter Subventionierung". Kapitalistische Wirtschaftsstrukturen werden nicht in Frage gestellt.

Gegen eine indirekte Investitionsförderung sprechen empirische Ergebnisse. Im "Bürgermeisterwettbewerb" um Industrieansiedlungen hat man sich folgende Zahlen vor Augen zu führen: Im verarbeitenden Gewerbe der BRD hat es in den siebziger Jahren einen Verlust an Arbeitsplätzen von 14 % gegeben. Im Zeitraum 1970 - 79 wurden insgesamt ca. 174.000 Arbeitsplätze¹⁾ durch Neuerrichtung und Verlagerung von Industriebetrieben geschaffen, davon fast 120.000 in den Jahren 1970 - 73; mit Beginn der

1) Schliebe, K.; Hillesheim, D.; Das Standortverhalten neuerrichteter und verlagerteter Industriebetriebe im Zeitraum von 1970-79. in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11, 1980, S. 612

Krise schrumpfte dieses Volumen seit 1974 auf jährlich 10.000. Um diese Arbeitsplätze konkurrieren die Gemeinden, wobei nach 1979 das jährlich neu geschaffene Arbeitsplatzvolumen im Verlauf der Krise noch geringer geworden sein dürfte.

Regionale Strukturpolitik steht in erster Linie vor dem Dilemma der Realisierung konkreter arbeitsmarktpolitischer Ziele mit dem Mittel der Beeinflussung privater - d.h. grundsätzlich autonomer - Investitionen. Private Investitionen werden dort getätigt, wo eine maximale Gewinnrealisierung zu erwarten ist: erst dann werden evtl. Arbeitsplätze geschaffen. An diesem Punkt knüpft die Konzeption bremsischer regionaler Wirtschaftspolitik an. Man will Bedingungen schaffen, damit im bremsischen Raum private Investitionen ein "günstigeres Klima" vorfinden. Dazu ist es zuerst einmal notwendig, Gewerbeflächen (zu günstigen Preisen) und die nötige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Ein zweiter Punkt, der die Rentabilität einer Investition direkt berührt, sind Investitionszuschüsse, Bürgschaften, Zinszuschüsse u.ä., die sowohl von der Bundesregierung als auch von den Ländern und Gemeinden gewährt werden.

Dazu sagt der DGB,

"daß eine in erster Linie an der Unternehmensförderung orientierte Wirtschaftspolitik, deren Nebenprodukt die Schaffung von Arbeitsplätzen sein kann, diesen Anforderungen (z.B. Vollbeschäftigung - d.V.) nicht gerecht wird". (DGB-Strukturprogramm Küste 1980, S. 32).

Ein Resultat der Politik von um Arbeitsplätze konkurrierenden Ländern und Gemeinden ist, daß

"in der gesamten norddeutschen Küstenregion ein Reservoir von erschlossenen und ausgewiesenen Gewerbeflächen vorgehalten wird, das noch einmal den vorhandenen Industriebesatz aufnehmen könnte" (ca. 10.000 ha) (eb. S. 41).

Aus diesen allgemeinen Betrachtungen folgt, daß derzeitige regionale Wirtschaftspolitik Steuereinnahmen zugunsten von Unternehmen umverteilt (das Steueraufkommen wird zum überwiegenden Teil von abhängig Beschäftigten aufgebracht). Weiterhin fehlt eine Koordination der Wirtschaftsregionen in der Gewerbeflächenpolitik und ein Instrument zur Steuerung von Investitionen. Ohne grundlegende Veränderungen dürfte die Forderung des DGB kaum einlösbar sein:

"Strukturpolitik darf nicht auf eine Unterordnung der staatlichen Wirtschaftspolitik unter unternehmerische Gewinninteressen hinauslaufen". (eb. S. 8)

3 Beispiele der regionalen Wirtschaftsförderung aus Holland und Frankreich

a) Ansiedlungsgesellschaft und Innovationsberatung in den Niederlanden ¹⁾

Die Niederländer haben ein ausgebautes Instrumentarium zur Lenkung von Investitionen entwickelt. 1979 wurde eine "Innovationsnote" der Regierung veröffentlicht, deren Kernpunkte die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsstrukturen, Zuschüsse bei Lohnkosten im Entwicklungsbereich, Kapitalzuschüsse bei innovativen Investitionen und die Förderung von Kooperation zwischen Hochschulen und Unternehmen sind.

In diesem Zusammenhang arbeitet die NOM, eine Nord-Niederländische-Entwicklungsgesellschaft AG. Ziel der NOM ist die Förderung der ökonomischen Entwicklung dieser Region.

1) Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf einen Vortrag von Ir. Th. Akkermann, "Die Bedeutung von Innovationen für das Wirtschaftsleben" aus: "Entwicklung in der holländischen Nordregion und Nordwestregion Bundesrepublik Deutschland", Oldenburg 1981.

Der niederländische Staat ist der Aktionär, im Aufsichtsrat sitzen Vertreter der Regionalregierung, von Unternehmen und Gewerkschaften.

Die NOM beteiligt sich an Unternehmen in ihrem Aufgabenbereich bzw. kann selbst Unternehmen gründen; das eingeschossene Risikokapital kann zurückgezahlt werden.

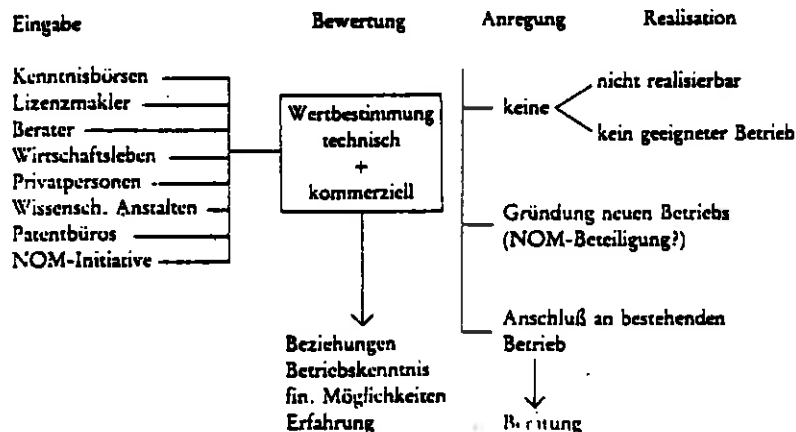
Die Aufgabenbereiche sind:

- regionalbezogene Wirtschaftsberatung
- Industrieansiedlung
- Innovationsentwicklung.

Diese Beratungstätigkeit richtet sich in erster Linie an kleinere und mittlere Unternehmen.

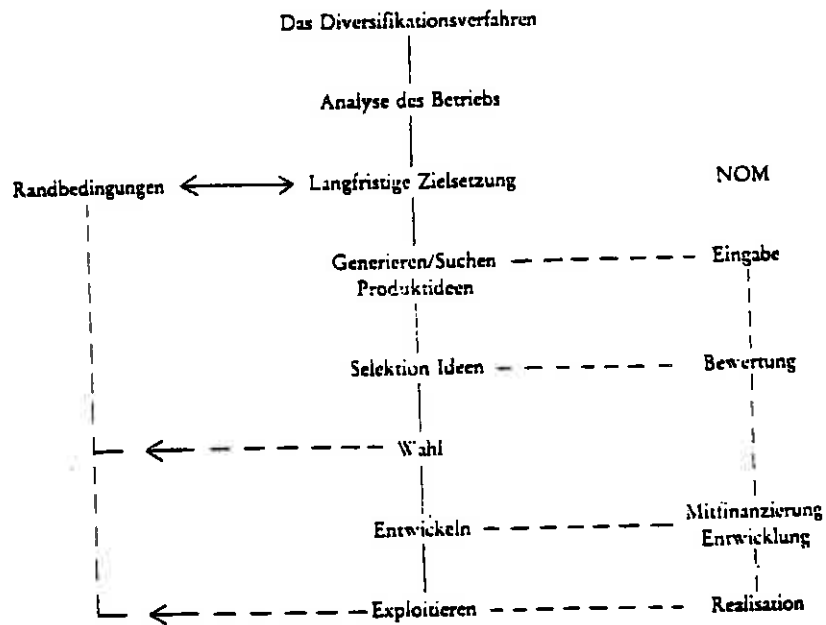
Die NOM versucht Informationen aus Hochschulen, Unternehmen oder anderen Institutionen zusammenzubringen und Projekte zu entwickeln, um diese bei ansässigen Unternehmen produktionsreif zu machen und produzieren zu lassen.

Der Prozeß der Erwerbung, Bewertung und Anwendung von Kenntnis:



In der NOM-Praxis werden Ideen gesammelt sowie auf ihre technische und marktmäßige Realisierung überprüft. Danach werden genaue Marktanalysen gemacht; falls sich eine Marktfähigkeit herausstellt, wird von der Abteilung Produktentwicklung ein Betrieb gesucht und die Produktionsmöglichkeit eruiert.

Das Verfahren läßt sich folgendermaßen darstellen:



Akkermann, Ir. Th., a.a.O., S. 74

Wenn die NOM Finanzierungsmittel beschafft, Prüfungen vornimmt o.ä. werden diese Mittel als Beteiligungen ausgewiesen oder müssen zurückerstattet werden.

Um diesen Kranz an Aktivitäten entfalten zu können, ist die NOM national und international Nachfrager und Anbieter an "Kenntnisbörsen" und steht mit vielen Innovationsinstituten in Kontakt.

Seit 1974 sind 600 Produktideen bearbeitet, sind in 30 Fällen Entwicklungskosten übernommen und 200 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Die NOM ist mit 280 Mio. Gulden an 28 Betrieben beteiligt.

b) Regionale Wirtschaftsstrukturpolitik in Frankreich

Frankreich betreibt schon lange regionale Wirtschaftsstrukturpolitik durch indirekte Maßnahmen, durch regionalisierte und strukturelle Investitionsanreize, durch selektive Kreditpolitik und verschiedenste Beratung insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen (10 bis 500 Beschäftigte). In der Vergangenheit hat die Regierung Investitionsschwerpunkte der Unternehmen mit staatlicher Beteiligung sowie der Staatsunternehmen festgelegt. Südfrankreichs Industrialisierung ist mit der Hilfe staatlicher Unternehmen forciert worden. Während der siebziger Jahre sind Teile von Südfrankreich (Lacq bei Pau) mit Hilfe von Basisinvestitionen des Erdölkonzerns "Société National Elf Aquitaine" (SNEA) industrialisiert worden. Innerhalb von 10 Jahren konnten durch koordinierte Investitionen des Konzerns mit öffentlichen Förderungshilfen für kleinere und mittlere Unternehmen 2.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Seit Bestehen der sozialistischen Regierung wird dieses Programm ausgebaut.

Wesentliche strukturpolitische Komponenten (für kleinere bzw. mittlere Unternehmen und Innovationsförderungen) sind Sonderkredite, Zinsbeihilfen, Lohnzuschüsse, Prämien und Beihilfen für Konzeptionen, Vorserien und Pilotanlagen bei Innovationen. Gleichzeitig werden Beteiligungsdarlehen zur Eigenkapitalbildung gegeben.

Zur regionalen Lenkung werden Zuschüsse für geschaffene Arbeitsplätze (100.000 FF pro Arbeitsplatz) gewährt.

Regionale Entwicklungsgesellschaften beteiligen sich an Unternehmen, die Raumordnungsbehörde (Datar) kann die unterschiedlichen Beihilfen kumulieren und politisch erwünschte Investitionen (z.B. Export, Energieeinsparung) mit halbstaatlichen Instituten (Institut für industrielle Entwicklung, IDI) fördern. Speziell gegründete staatliche Institutionen (GEPME) beraten die Unternehmen.

Diese Gesellschaften sind mit staatlichen Mitteln finanziert und der verstaatlichte Bankensektor übernimmt die Finanzierung großer Teile der Vorhaben. Die verstaatlichten Großunternehmen sind angehalten, diese Förderungspolitik für kleinere und mittlere Unternehmen in finanzieller, handelspolitischer sowie technologischer Hinsicht zu stützen.

Diese Modelle sind hier angeführt worden, um zu verdeutlichen, wie in anderen Ländern investitionslenkende Maßnahmen durchgeführt werden. Sie sind zwar an die kapitalistische Rationalität gebunden, können jedoch begrenzte arbeitsmarktpolitische Vorteile erbringen.

4 Modell einer regionalen Eigengesellschaft

Es erscheint notwendig, daß in einer Ansiedlungs- bzw. Beteiligungsgesellschaft regional- und strukturpolitisches know how koordiniert wird. Eine Beratung von Unternehmen bei betriebswirtschaftlichen Problemen und die Beschleunigung verwaltungsmäßiger Abläufe (z.B. bei Ansiedlungen, Erweiterungen von Unternehmen) muß erfolgen; weiterhin müssen Bundeszuschüsse (z.B. im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe) bei den Unternehmen bekannt gemacht werden. Die dargestellten Ansätze der Niederländer und Franzosen lassen sich durchaus z.B. auf die norddeutsche

Küstenregion/auf Bremen übertragen. Regionale öffentliche Gesellschaften eröffnen Möglichkeiten für eine langfristig angelegte regionale Strukturpolitik. Bereits jetzt werden in Bremen erhebliche Gelder an Unternehmen gezahlt, ohne daß eine Kontrolle über diese Mittel gegeben ist. Desweiteren ist kein professionelles "Management" vorhanden, um die eingesetzten Gelder zu kontrollieren und Einfluß auf die Geschäftspolitik der jeweiligen Unternehmen auszuüben.

Eine Eigengesellschaft als Ausdruck eines koordinierten öffentlichen Unternehmenssektors kann nur ein Strang neben arbeitsmarktpolitischen Eingriffen und bisheriger Strukturpolitik im weiteren Sinne sein.

Die Gesellschaft ist als Holding aller staatlichen Beteiligungsrechte und Eigengesellschaften (z.B. Stadtwerke AG, Straßenbahn AG, Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG), zweier Werften (Vulkan, SUAG), VFW/MBB) denkbar, in die auch Subventionen, die z. Zt. bereits gezahlt werden, zur Finanzierung eingehen. Werden Überschüsse erzielt, so fließen sie in einen Fonds zur Aufgabensicherung dieser Gesellschaft. Zu diesen Aufgaben gehört u.U. die Finanzierung von Sanierungs- bzw. Umstellungsmaßnahmen für krisenbetroffene Betriebe.

Die Eigengesellschaft hält zum einen reaktive Beteiligungen (d.h. Subventionen und Bürgschaften werden als Beteiligung bzw. beteiligungsähnliche Rechte vergeben); zum anderen werden aktive Beteiligungen auch an bremischen Schlüsselunternehmen gesichert bzw. erworben, um regionale Interessen zu wahren.

Die Eigengesellschaft kann zu einem zentralen Instrument der Struktur- und auch der Konjunkturpolitik werden, wenn öffentliche Mittel auch für industrielle Investitionen genutzt werden (und

Refinanzierungseffekte erzielen); die langfristige Investitionspolitik der Eigengesellschaft (als Kapitalgesellschaft) würde zugleich die notwendige Ausweitung des vorhandenen Kreditrahmens erlauben (Schattenhaushalt) - schon heute unterliegen die Kredite z.B. der Bremer Lagerhausgesellschaft für Investitionen in den Häfen nicht der Landeshaushaltsordnung, obwohl die Mittel zumindest zu großen Teilen (in Form von Miete) von der öffentlichen Hand aufgebracht werden.

Insgesamt geht es darum, durch den Ausbau und die Koordinierung des öffentlichen Unternehmenssektors zu einer vor allem die regionalen Bedürfnisse befriedigenden und die Arbeitsplätze sichernden "kommunalen" Produktion zu kommen. Über einen starken öffentlichen Unternehmenssektor scheint eine langfristige Strukturpolitik möglich, die durch den gebündelten und gezielten Einsatz von Ressourcen und entsprechende Kooperationsangebote auch auf privatwirtschaftliches Investitionsverhalten initiiierend und orientierend einwirken kann. Dabei wird es notwendig sein, eine wichtige Vermittlungsleistung zu vollbringen. Die schon erkannten "Zukunftsmärkte" müssen mit bisher unbefriedigten kollektiven Bedürfnissen in Verbindung gebracht und auf die spezifischen Produktionsmöglichkeiten in der Region Bremen abgestimmt werden.

Die Herauslösung der Aktivitäten einer Förderungsgesellschaft aus der allgemeinen staatlichen Verwaltung ist durchgängig zu beobachten. Die Kritik an der Förderungsdurchführung der öffentlichen Verwaltung in Bremen reicht von der Handelskammer über die Wirtschaftskammer bis hin zur Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD. Gefordert wird eine Eigengesellschaft bzw. Wirtschaftsförderungsgesellschaft in Bremen von der SPD (Beschluß des Landesparteitag vom 31.5.1981) und der IG Metall - Vertreterversammlung Bremen (Beschluß vom 15.3.82).

Die Ziele der Eigengesellschaften sollten wesentlich weiter greifen als die Betreuung von Beteiligungen und Finanzierungsangelegenheiten.

Folgende allgemeine Ziele lassen sich formulieren:

1. Die Neuschaffung von Arbeitsplätzen,
2. die Sicherung von Arbeitsplätzen und Einkommen,
3. der Abbau von regionalen und strukturellen Ungleichgewichten in der Wirtschaftsstruktur sowie
4. die Förderung eines qualitativen technischen Wandels auch im Interesse einer Humanisierung der Arbeit und
5. die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen.

Konstruktion der Eigengesellschaft

Gesellschafter sollten eventuell die "Gesellschaft für Wirtschaft und Arbeit mbH" sowie Banken sein. Die Finanzierung erfolgt über die Gesellschafter und das Land Bremen.

Eine Steuerbefreiung dieser Gesellschaft erscheint möglich, kann jedoch abschließend hier nicht beurteilt werden (§ 5 Körperschaftssteuergesetz u.ä.).

Bremische Eigengesellschaft

- I. Kapitalgeber:
- a) brem. Banken mit mehrheitlichen Landesbeteiligungen
 - b) Stadtwerke AG, Straßenbahn AG, BLG u.ä.
 - c) Subventionen des Landes und Bundes

Gesetz zur Zielbestimmung

- 1) Erreichung von Vollbeschäftigung und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze
- 2) Abbau von regionalen und strukturellen Ungleichgewichten i.d. Wirtschaftsstruktur
- 3) Förderung eines qualitativen techn. Wandels
- 4) Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen

Regionalrat

bestehend aus:

- a) Gewerkschaftsvertretern
- b) Unternehmensvertretern
- c) staatlichen Vertretern

II. Beteiligungsgesellschaft in Form einer Kapitalgesellschaft

Bereich:
neue Märkte,
technologische Innovation bei brem. Gesellschaften

Bereich:
Sanierung von Unternehmen und Strukturkrisenbewältigung

Bereich:
An- und Verkauf von Gewerbeflächen, Erschließung und Beratung bei Ansiedlung

Bereich:
Information und Beratung von Klein- und Mittelbetrieben

Bereich:
Schlüsselindustrien

- III. Beteiligungsfelder:
- a) Beteiligungen an innovativen Bereichen
 - b) Erschließung neuer Produktions- bzw. Dienstleistungsstrukturen
 - c) Werften mit Umstrukturierungsaufgaben
 - d) An- und Verkauf von Gewerbeflächen
 - e) brem. Schlüsselindustrien

Arbeitsbereiche der Eigengesellschaft

Um die allgemeinen Ziele zu erreichen sind u.a. folgende Bereiche zu bearbeiten:

- Ansiedlungsberatung insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen (d.h. u.a. Beschleunigung des Behördendurchlaufs).
- Grundstücksgeschäfte
- Finanzierungs- und Unternehmensberatung sowie die Übernahme von Bürgschaften für Kredite
- Erarbeitung von Strukturanalysen
- Innovationsberatung und Innovationsentwicklung, insbesondere bei Zukunftsmärkten wie: Offshore-Aktivitäten, Meerestechnologie, Luft- und Raumfahrt, Solartechnik, Informatik, Telekommunikation, Umwelttechnologie, Mikrotechnologie, Gesundheit und Ernährung, Biotechnik, Verkehrstechnik.

Ein wesentlicher Aspekt der Förderungspolitik sollte jedoch die Beteiligung bei Unternehmen sein. Die Umwandlung von Subventionen in Beteiligungen könnte auch zur Erschließung neuer Produktionsmöglichkeiten in den Zukunftstechnologien oder für sozial nützliche Produkte führen. Dabei sollte man auch Initiativen von Belegschaften aufnehmen (Arbeitskreis alternative Fertigung bei VFW/MBB-Bremen; Beispiel Hamburg: Innovationsberatungsstelle der IG Metall und Arbeitskreis alternative Produktion bei Blohm & Voss).

Zur Verhinderung von individuellem und gesellschaftlichem Elend sollten z.B. in den Werften - anstelle von Massenentlassungen - die Arbeitnehmer weiterhin in ihren Betrieben beschäftigt bleiben. Im Rahmen von betrieblichen Pools könnte eine Weiterqualifikation und der Ausbau einer 'sozial nützlichen

Produktion' erfolgen. Damit könnte zugleich ein Beitrag zur Umstellung von militärischer auf zivile Produktion geleistet werden, denn Bremen ist in besonderem Maße von den Rüstungsaufträgen abhängig (Fregattenbau, MRCA-Tornado, milit. Elektronik).

Die strukturpolitische Steuerung über eine Eigen-gesellschaft hat den Vorteil, daß unternehmensinterne Daten vorliegen, die mit strukturpolitischen know how und staatlichen Ressourcen verbunden werden können.

Hier lassen sich Kombinationen öffentlicher Nachfrageimpulse und unternehmensspezifischer Umstellungen denken, die eventuell in Verbindung mit der Um- und Weiterqualifikation der Beschäftigten neue Arbeitsplatzperspektiven eröffnen.

Anknüpfungspunkte für koordinierte Aktivitäten eines öffentlichen Unternehmenssektors (in Kooperation mit Privatunternehmen) wären z.B.:

(1) Maßnahmen zur Verringerung des Ölverbrauchs/ zur Energieeinsparung

Das Anknüpfen an bei den Stadtwerken schon vorhandene Überlegungen zum Ausbau von Fernwärmeschienen¹⁾ muß verbunden werden mit dem Einsatz kleiner Kraftwerkstypen, die auf der Basis neuester Technologien mit Kohle betrieben werden. Gasgetriebene Wärmepumpen können verstärkt eingesetzt werden. Mit dem Bau von Kleinkraftwerken und der Produktion und Installation von

1) Vgl. Frankfurter Rundschau vom 4.4.1981: "In Flensburg raucht kaum noch ein Schornstein. Eine Stadt in der Bundesrepublik wird fast zu 100 % mit Fernwärme versorgt".

Fernwärmeschienen wären deutliche Arbeitsmarktimpulse verbunden. Staatliche (vom Bund geförderte) Investitionen würden einen qualitativen Wandel ("Weg vom Öl") einleiten, neue und umweltschonende Technologien fördern und sich als sehr ökonomisch erweisen: sie könnten sich mittelfristig selbst finanzieren, beim Verbraucher Kaufkraft freisetzen und die Zahlungsbilanz entlasten.

Im Zusammenhang mit einem verstärkten Kohlebedarf wäre in Bremen an die Entwicklung eines Transportsystems zu denken, das die Kohlever-sorgung sichert. Hier können durch das Einbeziehen z.B. der BILG und der Bundesbahn integrierte see- und landseitige Transportketten entwickelt und durch einen Bremer Verbund (Kocks/Salzgitter, VFW/MBB u.a.) produziert werden, wobei der spätere Export solcher Systeme anzustreben wäre. Die öffentlich kontrollierte Salzgitter AG konzipiert bereits heute Pipelines für den Transport von Feststoffen. Bei der Produktion und Installation von Fernwärmeschienen und Erdgasleitungen wäre die Beteiligungsmöglichkeit für Teile der Werftindustrie zu prüfen; die Kosten lägen zwar evtl. höher als bei spezialisierten Herstellern, wären aber insgesamt um ein Vielfaches geringer als die "unproduktive" Subventionierung von brachliegenden Werftkapazitäten bzw. die Finanzierung von arbeitslosen Werftarbeitern.

Der von Erno/VFW/MBB konzipierte und z.T. bei der AG Weser gebaute Windrotor "AEOLUS" könnte z.B. bei entsprechender öffentlicher Förderung nicht nur im Lande Bremen (in Bremerhaven wird ein "GROWIAN" von MBB gebaut) eingesetzt werden, sondern auch im Export Erfolge erzielen (das erste Modell wird nach Schweden geliefert).

(2) Ausbau und Verbesserung der regionalen Verkehrssysteme

Vorschläge zur durchgreifenden Verbesserung der regionalen Verkehrsstrukturen können an Überlegungen der Straßenbahn AG, der Bundesbahn und Unternehmen in staatlicher Beteiligung wie VFW/MBB anknüpfen und im Falle ihrer Realisierung neben der Sicherung von Arbeitsplätzen wesentliche Beiträge vor allem zur Energieeinsparung und zur Verbesserung der Wohnqualität in der Stadt leisten. Ebensolche Effekte könnten z.B. der weitere Ausbau und die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (weiterer Ausbau der Straßenbahnstrecken, möglicherweise Einsatz von Schienen-Straßen-Fahrzeugen und die Umrüstung auf Elektro-Hybrid-Motoren, Verkürzung der Taktzeiten in Verbindung

mit dem Einsatz eines größeren Fahrzeugparks und zukunftssträchtigen Steuerungssystemen) wie auch eine wesentlich verbesserte Anbindung des Umlandes zur Folge haben. Ein solches strategisches Gesamtkonzept kann aufgrund der gestiegenen und weiter steigenden Ölpreise auf Zustimmung und Annahme bei der betroffenen Bevölkerung rechnen.

Ein Resultat einer solchen Investitionspolitik wäre die Einsparung von Energie, Zeit (für den Weg zum Arbeitsplatz) und Straßenbaumitteln bei gleichzeitiger Verringerung der Belastung von Umwelt und Wohnumgebung mit Nebeneffekten wie z.B. einer verringerten Unfallgefahr und reduzierten Kosten für das Gesundheitswesen. Für die Entwicklung und den Ausbau der Produktion von regionalen (Nah-)Verkehrssystemen, die zukunftsweisend (d.h. vor allem energiesparend und schnell) sind, wäre ein Forschungs- und Produktionsverbund von Straßenbahn AG, Bundesbahn und Fahrzeugbaubetrieben wie VFW/MBB und Daimler-Benz denkbar.¹⁾

1) Während der Konzeptionsphasen bekommen die privaten Unternehmen Forschungs- und Entwicklungsmittel bzw. gründen dafür Eigen- gesellschaften und müssen als Gegenleistung technologisch hochwertige Arbeitsplätze in Bremen schaffen oder belassen sowie bei Produktfähigkeit die entwickelten Produkte im Unterweserraum herstellen.

(3) Ausweitung des Wohnungsbaus

Ein zukünftiger Markt sind der soziale Wohnungsbau und die Wohnumweltverbesserung. Hier bestehen kollektive Bedürfnisse besonders in Ballungsgebieten, deren Befriedigung sich nicht erst seit den zunehmenden Hausbesetzungen als dringendes politisches Problem darstellt.¹⁾

Über die Forderung nach einer Ausweitung und Umstrukturierung der Förderungsprioritäten des Bundes (nur noch 1/4 der Mittel fließen in den Mietwohnungsbau) hinaus sind Ansatzpunkte für Impulse auf der Ebene der Kommune bzw. des Bundeslandes (Bremen) zu entwickeln. Voraussetzung für solche Impulse ist die Zusammenfassung der eingesetzten öffentlichen Mittel im Rahmen der Eigen-gesellschaft - die Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau könnte hierbei der Kristallisationskern sein.

Die vom DGB geforderte Kooperation des öffentlichen mit dem gemeinwirtschaftlichen Sektor könnte (angesichts der wohl vorhandenen finanziellen Reserven) zu einer Belebung vor allem des sozialen Mietwohnungsbaus genutzt werden. Darüber hinaus sind bestimmte Maßnahmen zur Unterstützung des Neubaus von eigenem (und eigengenutztem) Wohnraum und zur Modernisierung des vorhandenen Wohnbestandes zu treffen. Während es bei der Verbesserung oder Sanierung in erster Linie um eine kostengünstige Veränderung in Kooperation mit den Nutzern geht

1) Mitte 1981 wird von einem Fehlbestand von ca. 1 Mio. Wohnungen ausgegangen.

(die z.B. Eigenleistungen ermöglicht und ein "Kaputtsanieren" verhindert), erfordert der Neubau von Wohnraum intensive Überlegungen und durchgreifende Maßnahmen in bezug auf eine Kostensenkung, die allerdings nicht mit Qualitätsminderungen einhergehen dürfen.

Z.T. erhebliche Verringerungen der Kosten wären erreichbar durch

- die Umwandlung von Grundstücken im öffentlichen Besitz in Bauland und ihre Vergabe nach bestimmten Kriterien in Erbpacht. Eine solche Regelung hätte den Vorteil, daß die Grundstücke Eigentum der öffentlichen Hand bleiben würden (private Spekulationsgewinne also ausgeschlossen wären), der Wohnungsbau erheblich billiger würde und im Vergleich zur Gewerbeflächenpolitik nur eine geringe Subventionierung erforderlich wäre
- die Forderung nach einem niedrigen Zinsniveau für den sozialen Wohnungsbau bei sofortigem Beginn mit Zinssubventionen, wie sie z.B. im Schiffbau üblich sind
- die Senkung der Energiekosten im Neubaubereich mit Hilfe der besonderen Förderung z.B. von Fernwärmeanschlüssen, gasgetriebenen Wärmepumpen und/oder Windrotoren, aber auch die Anbindung an ein attraktives Nahverkehrsnetz
- spezielle Programme für den Eigenheimbau, der durch entsprechende planerische Überlegungen und durch das Erbringen von Eigenleistungen kostengünstig intensiviert werden könnte.

Es sollten Wohnkonzeptionen realisiert werden, die heute unter dem Schlagwort "Stadthaus" existieren. Gemeint ist auch eine Neuauflage des "Bremer Hauses" in Reihenbauweise, das auf relativ geringer Grundfläche ein Maximum an individuell plan- und nutzbarem Raum bietet.

Eine Reihenhauslösung sollte wegen der geringeren Grundstücksfläche und dem gegenüber dem allein stehenden Haus wesentlich geringeren Energieverbrauch bevorzugt werden. Preisgünstigere Baulösungen kann man z.B. von den Niederländern übernehmen, die sicherlich andere Wohngewohnheiten haben, jedoch einen wesentlich preiswerteren Wohnungsbau verwirklichen. Die kostengünstigeren Baulösungen sind durch die Planung bedingt und liegen auch in der Konzeption der staatlichen Förderung begründet, die Zuschüsse bzw. Steuernachlässe nur bis zu einer Höchstpreisgrenze gewährt (die jährlich neu festgelegt wird und z. Zt. bei ca. 150.000 Gulden liegt).

Ein anderer Punkt, der Kosten für Käufer senken könnte, ist das Erbringen von Eigenleistung. Schon bei der Planung von neuen Stadthausiedlungen könnten die zukünftigen Bewohner mit einbezogen werden. Die gemeinsame Planung und die Eigenleistung fördern die Identifikation mit dem Stadtteil und die Kommunikation mit den Nachbarn und erschließen u.U. für den "Erbauer" eine neue Erfahrungswelt. Die Selbstbeteiligung am Neu- oder Umbau von eigengenutztem Wohnraum ist eine gängige Praxis und wird von den Bürgern sowohl unter Kostensenkungs- wie Einflußnahmeaspekten gefordert.

Es wird in Zukunft darauf ankommen, diese Formen von (oft individueller) "Bürgerinitiative" zu ermöglichen und zugleich zu verhindern, daß für den einzelnen unzumutbare Arbeits- oder Finanzierungsbedingungen entstehen. Es ist zu überlegen, ob

eine "Humanisierung der Eigenleistung" durch spezielle Arbeitszeitregelungen möglich ist.

Zu betonen ist, daß es um öffentlich gesteuerte, von den gemeinnützigen Unternehmen mitgetragene Initiativen zur Bekämpfung der Wohnungsnot (z.T. refinanzierbare Investitionen) und nicht um eine weitere Umverteilung zugunsten der ohnehin schon Privilegierten gehen muß.

(4) Ausbau und Entwicklung der Meerestechnologie

Es ist vorstellbar, daß die Arbeiten im Bereich der Meeresforschung in Bremerhaven in absehbarer Zeit zu Vorschlägen für gesellschaftlich sinnvolle Unterwasser-Aktivitäten führen. Dann stellt sich nicht nur für Forschungsarbeiten, sondern auch für zukünftige "Produktionsunternehmungen" die Frage nach einer entwickelten Meerestechnologie, für die in Bremen optimale Bedingungen vorherrschen: neben Forschungskapazitäten gibt es nicht nur den Schiffbau mit seinen maritimen Erfahrungen, sondern bei VFW/MBB auch ein regionales Technologiezentrum, das im Verbund mit den beiden anderen genannten Bereichen z.B. ferngesteuerte Geräte für Unterwasserarbeiten entwickeln, erproben und produzieren könnte. An diesem Punkt kann sich "Zukunftsforschung" mit vorhandenen betrieblichen und regionalen Erfahrungen verbinden und möglicherweise zur besseren Versorgung der Bevölkerung führen. Im Falle der Ausweitung der Herstellung von "Nahrungsmitteln aus dem Meer" wären zugleich Transportkapazitäten (Schiffe) erforderlich, die die vorhandenen Verarbeitungskapazitäten (vor allem in Bremerhaven und Cuxhaven) auslasten könnten. In diesem Zusammenhang muß auch auf

die Möglichkeit der Energiegewinnung aus dem Meer hingewiesen werden.

(5) Weitere Aktivitäten

Der durchaus denkbare (und bisher wirklich nur vorläufig skizzierte) Ausbau einer sinnvollen regionalen Produktion würde bedeuten, daß eine entsprechend erhöhte Nachfrage nach Stahl und Kohle entstehen würde, die wiederum entsprechende Hafenaktivitäten nach sich ziehen könnte. In Verbindung mit dem Aufbau solcher regionaler Produktionsstrukturen in "Zukunftsbereichen" sind zwei Entwicklungsrichtungen denkbar, die sich zum Nutzen der in der Region beschäftigten und von bisher benachteiligten Menschen auswirken könnten: zum einen könnte das entstandene "know-how", evtl. sogar die entwickelten Produkte, weiterverkauft werden. Zum anderen könnte mit einer solchen Weiterveräußerung ein Beitrag zur Verbesserung der Situation in der sogenannten dritten Welt geleistet werden: die Erschließung des Meeres zur Nahrungsmittelversorgung würde hier ebenso ihre Bedeutung bekommen wie die Entwicklung von energiesparenden see- und landseitigen Transportsystemen und die Erschließung von Energiequellen und Energieversorgungssystemen, die weder öl- noch urangebunden sind.

Weitere Anknüpfungspunkte könnten sich z.B. aus einer Verbindung des know-how der Bremer Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit universitären Forschungen im Bereich von Biologie und

Technologie ergeben, die möglicherweise wirksame und preisgünstige Modelle der Nahrungsmittelproduktion für die "dritte Welt" verfügbar machen werden; die guten Kontakte Bremens zu einzelnen "Entwicklungsländern", die Ausbildung von Experten aus der sogenannten dritten Welt und die schon vorhandenen Überlegungen in bezug auf "angepasste Technologien" könnten durchaus für die Produktion relevant werden.

Zu den weiteren Aktivitäten der Eigengesellschaft müßte darüber hinaus gehören:

- der Kauf und Verkauf von Gewerbeflächen sowie die Koordination von Genehmigungsverfahren in diesem Zusammenhang mit der Perspektive, ein einheitlich handelnder und effizienter Ansprechpartner für ansiedlungswillige Unternehmen zu sein;
- der Aufbau von Consulting-Unternehmen, die sich (wie die BLG) um den Verkauf von know-how bemühen;
- die Bereitstellung von Gewerbehäusern in Wohnnähe für nicht störendes Kleingewerbe, das hochwertige, langlebige Konsumgüterproduktion betreibt.
- Bereitstellung von Büroflächen in Stadt-Nebenzentren, damit die Umwandlung von Wohnraum in der Innenstadt und deren Nebengebieten verhindert und wieder rückgängig gemacht wird.

- Innovationsberatung von Klein- und
Mittelbetrieben

Die Eigengesellschaft muß bei der Subventionsvergabe z.B. für Werften - auch wenn die Mittel vom Bund kommen - eingeschaltet werden. Soll ein Betätigungsfeld der Eigengesellschaften die Sanierung strukturschwacher Unternehmen sein, so ist die Rentabilitätsorientierung zurückzustellen. Bei solchen Betrachtungen sind sowieso zu zahlende Subventionen in Nutzen-Kosten-Kalküle mit einzubeziehen.

Eine Verzahnung von heute möglicher fortschrittlicher "Sozialpolitik" und der Entwicklung zu künftiger "freier" gebrauchswertorientierter Arbeit in Stadtteilwerkstätten kann ebenfalls zum Aufgabenfeld einer Eigengesellschaft werden. Der **Aufkauf von vorhandenen Betriebsstätten** kann zur Beschäftigung arbeitsloser Jugendlicher unter **Anleitung** von älteren Arbeitnehmern (mit reduzierter Arbeitszeit oder nach dem Ausscheiden aus dem Betrieb) dienen. In solchen Werkstätten können Reparaturen von Gebrauchsgegenständen durchgeführt werden oder "Kooperativen" entstehen. Die Kosten dafür dürften langfristig-gesellschaftsbezogen niedriger liegen als die "soziale Betreuung" arbeitsloser Menschen.

Solche Werkstätten als zukünftige "öffentliche Werkstätten" könnten den Bürgern eines Stadtteils in ihrer - durch Arbeitszeitverkürzungen weiter zunehmenden - "Freizeit" die Möglichkeit zu "sinnvoller und produktiver Betätigung" vermitteln, bei der sie sich Güter des täglichen Bedarfs selber reparieren oder herstellen könnten.

Im Zusammenhang mit der verstärkten Forschungsförderung zur Humanisierung der Arbeit kann die Entwicklung und Produktion von Technologien gefördert werden, die von körperlich schwerer und gefährlicher Arbeit entlasten, ohne zur Arbeitsplatzvernichtung zu führen. In diesem Rahmen könnte der von VFW/MBB produzierte Roboter ebenso Bedeutung bekommen wie die Entwicklung von ferngesteuerten Geräten, die nicht nur zur Kohleförderung oder für Unterwasserarbeiten einsetzbar sind, sondern z.B. Arbeiter am Hochofen entlasten könnten. Andere Technologien zur "Humanisierung des Lebens", z.B. zur Energieeinsparung, zum Umwelt- und Unfallschutz und zur Verbesserung der medizinischen Versorgung sollten ebenfalls besonders gefördert werden.

Der Bau und Betrieb von öffentlichen Ausbildungszentren zur breiten Qualifizierung der Jugend könnte ebenfalls in den Aufgabenbereich der Eigengesellschaft fallen, die hier "know-how" in bezug auf zukunftssträchtige Arbeitsfelder in die Ausbildungskonzeptionen einbringen könnte.

6 Ein Zentrum für sanfte Energietechnologien
als Ausdruck regionaler Industriepolitik

Die bisher vorgetragenen Argumentationslinien begründen aus mehreren Blickwinkeln die Notwendigkeit einer offensiven regionalen Industriepolitik mit dem Hauptziel der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Auch wenn das gesellschaftliche Problem der Arbeitslosigkeit nur auf Bundesebene wirklich lösbar erscheint (u.a. durch radikale Arbeitszeitverkürzungen) stellt sich doch die Frage nach dezentralen Ansatzpunkten - notwendige Umstrukturierungen müssen ohnehin betrieblich und regional umgesetzt werden.

Weil wir

- nicht auf die "Selbstheilungskräfte des Marktes" vertrauen
- uns eine regionalwirtschaftliche Einflußnahme auf Konzernentscheidungen durch staatliche Unternehmensbeteiligungen und den Druck der Arbeitnehmerschaft vorstellen können
- die zukünftige industrielle Produktion nach qualitativen Gesichtspunkten (gesellschaftlicher Nutzen der Produkte, Humanität und Umweltverträglichkeit der Produktion) steuern wollen

fordern wir als Instrument der regionalen Strukturpolitik eine staatliche Eigengesellschaft mit der Aufgabe, gemeinsam mit einzelnen Unternehmen eine offensive Industriepolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur besseren Versorgung der Menschen zu konzipieren.

Ein Ausdruck eines solchen Ansatzes könnte die Gründung eines Bremer Zentrums für sanfte Energietechnologien sein.

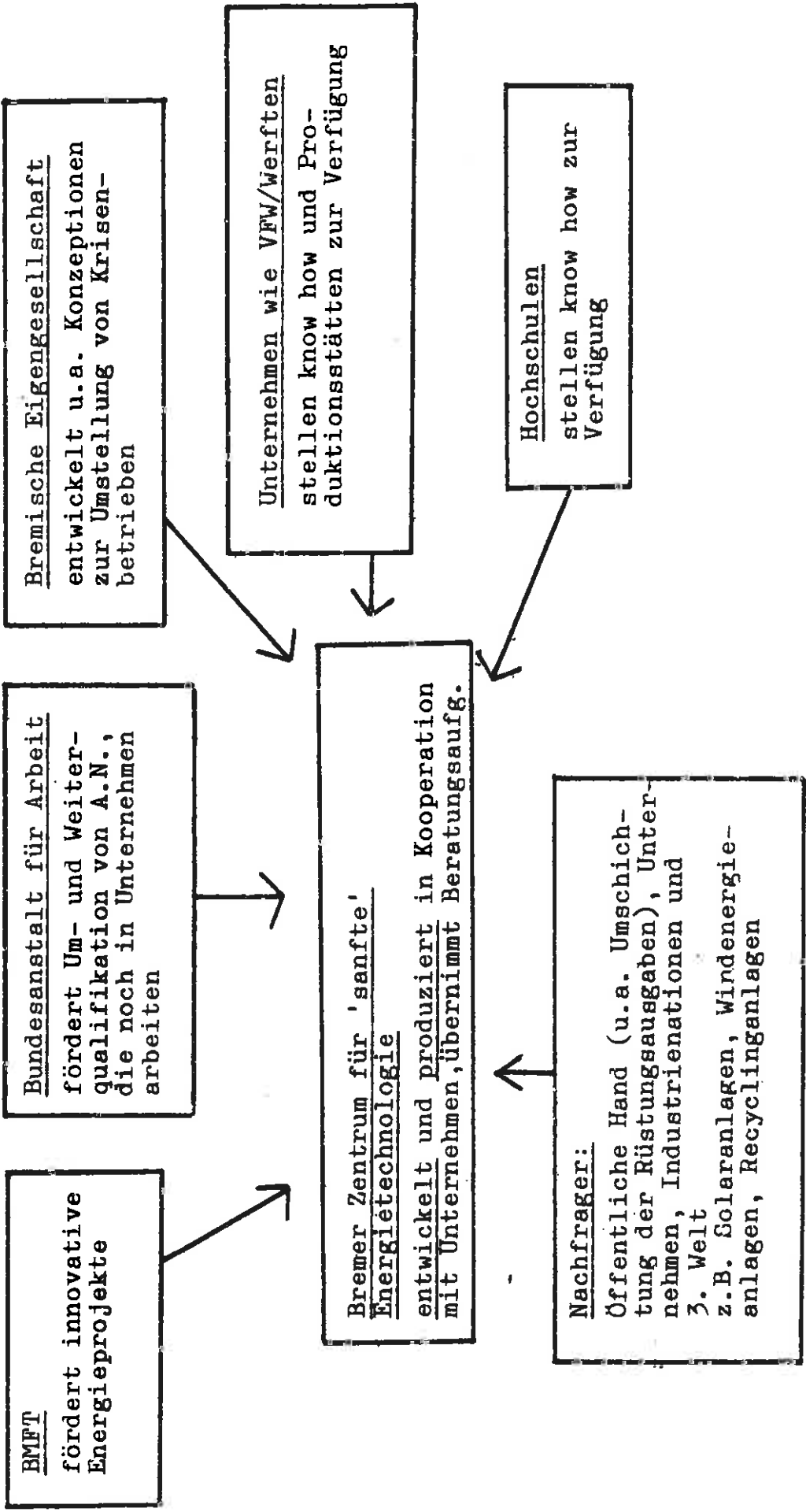
Im Mittelpunkt der Aktivitäten des Zentrums sollte die (Weiter-)Entwicklung und Produktion von sanften Energietechnologien stehen; das bedeutet insbesondere die Herstellung von Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie und der Windenergie sowie den Bau von Heizkraftwerken zur dezentralen Strom- und Wärmeversorgung. Für den Aufbau einer solchen Produktion gibt es reichhaltiges regionales 'know how', das auszunutzen und weiter zu fördern wäre. Im Bereich der Solartechnologie hat Erno ebenso Erfahrungen (aus der Weltraumfahrt) wie im Bereich der Windenergieanlagen, wo Erno und die AG-Weser bereits den Windrotor 'Aeolus' produziert haben. Die Werften sind in der Lage, Heizkraftwerke zu bauen (siehe Blohm und Voss in Hamburg) und das Bremer Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit fördert bereits Projekte zur Nutzung der Biomasse in der 3. Welt. Die Bremer Anteile an den Unternehmen VFW/MBB und Bremer Vulkan könnten von einer Bremer Eigengesellschaft zum Aufbau des Zentrums für sanfte Energietechnologien genutzt werden. Dieses Zentrum müßte sich verstärkt in die Förderprogramme des Bundes (BMFT) einklinken, könnte staatliche Unternehmenssubventionen produktiv zum Aufbau einer alternativen Fertigung nutzen und darüber hinaus eventuell Mittel der Bundesanstalt für Arbeit einsetzen (die sonst zur Finanzierung von arbeitslosen Metallarbeitnehmern auszugeben wären); darüber hinaus wäre zu prüfen, ob auf Forschungsaktivitäten und know how aus der Universität und den Fachhochschulen zurückgegriffen werden kann. Die Aktivitäten eines solchen Zentrums könnten den drohenden Arbeitsplatzverlusten insbesondere im Luftfahrzeug- und Schiffbau entgegenwirken und sich auf Aktivitäten der Belegschaften stützen, die bereits Arbeitskreise für eine alternative Fertigung gegründet haben.

Das Bremer Zentrum für sanfte Energietechnologien wäre z.B. als kooperative Einrichtung zwischen VFW/MBB, AG Weser/Bremer Vulkan und der staatlichen Eingengesellschaft denkbar.

Zur Absicherung der Produktion würde eine staatliche Politik des Energiesparens beitragen, die die öffentliche Hand (zumindest zunächst) zu einem Hauptabnehmer der neuen Technologien macht: der Ausbau des Fernwärmenetzes und die Ausrüstung aller öffentlichen Gebäude im Lande Bremen mit Solarenergieanlagen und/oder erdgasgetriebenen Wärmepumpen können z.B. Bestandteil einer staatlichen Investitionspolitik sein, die gesellschaftliche Nützlichkeit, das Einsparen finanzieller Mittel und knapper Ressourcen und Beschäftigungswirkungen zugleich erzielt. Zur Durchsetzung eines solchen industriepolitischen Modells müssen u.U. auf Rüstungsaufträge fixierte Konzernspitzen durch politischen Druck (Eigentumsanteile, Aufträge) gebracht werden - man wird sich kaum auf den eigentlich zu erwartenden guten Willen aller Beteiligten allein verlassen können.

Die vorgetragenen Überlegungen skizzieren eine Idee und haben Modellcharakter - denkbar wäre zusätzlich z.B. ein "Bremer Zentrum für Meerestechnologie", das Werftaktivitäten und Entwicklungen bei VFW/MBB (z.B. ferngesteuerte Unterwassergeräte, Roboter) verknüpft und die Erfahrungen der Meeres- und Polarforschung einbezieht.

BREMER ZENTRUM FÜR 'SANFTE' ENERGIE-TECHNOLOGIEN



BMFT
fördert innovative
Energieprojekte

Bundesanstalt für Arbeit
fördert Um- und Weiter-
qualifikation von A.N.,
die noch in Unternehmen
arbeiten

Bremische Eigengesellschaft
entwickelt u.a. Konzeptionen
zur Umstellung von Krisen-
betrieben

Unternehmen wie VW/Werften
stellen know how und Pro-
duktionsstätten zur Verfügung

Bremer Zentrum für 'sanfte'
Energietechnologie
entwickelt und produziert in Kooperation
mit Unternehmen, übernimmt Beratungsaufg.

Hochschulen
stellen know how zur
Verfügung

Nachfrager:
Öffentliche Hand (u.a. Umschich-
tung der Rüstungsausgaben), Unter-
nehmen, Industrienationen und
3. Welt
z.B. Solaranlagen, Windenergie-
anlagen, Recyclinganlagen

IV AN H A N G

1 Lucas Aerospace und VFW:

Mike Cooley diskutierte mit Kollegen aus dem Arbeitskreis
Alternative Fertigung der IG Metall bei VFW/MBB in Bremen

Am 24. April sprach Mike Cooley, der gerade in Schweden mit dem 'alternativen' Nobelpreis ausgezeichnete Chefkonstrukteur und Sprecher der gewerkschaftlichen Vertrauensleute des englischen Luftfahrtkonzerns Lucas Aerospace, vor über 700 Zuhörern in der Bremer Zionsgemeinde. Pastor Sanders hatte für die Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden zu einer Diskussion über die Möglichkeiten einer friedlichen Produktion eingeladen, an der u.a. die Betriebsratsvorsitzenden Ludwig Hettling (VFW/MBB) und Fritz Bettelhäuser (Bremer Vulkan) auf dem Podium teilgenommen haben. Kollegen aus dem Arbeitskreis "Alternative Fertigung" bei VFW/MBB hatten schon vor der Veranstaltung Gelegenheit, mit Mike Cooley ein ausführliches Gespräch über die Erfahrungen der britischen Flugzeugbauer im Kampf um ihre Arbeitsplätze und für das Recht auf eine sozial nützliche Produktion zu führen.

Mike Cooley berichtete, daß es die drohenden Entlassungen waren, die die Kollegen zu verstärkten Aktivitäten veranlaßt haben. Eine Zeitung der Vertrauensleute auf Konzernebene schuf die Grundlage für die umfassende Information der Belegschaften über die Strategie der Konzernspitze (z.B. das Ausspielen einzelner Werke/Belegschaften gegeneinander) und die Produktionsmöglichkeiten der Firmen. Solidarische Aktivitäten der Beschäftigten gipfelten in der Besetzung eines Betriebes, der geschlossen werden sollte. Als die Kollegen nach sechs Wochen das Werk am Wochenende verließen, wurde es vom Unternehmen eingerissen und angezündet. Die Erfahrung der Niederlage und die

Erkenntnis, daß Lohnabhängige eine 'passive' Betriebsbesetzung nicht dauerhaft durchhalten können, brachte die Arbeiter auf die Idee, in den scheinbar überflüssigen Werken etwas sinnvolles zu produzieren, was die Menschen brauchen. Diskussionen mit Kollegen aus anderen Bereichen und eine Befragung der Belegschaft bildeten die Grundlage für die Erarbeitung eines "Alternativen Plans" der Vertrauensleute von Lucas Aerospace, der über 150 Produkte enthielt. Das Management hat sich zwar bis heute geweigert, an der Entwicklung dieser Produkte arbeiten zu lassen und es sogar geschafft, Mike Cooley zu entlassen (er hat z. Zt. eine 'halbe' Stelle bei der Londoner Bezirksregierung und Gastprofessuren z.B. an der Universität Kopenhagen) - die qualifizierte und aktive Belegschaft von Lucas Aerospace hat trotzdem einzelne Produkte als Prototypen hergestellt. Das war nur möglich durch die Kooperation von Ingenieuren und Arbeitern, die z.T. in 'Schwarzarbeit', aber vor allem nach Feierabend oder während der Arbeitslosigkeit an 'ihren' Produkten gearbeitet haben. Eine wichtige Rolle hat auch die Zusammenarbeit von Belegschaft und einzelnen Hochschuleinrichtungen und Wissenschaftlern gespielt; an einer Londoner Hochschule für Technik wurde ein Zentrum für alternative Produktion (CAITS) gegründet, einzelne Professoren haben an der Koordination mitgewirkt und Studenten und Doktoranden haben ihre wissenschaftlichen Abschlußarbeiten mit dem Ziel der Unterstützung der Lucas-Vertrauensleute angefertigt.

Mike Cooley meinte, daß es sinnvoll ist, zunächst einige kurzfristig realisierbare Projekte in Angriff zu nehmen (wie etwa die erdgasgetriebene Wärmepumpe), und an anderen Produkten längerfristig zu arbeiten. Begründung: die Mehrheit der Beschäftigten ist leichter durch konkrete und funktionierende Produkte als durch "kluge" Gedanken zu

überzeugen.

Den Gewerkschaftern von Lucas Aerospace geht es aber nicht nur um die Veränderung der Produkte (statt Waffen und Arbeitslosigkeit - nützliche Dinge produzieren), sondern auch um die Veränderung der Arbeit selbst. Mike Cooley, selbst Dr.-Ing. mit dem Spezialgebiet CAD (computergestütztes Konstruieren), betont immer wieder die geisttötende und persönlichkeitszerstörende Wirkung neuer Technologien auch in den 'gehobenen' Angestelltenberufen, die nicht technisch zwangsläufig, sondern im Interesse des Managements ist (völlige Beherrschbarkeit der Produktion).

Er zitierte aus einer amerikanischen Fachzeitschrift, in der für die Bedienung von computergesteuerten Maschinen geistig behinderte Arbeiter empfohlen wurden, da normale Menschen die Monotonie dieser Arbeit nicht aushalten könnten. Die Kollegen von Lucas haben hochautomatisierte Drehmaschinen und CAD-Systeme so konzipiert, daß für den Menschen die qualitativen Entscheidungen übrig bleiben, daß also der Mensch die Maschine beherrscht und nicht umgekehrt. Mike Cooley empfiehlt den Versuch, das deutsche Programm zur Humanisierung der Arbeit zu benutzen, um Maschinen zu konstruieren, die auf die menschliche Intelligenz reagieren (Antragsteller könnten öffentliche oder gemeinwirtschaftliche Unternehmen oder auch Hochschulen sein).

Die Durchsetzung der Herstellung 'alternativer' Produkte stößt auf entschiedenen Widerstand des Managements (das alleine entscheiden will, was mit welchen Mitteln produziert wird) und muß mit politischen Mehrheiten durchgesetzt werden. Rein ökonomisch wäre es für den Hauptauftraggeber, den Staat, eigentlich egal, ob Kampfpanzer oder medizinische Geräte, Kampfflugzeuge oder Energiespartechniken produziert werden - es stellt sich die Frage nach dem politischen

Willen: Kriegsgerät oder sozial nützliche Güter für die Menschen?

In England sind zwei labourregierte Bezirksregierungen (London, Sheffield) bereit, alternative Produkte der Belegschaft von Lucas in staatlichen Eigengesellschaften zu produzieren. Um die hohe regionale Arbeitslosigkeit (ca. 20 %) zu bekämpfen, sollen die erdgasgetriebene Wärmepumpe und der Straßen-Schienenbus hergestellt werden. Die Verbindung von Arbeitnehmerinitiativen und staatlichen Aktivitäten zur Gestaltung der Wirtschaft könnte auch in der Bundesrepublik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen. Das sehen auch Kollegen von VFW/MBB in Bremen, die genau wie die IG Metall-Vertrauensleute bei Blohm und Voss in Hamburg und MAK in Kiel einen Arbeitskreis "Alternative Fertigung" gegründet haben. Jörg Fischer, Diplomingenieur und Koordinator des Arbeitskreises der IG Metall, hat der Presse am 24. April gemeinsam mit dem Betriebsratsvorsitzenden Ludwig Hettling und Mike Cooley die Gründe für die Aktivitäten der Belegschaft vorgestellt:

"Ein Abbau der Arbeitsplätze um 10 % in den nächsten drei Jahren ist von MBB angekündigt worden. Dies wird nicht durch Rationalisierungsmaßnahmen verursacht, sondern soll allein die Gemeinkosten senken. Das bedeutet also eine reine Leistungsverdichtung für alle verbleibenden Arbeitnehmer. Vorgesehene Rationalisierungen werden daher weitere Arbeitsplätze kosten, ebenso eine zu erwartende geringere Steigerung des Airbus-Programmes. Beim Airbus A 320 soll der deutsche Anteil von 37 % auf 20 % gesenkt werden. Das wird sogar zu einem erheblichen Einbruch bei den Arbeitsplätzen führen.

Bremen könnte bei diesem Abbau von Arbeitsplätzen besonders stark betroffen sein, da im Fusionspapier von Nov. 1980 nur für Bremen keinerlei Zusicherung über Arbeitspakete gemacht wurde.

Ein Programm für andere Produktionen ist auf der anderen Seite nicht zu erkennen. Hier tut sich der auch sehr stark gefährdete Unternehmensbereich Marine- und Sondertechnik (UM) bisher schwer. Die Finanzlage des Bundes wird im UM-Bereich wesentlich weniger Aufträge bringen als bisher.

Die Situation im Rüstungsbereich (UT) ist auf lange Sicht noch schlechter. Das MRCA-Programm (Tornado) wird gestreckt, möglicherweise verkürzt wie das System Roland; ein Nachfolgeauftrag für ein TKF (Taktisches Kampf-Flugzeug) wird immer unwahrscheinlicher.

Daran ist zu erkennen, daß Rüstungsaufträge Arbeitsplätze gar nicht sichern können. Das Gegenteil trifft hier zu.

Zur Verringerung der Abhängigkeit von Rüstungsaufträgen und zur Überwindung der Beschäftigungslücken im zivilen Bereich müssen neue Produktionen begonnen werden. Hierzu sollten wir als Arbeitnehmer einen Beitrag leisten, wie dies Kolleginnen und Kollegen bei "Lucas Aerospace", "Blohm und Voss" und bei "Krupp MAK Kiel" schon begonnen haben. Ein Arbeitskreis sollte der Geschäftsführung 'andere Produktionen' = 'alternative Fertigung' vorschlagen. Es geht um unsere Arbeitsplätze!"

Der Arbeitskreis, an dessen Sitzungen über 60 Beschäftigte teilgenommen haben, hat erste Arbeitsgruppen (z.B. zu den Themen Energietechnik und Verkehrstechnik) eingerichtet und eine Vielzahl von Institutionen und Personen um Unterstützung gebeten. Die ist zumindest aus England zu erwarten: Mike Cooley hat seinen Kollegen bei VFW/MBB zugesagt, auch weiterhin für Vorträge und Diskussionen zur Verfügung zu stehen.

Der Kooperationsbereich zwischen Universität und Arbeiterkammer wird in der Hochschule für eine konkrete Unterstützung der Gewerkschafter bei VFW/MBB werben. Auch wenn das von Ludwig Hettling geforderte "Institut für Alternative Produktion" noch nicht realisiert ist, könnte die Universität durchaus praktische Beiträge im Interesse der Arbeitnehmer leisten.

Der zentrale Beitrag zur Rettung der bedrohten Arbeitsplätze wird aber von der Belegschaft selber kommen müssen;

die hochqualifizierten Entwickler und Arbeiter sind durchaus in der Lage, eine andere Perspektive als die der drohenden Arbeitslosigkeit zu entwerfen und für ihr Recht auf die Herstellung sozial nützlicher Produkte an menschlichen Arbeitsplätzen zu kämpfen.

Edgar Einemann / Edo Lübbing



Vk-Arbeitskreis Alternative Fertigung

- 109 -

MBB | **VFW**

BREMEN

GRUNDSATZERKLÄRUNG

des Arbeitskreises "Alternative Fertigung" der IG-Metall Vertrauensleute bei VFW-Bremen.

Der Arbeitskreis "Alternative Fertigung" wurde von IG Metall-Vertrauensleuten und IG Metall-Betriebsräten gegründet. In ihm können alle Kolleginnen und Kollegen von VFW-Bremen mitarbeiten. Ziel des Arbeitskreises ist es, Entwicklung und Fertigung des Betriebes von Rüstungsproduktion weitestgehend unabhängig und damit die Arbeitsplätze sicherer zu machen. Dies hat folgende Gründe und Ursachen:

Der ansteigende Arbeitsplatzabbau - durch die Fusion von VFW und MBB noch verstärkt - bewirkt eine zunehmende Angst der Kolleginnen und Kollegen um ihren Arbeitsplatz.

Die Produktion des MRCA (Tornado) läuft ab Mitte 83 bis 87 aus; d.h., daß in diesem Zeitraum ca. 50 % der Kolleginnen und Kollegen ihren Arbeitsplatz verlieren werden.

Im Airbusgeschäft gibt es Absatzschwierigkeiten. Der Hochlauf findet nicht statt, anstelle der geplanten 8 Maschinen pro Monat sollen nur 5 Maschinen pro Monat gebaut werden. Gleichzeitig finden unaufhörlich Rationalisierungsmaßnahmen statt: Einführung modernster Fertigungsverfahren, Verwaltungssysteme und Entwicklungsmethoden (Bildschirmarbeitsplätze und Schichtarbeit). Dadurch sollen 1982-84 1.011 Kolleginnen und Kollegen in Bremen ihren Arbeitsplatz verlieren.

Bedingt durch diese Situation glauben einige Kollegen, daß die Entlassungen durch zusätzliche Rüstungsaufträge abgewendet werden können. "Rüstung schafft Arbeitsplätze" heißt die simple Parole. Es ist aber erwiesen, daß durch Rüstungsproduktion mehr Arbeitsplätze gefährdet und zerstört, als neue geschaffen werden. Darüber gibt es Untersuchungen. So kommt u.a. eine Studie in den USA zu dem Ergebnis, daß mit 1 Mrd. US-Dollars jeweils an Arbeitsplätzen geschaffen werden:

Rüstung	35.000
Öffentl. Dienst	132.000
Bildungswesen	100.000
Gesundheitsw.	77.000
Bauwesen	70.000

Zusätzlich gefährdet Rüstungsproduktion Arbeitsplätze im zivilen Bereich, da durch Rüstung Finanzmittel gebunden werden, die für notwendige Produkte im zivilen Bereich nicht mehr zur Verfügung stehen. Arbeitsplätze werden im Rüstungsbereich auch durch stärkere Rationalisierungen vernichtet. Neben der finanziellen Frage werden die Arbeitsplätze durch politische Entscheidungen, wie z.B. Vereinheitlichung von Waffensystemen, gefährdet. Staatliche Rüstungsausgaben wirken sich zwangsläufig - und aktuell besonders deutlich - zu Lastender Sozialausgaben aus.

Rüstung verschlingt große Mengen wertvoller Rohstoffe, Energien, anderer materieller Reserven und menschlicher Fähigkeiten, die der friedlichen Nutzung entzogen werden. Auch beim Rüstungsexport sind Arbeitsplätze unsicher, wie die Lieferstops bei kriegerischen Ereignissen und Umstürzen zeigen. Es kann uns als Arbeitnehmer auch nicht gleichgültig sein, wenn bei uns produzierte Waffen in den Empfängerländern zur Unterdrückung der Bevölkerung, der Kollegen und der Gewerkschafter benutzt werden. Rüstungsexport hintertreibt zudem unsere Bemühungen um Abrüstung und Frieden.

Darüber hinaus fördert ein hohes Rüstungsniveau die Möglichkeit und Bereitschaft, soziale und politische Konflikte mit Waffengewalt zu lösen.

Aus diesen Gründen wendet sich der Arbeitskreis "Alternative Fertigung" von VFW gegen eine Festschreibung und Ausweitung der Rüstungsproduktion. Mit unserer Arbeit wollen wir nachweisen, daß es genügend Produkte im zivilen Bereich gibt, die wir bei uns herstellen können, ohne daß es zu Nachteilen wie Dequalifizierung und Lohn- und Arbeitsplatzverlust kommt. Dabei wollen wir die konkreten Produktionsmöglichkeiten bei VFW berücksichtigen.

Wir wollen für den Menschen sinnvollere und nützlichere Produkte herstellen. Zu diesem Zweck haben wir Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit folgenden Themen befassen:

- Energietechnik
- Umwelttechnik
- Meerestechnik
- Medizinische Geräte
- Verkehrs- und Transporttechnik
- Informatik
- Unfallschutztechnik.

In diesen Arbeitsgruppen wollen wir Produktvorschläge erarbeiten, die gesellschaftlich sinnvoll sind. Dazu gehört auch die Entwicklung von Methoden, mit denen diese Produkte hergestellt werden, d.h. Methoden zur Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen.

Wir fordern öffentliche Aufträge im Rahmen eines Beschäftigungsprogrammes und die Umschichtung von Rüstungsaufgaben zugunsten ziviler Produkte. Zur Durchsetzung unserer Ideen und Vorschläge brauchen wir die Unterstützung der Öffentlichkeit und aller Kolleginnen und Kollegen im Betrieb, um Druck auf die Geschäftsführung auszuüben. Wichtig ist zudem die reibungslose Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat, Vertrauensleuten und dem Arbeitskreis.

Die Geschäftsführung zeigt bisher ein sehr geringes Interesse an unserer Arbeit. Um unsere Situation in Bremen langfristig positiv zu verändern, ist es aber notwendig, die Geschäftsführung dazu zu bringen, sich unseren Vorstellungen anzuschließen.

Eine besondere Bedeutung kommt den Gewerkschaften zu; denn der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich immer zu antimilitaristischen und friedenspolitischen Zielen bekannt. Die Aufgabe der Gewerkschaften ist es daher, auf der einen Seite zur Entspannung und Abrüstung beizutragen, und auf der anderen Seite die Sicherheit der Arbeitsplätze der direkt betroffenen Kolleginnen und Kollegen in der Rüstungsindustrie zu beachten. Die Arbeitsplatzsicherung und die Wiederbeschäftigung der arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen bekommt vor dem Hintergrund von ca. 2 Mio. Arbeitslosen (mit steigender Tendenz) einen zentralen Stellenwert in der gewerkschaftlichen Politik.

Betriebsrat

VEREINIGTE FLUGTECHNISCHE WERKE GMBH



Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir wenden uns mit einem Fragebogen an Euch mit der Bitte, diesen auszufüllen und uns zurückzugeben.

Der Arbeitskreis "Alternative Fertigung" des Vertrauenskörpers der IGM bei VFW Bremen setzt sich aus Gewerkschaftern und Nichtgewerkschaftern, Arbeitern und Angestellten aus allen Bereichen von VFW und ERNO zusammen. Unser Ziel ist es, unseren Betrieb von Rüstungsproduktionen unabhängiger zu machen.


Der Fragebogen besteht aus einem allgemeinen Teil und aus einem Teil, der den Arbeitskreis direkt angeht. Vor allem die Frage 11 nach Ideen und Vorschlägen für nützliche Produkte (nützlich und sinnvoll für alle Menschen) wird unmittelbar auf unser Bemühen einwirken, bei VFW und ERNO mehr Arbeit zu schaffen bzw. Arbeitsplätze zu erhalten. Es ist für uns sehr wichtig, daß wir von möglichst allen Kolleginnen und Kollegen den Fragebogen ausgefüllt zurückerhalten - auch wenn Ihr z. Z. keinen Vorschlag machen könnt.

Bitte, steckt den Fragebogen beim Betriebsrat, Bau 12, in die dort aufgestellte Urne, die einmal am Tag abends geleert wird. Ihr könnt die Fragebögen auch in Eurem Betrieb sammeln und dann - verschlossen in einem Umschlag - unter Wahrung der Anonymität an den Betriebsrat schicken. Vermerkt auf dem Umschlag in rot und in großer Schrift das Wort "Fragebögen". Der Umschlag wird verschlossen in die Urne gegeben werden.

Die Auswertung der Umfrage wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Berichte über die Ergebnisse werden wir so schnell wie möglich veröffentlichen.

Den Fragebogen bitte bis zum 17.12.1982 an uns zurücksenden!!!

- Betriebsrat -


(L. Hettling)

- Vertrauenskörperleitung -


(B. Grottko)

- VK-Arbeitskreis
"Alternative Fertigung"


(J. Fischer)

FRAGEBOGEN ZUR ALTERNATIVEN FERTIGUNG

- | | | | |
|----|--|--|--------|
| 1. | Wie sehen Sie die derzeitige wirtschaftliche Situation bei VFW? | | 6/0 |
| | Im Grunde gibt es keine Probleme..... <input type="checkbox"/> | | 1 |
| | Es gibt Schwierigkeiten, die aber bald überwunden sind. <input type="checkbox"/> | | 2 |
| | Es gibt eine ernste Krise..... <input type="checkbox"/> | | 3 |
| 2. | Halten Sie Ihren eigenen Arbeitsplatz für gefährdet oder für sicher? | | 7/0 |
| | Ziemlich sicher..... <input type="checkbox"/> | | 1 |
| | Heute kann sich niemand mehr sicher sein..... <input type="checkbox"/> | | 2 |
| | Mein Arbeitsplatz ist gefährdet..... <input type="checkbox"/> | | 3 |
| 3. | Falls Sie einmal nicht mehr bei VFW beschäftigt sind: Finden Sie schnell eine neue Arbeit? | | 8/0 |
| | Es gibt schnell neue Arbeit..... <input type="checkbox"/> | | 1 |
| | Man weiß es nicht..... <input type="checkbox"/> | | 2 |
| | Ich müßte mit einer längeren Arbeitslosigkeit rechnen..... <input type="checkbox"/> | | 3 |
| 4. | Hat sich Ihre Arbeitssituation in den letzten Jahren durch Rationalisierung verschlechtert? | | 9/0 |
| | <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; display: inline-block;">Mehrfachnennungen möglich</div> | | |
| | Nein..... <input type="checkbox"/> | | 1 |
| | Ja, durch | | 2 |
| | Versetzung..... <input type="checkbox"/> | | 10/0/1 |
| | Mehr Arbeitshetze..... <input type="checkbox"/> | | 11/0/1 |
| | Insgesamt höhere Belastungen..... <input type="checkbox"/> | | 12/0/1 |
| | Schichtarbeit..... <input type="checkbox"/> | | 13/0/1 |
| | Qualifikationsverlust..... <input type="checkbox"/> | | 14/0/1 |
| | Weniger eigene Spielräume in der Arbeit..... <input type="checkbox"/> | | 15/0/1 |
| | Stärkere Isolation von den Kollegen..... <input type="checkbox"/> | | 16/0/1 |
| | Lohn- oder Gehaltsabbau..... <input type="checkbox"/> | | 17/0/1 |
| | Verminderte Aufstiegsmöglichkeiten..... <input type="checkbox"/> | | 18/0/1 |

5. Hat sich der Betriebsrat in der letzten Zeit im großen und ganzen in Ihrem Sinne verhalten? 19/0
- Ja, er hat konsequent unsere Interessen vertreten..... 1
- Nein, er sollte lieber etwas zurückhaltender sein..... 2
- Nein, er sollte noch härter auftreten..... 3
- Ich habe keine genaue Einschätzung..... 4
6. Wie würden Sie sich entscheiden, wenn Sie sich aussuchen könnten, ob Sie lieber an militärischen oder an zivilen Projekten/Aufgaben arbeiten wollen? 20/0
- Lieber an zivilen Projekten..... 1
- Ist mir völlig egal..... 2
- Lieber an militärischen Projekten..... 3
7. Was halten Sie von dem Arbeitskreis "Alternative Fertigung" der IG Metall-Vertrauensleute bei VFW, der zur Arbeitsplatzsicherung nützliche Produkte durchsetzen will? 21/0
- Ich finde gut, daß sich Kollegen Gedanken über neue Produkte und sichere Arbeitsplätze machen.... 1
- Der Arbeitskreis ist überflüssig. Für die Auslastung des Betriebes ist allein die Geschäftsführung zuständig..... 2
- Kann ich nicht beurteilen, ich weiß nichts von dem Arbeitskreis..... 3
8. Wären Sie bereit, den Arbeitskreis "Alternative Fertigung" zu unterstützen? 22/0
- Ja..... 1
- Nein..... 2
9. Ich bin zur Mitarbeit im Arbeitskreis bereit 23/0
- Ja..... 1
- Nein..... 2

10. Mein besonderes Interesse würde folgender Arbeitsgruppe des Arbeitskreises gelten:

Mehrfachnennungen
möglich

- | | | | |
|---|--------------------------------|--------------------------|--------|
| 1 | Energietechnik..... | <input type="checkbox"/> | 24/0/1 |
| | Medizintechnik..... | <input type="checkbox"/> | 25/0/1 |
| | Verkehrstechnik..... | <input type="checkbox"/> | 26/0/1 |
| | Meerestechnik..... | <input type="checkbox"/> | 27/0/1 |
| | Umweltschutztechnik..... | <input type="checkbox"/> | 28/0/1 |
| | Arbeits- und Unfallschutz..... | <input type="checkbox"/> | 29/0/1 |

2
11. Haben Sie Vorschläge für nützliche Produkte, die VFW (z.B. in den Bereichen Energieversorgung, Umweltschutz, Medizin, öffentliche Verkehrssysteme und Meerestechnologie) herstellen könnte? Denken Sie auch an Ihre Ansprüche als "Konsument"!

30/0

- 3
- Machen Sie bitte kurze Beschreibungen oder Zeichnungen.
 - Sie können auch weitere Unterlagen zu dem Fragebogen legen und mit abgeben. Dann kann auch die Anonymität gewahrt bleiben.
 - Es ist jederzeit eine persönliche Rücksprache mit dem Betriebsrat und dem Arbeitskreis möglich (Tel. 22 29).

4

1

NUN NOCH EINIGE FRAGEN ZUR STATISTIK:

12.	Ich arbeite im Unternehmensbereich		31/0
	UT (Transporter).....	<input type="checkbox"/>	1
	UM (Marine- und Sondertechnik.....	<input type="checkbox"/>	2
13.	Ich bin tätig im Bereich		32/0
	Entwicklung.....	<input type="checkbox"/>	1
	Verwaltung.....	<input type="checkbox"/>	2
	Produktion.....	<input type="checkbox"/>	3
14.	Ich arbeite im		
	<u>A technischen Bereich als</u>		33/0
	angelernter Arbeiter.....	<input type="checkbox"/>	1
	Facharbeiter.....	<input type="checkbox"/>	2
	Techniker.....	<input type="checkbox"/>	3
	Ingenieur.....	<input type="checkbox"/>	4
	<u>B kaufmännischen Bereich als</u>		
	Angelernter.....	<input type="checkbox"/>	5
	Sachbearbeiter..... (kaufm. Lehre)	<input type="checkbox"/>	6
	Betriebswirt..... (Hochschulabschluß)	<input type="checkbox"/>	7
15.	Sind Sie gewerkschaftlich organisiert?		34/0
	Ja, IG Metall.....	<input type="checkbox"/>	1
	Ja, DAG.....	<input type="checkbox"/>	2
	Nein, ich bin nicht organisiert.....	<input type="checkbox"/>	3

10.

Vertrauenskörper
der Blohm + Voss AG



Grundsatzklärung
des Vertrauenskörpers der Blohm + Voss AG
zum Arbeitskreis "Alternative Fertigung"

11

Die Gewerkschaften haben sich immer zu antimilitaristischen und friedenspolitischen Zielen bekannt. Ihre Aufgabe ist es daher, auf der einen Seite zur Entspannung und Abrüstung beizutragen, auf der anderen Seite aber auch die Arbeitsplatzsicherheit der direkt betroffenen Kolleginnen und Kollegen in der Rüstungsindustrie zu beachten. Die Arbeitsplatzsicherung und die Wiederbeschäftigung der arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen bekommt vor dem Hintergrund von 1,7 Mill. Arbeitslosen (mit steigender Tendenz) einen zentralen Stellenwert gewerkschaftlicher Politik.

Als Mittel zur Wiedererlangung der Vollbeschäftigung wird immer wieder die Ausweitung der Rüstungsproduktion, besonders des Rüstungsexports, ins Spiel gebracht. "Rüstung schafft Arbeitsplätze" heißt die simple Parole. Es ist aber erwiesen, daß durch Rüstungsproduktion mehr Arbeitsplätze gefährdet und zerstört, als neue geschaffen werden. Darüber hinaus gilt, daß ein hohes Rüstungsniveau die Möglichkeit und Bereitschaft fördert, soziale und politische Konflikte mit Waffengewalt zu lösen. Eine Ausweitung der Rüstungsproduktion erhöht das Rüstungsniveau und vergrößert somit die Kriegsgefahr.

Vor diesem Hintergrund waren die Auseinandersetzungen um die Chile-U-Boote bei HDW Kiel für den Vertrauenskörper bei Blohm + Voss der letzte Anstoß für die Gründung des Arbeitskreises "Alternative Fertigung". Wir wollen sichere Arbeitsplätze und sinnvolle Arbeit.

Blohm + Voss hat in den letzten Jahren den Anteil der Rüstungsproduktion an der Gesamtfertigung extrem ausgedehnt (z.Z. 70% des Umsatzes durch 50% der Belegschaft). Dabei täuschen die kurzfristigen und auf den eigenen Betrieb beschränkten arbeitserhaltenden Effekte über die mittelfristigen gesamtwirtschaftlich negativen Auswirkungen hinweg.

Arbeitsplätze im Rüstungsbereich sind aus folgenden Gründen unsicher:

- Sie hängen extrem von kurzfristigen politischen Entscheidungen ab. Besonders im Exportbereich können Aufträge von heute auf morgen gestoppt werden, z.B. die U-Boote für Chile und den Iran bei HDW, aber auch das Fregattenprogramm der Bundeswehr.

- Sie unterliegen starken Schwankungen, da die ungleichmäßige Auftragslage im Inland und die instabilen internationalen Märkte immer wieder zu erheblichen Beschäftigungsschwankungen in praktisch allen Bereichen der Rüstungsindustrie führen.
- Investitionen im Rüstungsbereich schaffen weniger Arbeitsplätze als in allen anderen Bereichen.
- Zusätzlich gefährdet Rüstungsproduktion Arbeitsplätze im zivilen Bereich, da durch Rüstung Mittel gebunden werden, die für notwendige Produkte im zivilen Bereich nicht mehr zur Verfügung stehen.

Neben den arbeitsplatzerhaltenden Überlegungen spielen aber auch soziale und moralische Aspekte eine Rolle:

- Staatliche Rüstungsausgaben wirken sich zwangsläufig - und aktuell besonders deutlich - zu Lasten der Sozialausgaben aus.
- Rüstungsproduktion wirkt sich inflationär und damit reallohnsenkend aus. Die für Rüstung ausgegebenen Gelder zirkulieren weiter, während die hergestellten Produkte nicht im wirtschaftlichen Kreislauf erscheinen.
- Den Rüstungsausgaben von über einer Billion D-Mark in der Welt stehen die jährlich 50 Millionen verhungerten Menschen gegenüber.
- Rüstungsausgaben von Ländern der 3. Welt erhöhen durch Fehlleitung der finanziellen Mittel die sozialen Spannungen in diesen Ländern.
- Erhöhtes Rüstungsniveau macht Kriege wahrscheinlicher, da das Risiko eines Krieges geringer erscheint.
- Es kann uns als Gewerkschafter nicht gleichgültig sein, wenn bei uns produzierte Waffen in den Empfängerländern zur Unterdrückung von Arbeitnehmern und Gewerkschaftern benutzt werden, z.B. in der Türkei.

Aus diesen Gründen wendet sich der Vertrauenskörper von Blohm + Voss gegen eine Festschreibung und Ausweitung der Rüstungsproduktion.

Mit unserer Arbeit wollen wir nachweisen, daß es genügend Produkte im zivilen Bereich gibt, die wir bei uns herstellen können, ohne daß es zu Nachteilen wie Dequalifizierung und Lohn- und Arbeitsplatzverlust kommt. Dabei wollen wir die konkreten Produktionsbedingungen bei Blohm + Voss berücksichtigen.

Für alternative Produkte kommen Bereiche in Frage, wo gegenwärtig oder in Zukunft ungenügend befriedigter Bedarf vorhanden ist. Wir denken z.B. an Bereiche wie den Umweltschutz, die Rohstoffrückgewinnung, Energietechnik, Anlagen für die 3. Welt. Alternative Produktionsvorschläge sollen auch auf ihre soziale Konsequenz hin überprüft werden. Dazu gehören auch die Methoden, mit denen diese Produkte hergestellt werden, wie z.B. unsere Arbeitsbedingungen.

Die "Marktfähigkeit" unserer Vorschläge muß überprüft werden. Gleichzeitig muß aber auch festgestellt werden, daß Rüstungsproduktion auf künstliche Nachfrage zurückzuführen ist.

1

Es sind Steuergelder, die im In- und Ausland für Rüstungsprodukte ausgegeben werden. Nachfrage nach diesen Produkten entsteht also direkt durch politische Entscheidungen der Regierungen. Als Gewerkschafter fordern wir eine Veränderung der Schwerpunkte. Damit wird auch die Nachfrage verändert - weg von der Rüstungsproduktion, hin zu sozial notwendigen und ökonomisch und ökologisch sinnvollen Produktionen.

Die Durchsetzung unserer Vorstellungen ist nur über langfristige Arbeit möglich. Die Unterstützung durch die Belegschaft ist dabei vorrangig und ausschlaggebend.

Wir erwarten Zusammenarbeit mit dem Vorstand und den Führungskräften von Blohm + Voss. Wir sind uns allerdings darüber klar, daß Rüstungsproduktion hohe Gewinnspannen beinhaltet und somit zu einem großen Interesse der Unternehmer an diesen Produkten führt. Dies könnte die erwartete Zusammenarbeit erschweren.

Wir wollen Anregungen und Vorschläge erarbeiten, die wir dem Vorstand von Blohm + Voss unterbreiten werden.

Wir werden uns an die Öffentlichkeit wenden, wo es nötig und vernünftig ist.

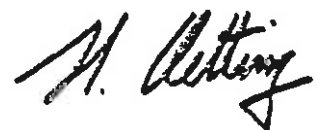
Bei unserer Tätigkeit stützen wir uns auf die gewerkschaftliche Bewegung und suchen zusätzliche Unterstützung in anderen öffentlichen Bereichen.

Beschlossen auf der Vertrauenskörper-Vollversammlung
am 27. Januar 1982

Vorsitzender



Stellvertreter



Vertrauenskörper
der Blohm + Voss AG



Stellungnahme des Arbeitskreises "Alternative Fertigung"
zum Thema "Energieversorgung für Hamburg - eine Möglichkeit
für Blohm + Voss"

1. Zur allgemeinen Situation der Energieversorgung in der Bundesrepublik Deutschland

Das Problem der heutigen Energieversorgung ist weniger vom Mangel als von einer beispiellosen Verschwendung von Energien gekennzeichnet. So besagen offizielle Zahlen, daß von 100% eingesetzter Energie nur ca. 40% als Nutzenergie den Verbraucher erreichen. Diese enormen Energieverluste, die die Zahlungsbilanz, die Umwelt und die Verbraucher belasten, haben ihren Ursprung in einer Zeit, als die Rohstoffe scheinbar unbegrenzt und sehr billig zur Verfügung standen. Daß sie nur zu einem geringen Teil physikalisch bedingt sind, zeigen die Energiesparererfolge und die neuen Techniken in vielen Bereichen (siehe auch Anlage 1).

Ziel einer rationellen Energieverwendung wird für die Zukunft sein, diese Energieverluste zu nutzen. Eine Möglichkeit dazu ist die Fernwärme. Hierbei wird die im Kraftwerk entstehende Wärme über ein Rohrleitungsnetz zu Heizzwecken in die Haushalte bzw. die Verbraucher in der Industrie (z.B. als Prozeßwärme) geleitet.

Eine weitere Lösung stellen kleine und mittlere Heizkraftwerke (HKW) und Blockheizkraftwerke (BHKW) dar. Diese Anlagen benötigen keine weiträumigen Verteilungsnetze, da sie Strom und Wärme direkt "vor Ort" erzeugen.

Der Markt für die Techniken der rationellen Energieverwendung ist zur Zeit sehr stark dabei, sich zu entwickeln. Die Gelder, die heute für die Verlustenergie bezahlt werden müssen, stellen einen Wert von (1979) ca. 100 Milliarden DM dar. Weitere Mittel ergeben sich aus der konsequenten Einsparung von Energie (z.B. durch Wärmedämmung, Mehrfachnutzung, Wärmerückgewinnung), die sich ohne Nachteile für den Verbraucher erzielen lassen.

2. Situation der Energieversorgung in Hamburg

Die Struktur der Raumwärmeversorgung in Hamburg war im Jahre 1979:

Energieträger	Gesamt	nur Wohnungen
Erdgas	29%	21%
Strom	13%	17%
Fernwärme	11%	13% 1)
Heizöl	39%	41%
Kohle/Sonstige	8%	8%

1) 9% Fernwärme der HEW, 4% Fernwärme der Gaswerke (Blockheizwerke)

Obwohl sich Hamburg als Ballungszentrum mit überwiegend dichter Bebauung für die Nutzung der Abwärme von Kraftwerken geradezu anbietet, ist der derzeitige Anteil der Fernwärme geradezu bescheiden. Durch die Fernwärme aus Kraftwerken der HEW werden z.Z. nur 70.000 der vorhandenen 780.000 Wohnungen beheizt. Nach der Planung des Hamburger Senats soll dieses Fernwärmenetz bis zum Jahre 1990 auf 330.000 Wohnungen gesteigert werden. Dieses soll durch den Neubau von Heizkraftwerken erreicht werden.

Dieses geplante Fernwärmenetz bleibt weit hinter den Möglichkeiten zurück. Es schöpft weder die beträchtlichen Vorteile der WKK aus noch werden die Arbeitsplatzaspekte optimal genutzt. Die Planung sollte unserer Meinung nach durch folgende Maßnahmen ergänzt werden:

Da der Ausbau der Fernwärme von zentralen Heizkraftwerken durch die relativ großen Entfernungen aufwendige Rohrleitungsnetze zur Verteilung der Energie benötigt, wird er sehr kapitalintensiv und braucht eine relativ lange Bauzeit. Sinnvoll ist es, wenn parallel zu dem Ausbau des Fernwärmenetzes eine Inselstrategie treten würde. Das bedeutet, daß in den Gegenden, wo z.Z. schon Wohnungen mit Warmwasserzentralheizungen aus ölgefeuerten Heizwerken versorgt werden, diese Heizzentralen in Blockheizkraftwerke umgebaut werden. Diese Fernwärmeinseln können später an das Fernwärmenetz angeschlossen werden.

Wir denken dabei an Wohngebiete wie Mümmelmannsberg, Osdorfer Born, aber auch kleinere Anlagen wie z.B. die Wohnanlage Eberthof in Altona. In der Wohnanlage Eberthof werden z.Z. ca. 280 Wohnungen mit 18.422 qm Wohnfläche von einer Heizzentrale aus versorgt. Hier könnte man z.B. ein Blockheizkraftwerk mit ca. 3.000 kW-Leistung installieren.

Es besteht eine Schätzung, die von einem Bedarf von 10 Heizkraftwerken mit durchschnittlich 100 Megawatt thermischer bzw. 38 Megawatt elektrischer Leistung und 55 Blockheizkraftwerken mit durchschnittlich 20 Megawatt thermischer bzw. 7 Megawatt elektrischer Leistung für Hamburg ausgeht.

Energiekonzepte dieser Art bringen neben einer besseren Energieausnutzung außerdem noch für Hamburg zusätzliche Arbeitsplätze.

Die höheren Kosten würden durch die bessere Energieausnutzung mehr als ausgeglichen werden, so daß die angebotene Energie für den Verbraucher billiger werden kann.

3. Was kann Blohm + Voss machen ?

Bei Blohm + Voss können mit dem bisherigen Fertigungsprogramm folgende Komponenten des oben vorgeschlagenen Konzeptes gefertigt werden:

- Blockheizkraftwerke
- Turbinen und Kessel für Heizkraftwerke
- Wärmetauscher
- Schalldämpfer.

Um die Voraussetzungen für Verkaufsgespräche zu schaffen, sollte sich Blohm + Voss aktiv an der Diskussion um die Einführung einer rationellen Energieversorgung für Hamburg beteiligen. Notwendige Schritte dazu wären

- Kontaktaufnahme mit den Wohnungsbaugesellschaften zur Ermittlung des genauen Anlagenbedarfs,
- Abstimmung mit der HEW, um eine Stromabnahme zu gewährleisten (z.B. könnte die HEW Betreiber dieser Anlagen sein, damit sie in ihr Versorgungskonzept eingeplant werden können),
- Zusammenarbeit mit der HEW im Hinblick auf die geplanten Heizkraftwerke,
- Entwicklung eines Konzeptes, bei dem ein HKW, wie z.B. das am Haferweg mit 200 Megawatt geplant ist, in mehrere kleinere Blöcke aufgeteilt wird (Modell Flensburg). Solch ein Konzept hätte den Vorteil des stufenweisen Ausbaus der Anlage. Dies würde dazu führen, daß Teile der Anlage früher in Betrieb gehen können als bei einer Anlage mit größeren Blöcken. Man könnte so z.B. den Ausbau des HKWs mit dem Ausbau des Fernwärmenetzes anpassen. Außerdem hätte es den Vorteil, daß nie die Anlage insgesamt veraltet, sondern nur einzelne Blöcke erneuert werden müssen, somit immer auf dem neuesten Stand der Technik sind.

Darüber hinaus ist der Einsatz der Wärme-Kraft-Koppelung in der Industrie auszubauen. So könnte auch Blohm + Voss seinen Strombedarf durch ein eigenes BHKW decken. Es bestehen z.B. von der MAN Berechnungen, wonach sich der Einsatz einer solchen Anlage schon innerhalb von viereinhalb Jahren amortisiert. Im speziellen Fall von Blohm + Voss könnte z.B. geprüft werden, ob die beim Betrieb der Anlage anfallende Wärme, die Blohm + Voss nicht benötigt, an umliegende Betriebe (Getreidesilo, Hafenschuppen) abgegeben werden kann.

Eine solche Anlage hätte den zusätzlichen Vorteil, daß sie interessierten Kunden als Demonstrationsanlage vorgeführt werden kann.

4. Absehbare Entwicklungen auf dem Energiesektor

- a) Kessel für Wirbelschichtfeuerung zur umweltfreundlichen Energieerzeugung. Auf diesem Gebiet ist Blohm + Voss im Bereich der Schiffskesselanlagen zusammen mit der Firma Babcock und der TU Hamburg-Harburg tätig. Aber erst eine Einbeziehung dieser Technik in den Landkesselbau könnte unserer Meinung nach eine Vielzahl von Arbeitsplätzen im Kesselbau langfristig sichern helfen und zusätzliche schaffen.
- b) Entwicklungen von kleinen Wärmetauschern für den Wohnungsbau (Luft/Luft - Wasser/Wasser - und Wasser/Luft-Wärmetauscher). Diese Aggregate werden in der Zukunft im Wohnungsbau und in der Industrie bei der Nutzung der Abwärme bei Zwangsentlüftung bzw. bei der Abwasser-Wärmerückgewinnung dringend benötigt.
- c) Weitere Entwicklungen auf dem Energiesektor
Zukunftsträchtige Aspekte der Energieerzeugung zeigen sich besonders auf den Gebieten der erneuerbaren Energiequellen. Besonders zu nennen ist hier die Wellen-, Wind- oder Gezeitenenergie, in denen das Ausland schon beträchtliche Forschungsvorsprünge vorweisen kann.

ABSCHRIFT

ARBEITEN , UM ZU LEBEN

Der Plan der Arbeiter und Angestellten des Bremer VOITH-Werkes

Die Problemstellung

Die Schließung des Bremer Werkes durch Voith wirft eine Vielzahl politischer und sozialer Fragen auf.

Zunächst ist festzuhalten, daß mit der Schließung ein Anwachsen der ohnehin weit über dem Bundesdurchschnitt liegenden Arbeitslosenzahlen verbunden sein wird. Der größte Teil der bei Voith Betroffenen wird voraussichtlich für längere Zeit (12 Monate oder mehr) arbeitslos sein. Dies ist bedingt durch den zusammengebrochenen Arbeitsmarkt in Bremen, der jede Elastizität verloren hat. Hinzu kommt verstärkend der relativ hohe Altersdurchschnitt der Voith-Belegschaft.

Die unmittelbaren individuellen Folgen für die Betroffenen durch die Arbeitslosigkeit sind erhebliche materielle Einbußen. Untersuchungen haben in jüngster Zeit ergeben, daß das Nettoeinkommen durch Arbeitslosigkeit nicht auf die 68 Prozent Regelsatz des Arbeitslosengeldes fällt, sondern real zwischen 60 und 62 Prozent liegt, weil Sonderzahlungen u.ä. nicht zur Berechnung des Arbeitslosengeldes herangezogen werden.

Mit dem Einkommensverlust ist fast immer auch eine Verschlechterung des sozialen Status verbunden. Angesprochen seien hier nur Probleme wie Wohnung, Ausbildung der Kinder oder auch berufliche Mobilität. Hinzu kommen die inzwischen allgemein anerkannten psychischen Folgen, die von sozialer Isolation bis zu schweren psychosomatischen Erkrankungen reichen, die, wie britische Forschungen belegen, sogar die Lebenserwartung Dauerarbeitsloser drastisch vermindern.

Die erkennbaren gesellschaftlichen Folgen steigender Arbeitslosigkeit zu der auch die Schließung unseres Werkes beiträgt, sind politischer und wirtschaftlicher Natur.

Politisch entsteht, kurz gesagt, mit wachsender Zahl der Erwerbslosen ein Potential, das für andere politische Kräfte als die bisher maßgeblichen offen sein wird, weil die Enttäuschung über die Unfähigkeit der "etablierten" Politiker, grundlegende Lösungen zur Beseitigung der Wirtschaftskrise zu finden, wächst.

Auf der wirtschaftlichen Seite entstehen der Gesellschaft durch Massenarbeitslosigkeit immense Kosten, die die öffentlichen Haushalte belasten. Hinzu kommt hier noch ein Rückgang der Einnahmen als unmittelbare Folge des Sinkens der Zahl der Erwerbstätigen.

Schließlich sei noch bemerkt, daß Massenarbeitslosigkeit schon in dem gegenwärtig vorzufindenden Ausmaß das Bruttosozialprodukt erheblich belastet, weil jeder Arbeitslose in diesem Zusammenhang einen Ausfall von Wirtschaftsleistung bedeutet.

Zusammenfassend behaupten wir deshalb, daß die gesellschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit unproduktive Ausgaben der verschiedenen öffentlichen Haushalte sind, die den Dispositionsrahmen des Staates und staatlicher Institutionen zur Finanzierung produktiver, und teilweise dringend erforderlicher, Ausgaben drastisch einschränken.

Um das Problemfeld abzurunden, wollen wir hier noch abschließend unsere Überzeugung zum Ausdruck bringen, daß ein Wirtschaftswachstum, das Voraussetzung für eine verbesserte Beschäftigungssituation wäre, in den traditionellen, bekannten Bereichen nur noch sehr schwer, wenn überhaupt, zu erreichen sein wird.

Wir vertreten deshalb die Ansicht, daß eine Umorientierung auch der industriellen Produktion notwendig

ist, um neue Wachstumsmöglichkeiten zu schaffen. Dabei sollte berücksichtigt werden, daß ein derartiges Wachstum stets unter den Gesichtspunkten gesellschaftlicher Nützlichkeit, ökologischer Vertretbarkeit und, gezwungenermaßen, auch wirtschaftlicher Rentabilität betrachtet werden muß.

Die bis hier dargestellten Probleme haben wir bei der Erarbeitung der Vorschläge zur Weiterführung des Voith-Werkes ohne Beteiligung der bisherigen Eigentümer zu berücksichtigen versucht.

Wir werden allen, die sich mit dem von uns vorgelegten Plan beschäftigen, für Kritik und Anregung dankbar sein.

P r o d u k t e f ü r d a s L e b e n

Produkte für das Leben herstellen zu wollen heißt für uns, den Versuch zu unternehmen, uns sowohl als Produzenten wie als Konsumenten zu verstehen.

Als Arbeiter und Angestellte in der Fabrik stellen wir Produkte her, um dadurch unseren Lebensunterhalt zu sichern. Wir wollen aber nicht übersehen, daß wir, wie alle anderen Produzenten, zugleich auch Verbraucher sind.

Es wäre deshalb für uns einseitig, nur zu überlegen, wie wir weiter unsere Löhne und Gehälter verdienen können, ohne uns dabei vor Augen zu halten, ob die von uns hergestellten Produkte ihren Benutzern dienen oder nicht. Deshalb wollen wir bei den Vorschlägen für mögliche Produkte, die wir herstellen können, berücksichtigen, daß mit ihnen gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigt werden, und die Schädigung der menschlichen Umwelt durch diese Erzeugnisse nicht verstärkt wird.

Wegen der kurzen Zeit, die uns zur Realisierung überhaupt bleibt, greifen wir bei unseren Produktvorschlägen für die Weiterführung des Betriebes auf möglichst ausgereifte Technologien zurück, für die Bedarf, aber noch keine ausreichende Produktionskapazität besteht.

Zu diesen Produkten gehört eine Anlage zur Müllpyrolyse nach dem Kiener-System.

Diese Anlage dient dazu, Haushalts- und Industriemüll relativ umweltschonend zu beseitigen. Der Müll wird in der Anlage zerkleinert und dann in einer Schweltrommel unter Luftabschluß verschwelt. Die dabei entstehenden Gase können nach einer Gaswäsche entweder direkt als Heizenergie oder, mittels Gasmotor und Generator, als Elektrizität eingesetzt werden.

Das Pyrolyse-Verfahren nach dem Kiener-System ist, davon konnten wir uns überzeugen, inzwischen sehr weit entwickelt. In Aalen führten wir mit Herrn Kiener ein Gespräch und besichtigten anschließend die großtechnische Versuchsanlage, die seit Anfang September 1982 im kontinuierlichen Betrieb läuft.

Nach Aussage von Herrn Kiener interessieren sich vor allem im süddeutschen Raum einige Kommunen für Pyrolyse-Anlagen. Teilweise sind bereits Planfeststellungsverfahren eingeleitet worden.

Da sich die Pyrolyse auch besser als herkömmliche Abfallbeseitigungs-Techniken zur Industriemüll-Entsorgung eignet, ist auch aus diesem Bereich Interesse deutlich geworden. So hat laut Herrn Kiener die Daimler-Benz AG die Absicht geäußert, ihre Werke mit kleineren Pyrolyse-Anlagen auszustatten, um vor allem Farbschlämme vernichten zu können.

Produktionstechnisch sind die Pyrolyse-Anlagen, die in ihrer Größe äußerst variabel sind, anspruchsvolle Objekte. Neben Zukauf-Teilen wie den Gaswäschern und ggf. Gasmotoren zusammen mit Generatoren beinhalten sie ein umfangreiches Stahlbau-Spektrum sowie einen nicht geringen Anteil zerspanender Bearbeitung. In welchem Umfang dies alles im jetzigen Bremer Voith-Werk zu fertigen wäre, müßte noch untersucht werden.

Es sollte in diesem Zusammenhang auch geprüft werden, ob eine Kooperation mit anderen Bremer Betrieben möglich wäre.

Ein weiteres Projekt, das von uns verfolgt wird, sind Biogas-Anlagen. Auf diesem Gebiet gibt es bekanntlich eine Vielzahl unterschiedlicher Entwicklungen, die aber alle nach dem gleichen Grundprinzip arbeiten. Pflanzliche, tierische oder menschliche Abfälle entwickeln bei ihrer Zersetzung Faulgase (Methan), die in ihrer Qualität weitgehend mit dem Erdgas vergleichbar sind.

Die industrielle Fertigung von Biogas-Anlagen, für die hauptsächlich landwirtschaftliche Betriebe Abnehmer sein werden, ist in der Bundesrepublik noch so gut wie nicht entwickelt. Nach unseren Informationen gibt es lediglich im Allgäu eine kleinere Firma, die derartige Anlagen baut. Andere Produktionen werden meist von Handwerksbetrieben versucht, deren technisches Potential und wirtschaftliche Basis aber eingeständenermaßen fast immer unzureichend sind.

Unseres Wissens versuchen inzwischen aber dänische Firmen, in der Bundesrepublik forciert Biogas-Anlagen mittlerer Dimension zu einem Preis zwischen DM 60.000 bis DM 80.000 abzusetzen.

Das spricht u.E. dafür, daß eine wirtschaftlich vertretbare Fertigung mittlerweile möglich ist. Zu bemerken ist hier noch, daß mit möglichen Energiepreiserhöhungen der Betrieb von Biogas-Anlagen attraktiver werden wird, als er heute noch ist.

Weil wir meinen, daß eine Fertigung auf diesem Gebiet erfolgreich sein kann, haben wir externe Fachleute, die einen Überblick über Technologie und Markt haben, angesprochen. Sie haben uns ihre Unterstützung zugesichert.

Ein potentieller dritter Zweig könnten Wasserregenerations-Technologien sein. Wir gehen davon aus, daß es nicht nur dringend notwendig ist, sondern von den Verantwortlichen auch immer deutlicher erkannt wird, daß die Verbesserung der Qualität des Oberflächen- wie des Grundwassers als eine der zentralen umweltpolitischen Maßnahmen der nächsten Jahre ansteht.

Weil sich Belegschaft und Betriebsrat darüber im klaren sind, daß zur wirtschaftlichen Sicherung des künftigen Betriebs mehrere verschiedene und voneinander unabhängige Produkte erforderlich sind, betrachten wir diese drei hier gemachten Vorschläge nicht als den endgültigen Stand unserer Bemühungen.

Sie spiegeln nur das Ergebnis unserer Anstrengungen fünf oder sechs Wochen nach der Mitteilung über die Schließungspläne des Voith-Konzerns wider.

Um die Wirtschaftlichkeit auch nach der Aufnahme der neuen Fertigung zu verbessern und vorher die erforderliche Anlaufzeit überbrücken zu können - wir gehen von etwa einem Jahr aus - brauchen wir dringend Lohnfertigungsaufträge. In dieser Hinsicht ist zu prüfen, wieweit die bisherige Lohnfertigung aufrecht erhalten werden kann. Zusätzlich sind von unserer Seite und seitens der Bremer Landesregierung alle Anstrengungen zu unternehmen, einen weit größeren Umfang an Fremdfertigung zu bekommen, als es bisher der Fall war.

Wir gehen dabei davon aus, daß wir als selbständiger Betrieb möglichen Auftraggebern bessere Angebote machen können, als Voith dies in der Vergangenheit konnte.

Positionspapier des Betriebsrates des Werkes
Leer der Olympia Werke AG zur Aufrechterhaltung
des Standortes in Leer

Das am 4. November 1957 in Leer mit einer Halle eröffnete und danach um 2 weitere Hallen vergrößerte WERK LEER der OWAG enthält das gesamte für eine Fertigung von feinmechanischen- und elektromechanischen Geräten benötigte Know-How, den erforderlichen Maschinenpark und weitere Anlagen. Zum Jahresende 1982 werden dort noch ca. 600 Personen beschäftigt sein, davon eine größere Zahl Angestellte.

Aus der nachstehenden Auflistung wird deutlich, was an Anlagen, Maschinen und Facharbeitsplätzen existiert. Damit soll auch verdeutlicht werden, welche qualifizierten Arbeitsplätze bei einer Stilllegung dieser kompletten Produktionsstätte verlorengehen. Auf die volkswirtschaftliche Bedeutung wurde bereits in der Resolution vom 1. Sept. 1982 eindringlich hingewiesen.

- Kunststofffertigung mit Spritzmaschinen in der Größe von 30 bis 650 Tonnen, womit Kunststoffteile in allen Größen bis hin zu einem Volumen von 800 x 1000 x 500 mm gefertigt werden können.

- Lackiererei

In den Lackier-Anlagen können Teile bis zu einer Größe von 60 x 60 x 20 mm automatisch lackiert werden. Außerdem existieren Vorrichtungen für die manuelle Lackierung größerer Teile.

- Galvanik und Bonderei

Hier ist das Verkupfern, Vernickeln, Verchromen und Bondern von Teilen bis zu einer Größe von 600 x 600 mm möglich.

Härtereier mit 9 Härteöfen, mit einem Tiegel durchmesser von 350 mm und einer Tiefe von 500 - 600 mm. Ferner einen Spezialhärteofen zum Härten von Werkzeugen.

Stanzerei mit 47 manuell zu betätigenden Pressen, 10 halbautomatischen Pressen und 9 vollautomatischen Pressen mit einem Pressdruck von 16 bis 160 Tonnen.

Dreherei

Teile mit einem Durchmesser von 2 - 35 mm und einer Länge von max. 500 mm können bearbeitet werden.

- Der Werkzeugbau ist in der Lage, Lehren und Vorrichtungen in der Größe von 1000 x 1000 mm sowie Werkzeuge zum Schneiden und Biegen für Teile von 300 x 300 mm und Spritzwerkzeuge komplett herzustellen.
- Schlosserei- und Elektrikerwerkstatt
(2 Ausbildungsplätze für Energieanlagen-Elektroniker)
- Komplette eingerichtete Lehrwerkstatt für die Berufsbilder, Werkzeugmacher und Feinmechaniker; insgesamt 60 Ausbildungsplätze.
- Montageanlagen mit 2- und 3fach Wandertischen.

Diese Aufzählung mag verdeutlicht haben, was an Substanz aus einer Region abgezogen wird, wenn diese vorhandenen Anlagen und damit verbundenen Arbeitsplätze verlorengelien.

Der Verlust dieses Potentials ist nicht nur volkswirtschaftlich unvertretbar, sondern auch betriebswirtschaftlich nicht rentierbar. Darf doch davon ausgegangen werden, daß die Anlagen und Gebäude nicht

veräußert werden können und so zu einem dauernden Kostenfaktor für das Unternehmen würden.

Deshalb meinen wir, daß eine Fortführung absolut sinnvoll und notwendig ist. Zumal die nachstehenden Daten und Fakten dieses belegen können.

Olympia Leer und der Telematik-Verbund

Die Olympia Werke AG sind Ende 1981 von ihrer Muttergesellschaft AEG in den sog. Telematik-Verbund eingebracht worden, der die Gebiete Bürotechnik, Vermittlungstechnik, Übertragungstechnik und Datenverarbeitung in einem neuen Geschäftsbereich zusammenfaßt. Die "Telematik" wird allgemein als ein äußerst dynamischer Wachstumsbereich angesehen. Es wird mit jährlichen Wachstumsraten von 30 - 40 % bei elektronischen Schreibmaschinen und Textverarbeitungssystemen gerechnet.

Dem Telematik-Verbund gehören außer der Olympia Werke AG (für die Bürotechnik) noch die Telefonbau und Normalzeit GmbH (Vermittlungstechnik), die AEG-Telefunken Nachrichtentechnik GmbH (Übertragungstechnik) und die Kienzle GmbH (EDV) an. Er wird durch eine Planungsgesellschaft (die "Telematik AG") gesteuert, die zu jeweils einem Drittel den Konzernen Mannesmann, AEG und Bosch gehört.

Diesen Konzernen gehören auch die vier Unternehmen des Verbundes.

Es kann ohne jeden Zweifel angenommen werden, daß die Planungen des Telematik-Verbundes auf erhebliches Wachstum ausgerichtet sind, und daß im Zuge dieses Wachstums auch Erweiterungen von Produktionsanlagen erforderlich sind. Wenn das Werk Leer trotzdem zur Schließung vorgesehen ist, so entspricht das zwar bestimmten Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten der Geschäftsleitung, ist aber keinesfalls betriebswirtschaftlich zwingend. Es dürfte vielmehr betriebswirtschaftlich ohne weiteres möglich sein, einen Teil des Gesamtwachstums des Telematik-Verbundes in Leer stattfinden zu lassen: in den Werksanlagen von Olympia Leer oder in neuen Anlagen sollte in dem Maße, wie die alte Schreibmaschinenproduktion ausläuft eine neue Produktion innerhalb des Telematik-Verbundes hochgefahren werden.

Andersherum: die Schreibmaschinenproduktion darf nur in dem Maße heruntergefahren werden, wie gleichzeitig in Leer eine neue Produktion des Verbundes aufgezogen wird, in der mindestens gleich viele Arbeitskräfte beschäftigt sind.

Übergangsauslastung

Um das Werk in Leer kurzfristig am Leben zu erhalten, ist eine Fortführung der bestehenden Produktion von elektromechanischen Schreibmaschinen der Gruppe SXE und SGE 65 unbedingt erforderlich.

Um dieses für Olympia leichter durchführbar erscheinen zu lassen, wäre ein Beitrag des Landes Niedersachsen erforderlich. Wie er haushaltsrechtlich zu betrachten wäre, kann von uns nicht beurteilt werden.

Daß die o.g. Produkte vom Markt noch angenommen werden, wird durch Aussagen der Kollegen des Vertriebs bestätigt. Wir meinen, daß OWAG es sich nicht leisten kann, zur Abrundung der derzeitigen Produktpalette darauf zu verzichten.

- Wie auch bereits im Interessenausgleich vom 26.10.1981 vorgesehen, kann eine Kurzarbeitsphase die möglichen Schwierigkeiten überbrücken helfen. Dafür wäre die grundsätzliche Bereitschaft des Betriebsrates vorhanden.

- Durch eine Forcierung der Auslastung durch Auftragsfertigung für Fremdfirmen in den Bereichen Kunststofffertigung, Werkzeugbau, Dreherei, Stanzerei und Galvanik könnten weitere Arbeitsplätze und Kapazitäten genutzt werden.
Dabei wäre denkbar, wünschenswert und sinnvoll, daß Unternehmen an denen die öffentliche Hand beteiligt ist, verstärkt Aufträge hereingeben.

Bisher wurden in den Bereichen Werkzeugbau, Kunststofffertigung und Dreherei schon Fremdaufträge in Höhe von über 1 Mio. DM getätigt, woraus zu schließen ist, daß hierfür ein breiter Bedarf besteht.

Als äußerst wichtig muß die Aussage des Vorstandes angesehen werden, daß ja auch ohne eine komplette Fertigung ohnehin 191 Fertigungslöhner beschäftigt werden müßten. Hinzu kommt das Rahmen-Personal. Insgesamt wurde eine Beschäftigtenzahl von 250 - 300 angegeben.

In der Zahl 191 sind 60 Personen enthalten, die dafür vorgesehen sind, zukunftssträchtige Produkte wie das CS-System und das 5 1/4-Zoll-Winchester-Laufwerk zu fertigen.

- Auch erscheint es dem Betriebsrat möglich, Fertigungskapazitäten aus dem Bereich der AEG zu übernehmen. Ansätze waren schon vorhanden, sind aber entgegen aller sozialpolitischer Verantwortung zerstört worden.

(Kapazitätsverlagerung von Kassel nach Konstanz obwohl dort das Personal nicht vorhanden war).

Alternative Produktion

Aus der Sicht des Betriebsrates wurde vom Vorstand der OWAG die Möglichkeit der Herstellung alternativer Produkte zu wenig Beachtung geschenkt.

So hat z.B. auf dem Feld der Produkte für den Umweltschutzbereich (Natur und Landschaft, Abfallbeseitigung, Gewässerschutz und Immissionsschutz) keine Suche stattgefunden, obwohl dort ein guter Markt prognostiziert ist.

Ebenfalls ein gutes Geschäft wäre auf dem Markt mit medizinisch-technischen Geräten, wie sie z.B. schon von Mitarbeitern von Lucas Aerospace entwickelt wurden, zu erwarten.

Gerade das Werk Leer wäre u.E. prädestiniert für die Herstellung solcher Produkte, zumal es leicht zu bewerkstelligen wäre, kleinere Produktionseinheiten zu schaffen.

Falls eine eigenständige Verwertung dieser Produkte nicht machbar ist, sollte die Möglichkeit der Fertigung für andere Firmen ausgeschöpft werden.

Eine große Chance sieht der Betriebsrat auch im Bereich des Maschinenrecycling und/oder des Refurbishings. Letzteres wird bereits für eigene Kopierer im Werk Leer durchgeführt. Eine verstärkte Hinwendung zu diesem Tätigkeitsfeld könnte wesentlich zu einer Auslastung des Werkes beitragen und läßt eine Profitrate erwarten.

Blockkosten (Auslastungsgrad)

Über die Presse ist der Eindruck entstanden, daß allein das Werk Leer 8 Mio. DM Verluste erbringt. Wir halten diesen Ausdruck für falsch. U.E. handelt es sich bei dieser Zahl um die für 1982 angesetzten Blockkosten, die in 1983 ohnehin durch einen starken Personalabbau in diesem Bereich enorm gesenkt werden. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß diese Kosten in jedem Betrieb mehr oder weniger unumgänglich sind.

Was den Auslastungsgrad des Werkes betrifft, so könnte bei einer Reduzierung der Hallenkapazität eine neue Soll-Vorgabe ermittelt werden.

A B S C H R I F T

G. Bayens

A.J. Droppert

DIE BESCHÄFTIGUNGSFRAGE, VON DER BASIS HINAUS
ANGEGRIFFEN

Der Aktionsplan für Beschäftigung in Nimwegen

EINFÜHRUNG

In der von Wirtschaftlern geführten Diskussion zur Beschäftigungsfrage wird oft die Makro-Ebene und gelegentlich der Wirtschaftszweig oder die Meso-Ebene benachdruckt. Die Arbeit der Gewerkschaftskollegen die auf Unternehmensebene Initiative ergreifen zur Erhaltung und zum Ausbau der Beschäftigung wird nur stiefmütterlich behandelt. Es gibt jedoch meherer Arbeitnehmerinitiative die von der Lage in Betrieben und Einrichtungen an sich ausgehen.

Auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung wird die Frage diskutiert ob die Beschäftigungspolitik am besten an der Basis, oder auf nationalpolitischer Ebene diskutiert werden kann. In der Gewerkschaftsstrategie, die zielt auf den Abschluß von Beschäftigungsabkommen mit einzelnen Unternehmen, wird die ersterwähnte Anschauung insbesondere hervorgehoben. Auch in der Diskussion über das Gutachten des Wissenschaftlichen Rates für die Regierungspolitik zur Sektorstrukturpolitik, wie diese u.A. im Wahlprogramm "Weerwerk" der (sozialdemokratischen) Partei der Arbeit befürwortet wird, treten bestimmte Elemente daraus vor. Insbesondere die Kritik an den technologischen und zentralistischen Charakter der Anschauungen die im Gutachten zum Ausdruck kommen stehen im Mittelpunkt der Diskussion.

In zwei Artikeln werden wir uns mit dieser anderen Form der Beschäftigungspolitik befassen. Im ersten Artikel gehen wir auf ein konkretes Beispiel ein: den "Aktionsplan Beschäftigungsförderung" in Nimwegen, der von Personen aus unterschiedlichen Gruppen wie Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und Stadtviertelkomitees ausgearbeitet wurde mit dem Ziel, die Zahl der Arbeitslosen im Nimweger Raum zu verringern.

Der Aktionsplan Beschäftigungsförderung enthält eine Vielzahl von Aktivitäten in den Betrieben und Einrichtungen wie auch außerhalb. Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen wenn wir alle diese einzelne Aktivitäten ausführlich behandeln würden. Wir beschränken uns darum auf jene, die sich auf industrielle Unternehmen beziehen. Für einen etwas ausführlicheren Artikel über den Aktionsplan verweisen wir auf die Zeitschrift "Zeggenschap" (1) und auf den Teilplan im Rahmen des Aktionsplanes "Beschäftigung" (2).

In diesem Artikel wird zuerst informiert über den Anlaß zum Aktionsplan. Dann gehen wir auf einige Aktivitäten in Großbritannien ein die die Inspirationsquelle zum nimwegener Plan gebildet haben. Weiter gehen wir ausführlicher auf den eigentlichen Aktionsplan ein und werden dabei auf die Industrie, und insbesondere auf den Arbeitnehmerplan für das Unternehmen Smit-Ovens zielen. Abschließend diskutieren wir die Philosophie die hinter diese Aktivitäten steckt sowie die Forderungen die diese Pläne der Gewerkschaft, den politischen Parteien und der Wissenschaft stellen.

Die Aspekte die beim Aktionsplan eine Rolle spielen und die in diesem Artikel nicht berührt werden sind u.a.: die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und anderen Gruppen, die Struktur des Aktionsplanes, die Probleme bezüglich der Publizität, die aktuelle Annäherung der Probleme durch die regionalen Behörden und die Rolle die dabei von den Unternehmern gespielt worden ist.

NIMWEGEN - EIN KATASTROPHENGEBIET

Nimwegen bildet einen der Räume mit der höchsten Arbeitslosenzahl in den Niederlanden: über 15 % der Berufsbevölkerung ist arbeitslos. Nimwegen hat sich schon immer durch eine schwache Wirtschaft gekennzeichnet. Die Industrialisierung kam erst nach Ende des Zweiten Weltkrieges in Gang und wurde dadurch gekennzeichnet, daß viele, den wirtschaftsschwachen Sektoren angehörenden Betrieben (Textilindustrie, Schuhindustrie) sich dort niedergelassen haben. Das hat die Wirtschaftslage äußerst verletzlich gemacht.

Diese industrielle Betriebe haben sich in Nimwegen angesiedelt wegen des niedrigen Lohnstandes, des Arbeitsmarktangebotes vorwiegend ungelernter Arbeiter und des großen Sozialfriedens.

Dieses Phänomen ist auch in anderen Räumen bekannt. Die betreffende Industriebetriebe haben keine oder kaum Beziehungen zu anderen Betrieben im Raum: die Rohstoffe die sie brauchen werden ihnen von anderswo angeliefert, und auch ihre Kunden wohnen anderswo. Auch die Forschungsabteilungen und die Unternehmensspitze befinden sich außerhalb des nimwegener Raumes. Das hat zur Folge, daß in Zeiten wirtschaftlicher Rezession Neuentwicklungen insbesondere außerhalb des Raumes wo produziert wird, getätigt werden, was zu einer zusätzlichen Schwächung der nimwegener Niederlassungen geführt hat.

Neben diesen Betrieben gibt es nur eine geringe Zahl von selbständigen Klein- und Kleinstbetrieben.

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre startete eine Reihe von Betriebsstillegungen und Reorganisationen die dazu geführt haben, daß praktisch die ganze Textilindustrie und die ganze Schuhindustrie verschwunden sind, und viele andere Wirtschaftszweigen angehörenden Betriebe entweder stillgelegt

oder sehr stark abgebaut worden sind. In den sechziger und im Anfang der siebziger Jahren gab es noch ein gewisses Gegengewicht durch die Zunahme der Arbeitsplätze insbesondere bei der Universität und in den Krankenhäusern.

Der Einsparungspolitik der Regierung zufolge hörte dieser Zuwachs in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre auf. In den Jahren 1980 - 1981 verschlimmerte die Lage sich noch, des Zusammensturzes im Wohnungsbau zufolge.

Die Reaktion der örtlichen Gewerkschaftsbewegung in Nimwegen war dieser in anderen Räumen und Bezirken etwa gleich. Wurde anfänglich kaum Widerstand gegen Reorganisation und Betriebsstillegungen geleistet, im Laufe der siebziger Jahre kam es anlässlich der Stilllegungen des Singer-Werkes (Tealtronic) und der Honigwerke (Lebensmittelkonzern KSH) zu Betriebsbesetzungen. Letztere Betriebsbesetzung wurde von Erfolg gekrönt: es folgte eine Übernahme des Werkes vom Zuckerkonzern CSM. In der überwiegenden Zahl der Betriebe beschränkte der Widerstand sich auf eine Milderung der Stilllegungsfolgen mittels eines Sozialplanes mit der Zahlung von Abfindungssummen und Ergänzungszahlungen zum Arbeitslosengeld usw. Außer den Betrieben wurde Druck gesetzt auf die kommunalen-, provinzialen- und Reichsbehörden "Etwas" zu unternehmen, aber was dieses "Etwas" sein sollte, außer Finanzhilfe, war alles andere als klar. Den aktiven Gewerkschaftsmitgliedern wurde es jedoch immer mehr klar, daß sie sich mit der Verteidigung ihrer eigenen Arbeitsplätze bemühen müßten, daß sie selbst untersuchen müßten wie es um ihre Betriebe stand, und daß schon rechtzeitig Aktivitäten geplant werden müßten.

Die Überlegung daß Arbeitnehmer selbst Pläne für das eigene Betrieb aufstellen müßten, war nicht neu.

Insbesondere die Aktivitäten der britischen Kollegen des Lucas-Konzernes (6) haben den nirwegener aktiven Gewerkschaftskollegen als Beispiel gedient. In diesem Konzern wuchs in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre die "Aerospace Division" (Flugzeugapparatur) rasch aus. In kürzester Folge wurden mehrere Betriebe übernommen und dem Lucas-Konzerne eingegliedert. 191 setzte ein umfangreicher Rationalisierungsprozess ein. Zwischen 1971 und 1974 ging die Beschäftigtenzahl von 18.000 auf 14.000 zurück, während der Umsatz von 43 Millionen auf 61 Millionen anstieg. Der Widerstand der von den Arbeitnehmern gegen diese Neustrukturierungspolitik auf Kosten Tausender von Arbeitsplätzen geleistet wurde, wurde 1974 fester gefügt durch die Gründung des "Combined Shop Stewards Committee" (Gesamtausschuß der gewerkschaftlichen Vertrauensleute). In diesem Gesamtausschuß waren Gewerkschaftsvertreter aller 17 Niederlassungen der Aerospace Division vertreten. Eine auffallende Besonderheit, in Anbetracht der britischen Gewerkschaftsstruktur, war, daß in diesem Gesamtausschuß Gewerkschaften von Arbeitern und von hochgeschulten technischen Angestellten zusammenarbeiteten. Der Gesamtausschuß führte im November 1974 ein Gespräch mit dem damaligen Labour-Minister für Industrie: Tony Benn. In diesem Gespräch über die Reorganisationsprobleme im Lucas-Konzern wurde die Idee geboren für einen alternativen "Produktionskorb": der "Corporate Plan".

Benn war dazu bereit Lucas Aerospace zu subventionieren, falls zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und Regierung ein Abkommen über die Aufrechterhaltung der Arbeitsplätze und die Entwicklung neuer Produkte geschlossen werden könnte. Er wünschte diese Art von Abkommen auch für andere Unternehmen und Wirtschaftszweige.

ALTERNATIVE PRODUKTE

Die Suche nach Möglichkeiten für neue Produkte fing damit an, daß 180 Experten, Einrichtungen, Universitäten und Gewerkschaften schriftlich dazu aufgefordert wurden, Anregungen einzureichen für alternative Produkte, die im Lucas-Konzern hergestellt werden könnten. Nur fünf brauchbare Antworten gingen ein. In Anbetracht dieses enttäuschenden Ergebnisses wurde beschlossen, mit Einschaltung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute, alle Arbeitnehmer des Lucas-Konzernes zu befragen.

In der Diskussion mit ihren Kollegen würden die gewerkschaftlichen Vertrauensleute die Tatsache hervorheben, daß die Arbeitnehmer nicht nur Produzenten, sondern auch Verbraucher sind. Durch diese abgeänderte Fragestellung ergab die Umfrage etwa 150 brauchbare Anregungen. Über die Aufnahme der Produktion dieser neuen Produkte wurde mit der Divisionsleitung verhandelt, jedoch erfolglos: nach Auffassung der Divisionsleitung ließen diese Produkte sich nicht im Produktangebot von Lucas hineinpassen. Dennoch hat dieser Sachverlauf eine Idee losgewühlt die nicht mehr aus dem Gedankengut verschwindet: Arbeitnehmer können selbst Beschlüsse fassen über die Frage, welche Produkte hergestellt werden sollen. Wenn Verbraucher, Arbeitnehmer, Techniker und Wissenschaftler zusammenarbeiten, können mit Unterstützung verfügbaren Sachwissens allerhand neue Produkte hergestellt werden, die die Bedürfnisse des einzelnen Verbrauchers und der Gemeinschaft als Ganzes befriedigen können.

Diese Denkensart fand in Großbritannien eine Fortsetzung in Form regionaler Pläne: in jeder Region diskutierten aktive Gewerkschafter die Beschäftigungslage. Dabei wird immer mehr die Frage gestellt: an welche Produkte besteht gesellschaftlich gesehen Bedarf und

in welchen örtlichen Betrieben können diese Produkte hergestellt werden?

In diesen Diskussionsgruppen werden auch regionale Sektorstrukturpläne ausgearbeitet. Ausgehend von einem solchen Sektor(struktur)plan können dann in den einzelnen Betrieben Forderungen unterbreitet werden in Bezug auf die Investitions- und Produktionsentscheidungen, sowie Forderungen bezüglich der Humanisierung der Arbeit, der Arbeitszeitverkürzung, der Entlohnung usw. Soweit die britischen Beispiele.

EINE BEWEGUNG

1979 ergriff die Ortsverwaltung Nimwegen des Industriebond FNV die Initiative zur Veröffentlichung eines "Aktionsplanes für die Schaffung von Arbeitsplätzen". Die Zielsetzung war, daß die ganze Einwohnerschaft, in Betrieben, in Einrichtungen, in Stadtvierteln, in Bürgerinitiativgruppen, daß Arbeitslosen, Frauen und Jugendliche sich mit der Problematik der Beschäftigung befassen würden. Frauen sollten Pläne für Frauen aufstellen, Jugendliche für Jugendliche, die Arbeitnehmer in der Industrie für ihre Betriebe, Lehrer für die Schulen und die Unterricht im allgemeinen. Alle diese Teilpläne würden dann den Gesamtplan bilden und alle diese Gruppen zusammen eine ständige Bewegung.

Von dieser Initiative hinausgehend sind Gruppen zusammengesetreten. Sie diskutieren die Möglichkeit zur Schaffung von gesellschaftlich sinnvollen Arbeitsplätzen, und die Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeitsumwelt in den Betrieben.

Wesentlich in dieser Diskussion war, daß es sich nicht darum handelte zu jedem Preis Arbeitsplätze zu schaffen. Die Diskussionsteilnehmer betrachteten es nur als sinnvoll für eine Beschäftigung zu kämpfen die ein

gesellschaftliches Bedürfnis befriedigt und die nicht auf Kosten anderer Arbeitnehmer geschaffen wird. Es wurde klar, daß es eine Zahl von Bereichen gibt, wo es dieses gesellschaftliche Bedürfnis gibt, so z.B. im Bereich des Umweltschutzes, der Energieversorgung, des Wohnungsbaues, der Gesundheitsfürsorge, der Betreuung bestimmter Personengruppen in den Stadtvierteln. In mehreren dieser Bereiche machten sich dann auch Gruppen an die Arbeit. Im Rahmen eines Planes für Jugendbetreuung startete eine Gruppe, die sich aus Vertretern unterschiedlicher Jugendorganisationen zusammensetzte eine Zahl von Projekten (ein Verwaltungszentrum für Vereine und Kleinbetriebe, eine Zahl von Erholungsaktivitäten ausgehend vom Zentrum "de Beerendonck"). Einige Gruppen beschäftigten sich mit der Frage der Automatisierung. Eine dieser Gruppen arbeitete zusammen mit der Gewerkschaft Dienstleistung des Gewerkschaftsbundes FNV Ideen aus in bezug auf die Automatisierung in Läden.

Eine Gruppe von Vertretern der Gewerkschaften und der Umweltschutzverbände gründeten einige Arbeitsgruppen zum Thema "Umwelt, Energie und Beschäftigung". Die Initiative zu einer Baugenossenschaft zu Diensten der Einwohner der städtischen Renovierungsviertel wurde ergriffen. Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst ABVA/KABO begann eine Inventur der Beschäftigungsprobleme im öffentlichen Sektor. Außer diesen Aktivitäten wurde der Gesamtaktionsplan unterstützt von Gruppen die sich in irgendeiner Weise schon mit Ideen über die Schaffung neuer Arbeitsplätze auseinandersetzten. Davon können genannt werden die Lehrgewerkschaft ABOP mit ihrem Plan für Lehrerarbeitsplätze, das Frauenarbeitszentrum das zielte auf eine Unterstützung der Frauen die wieder im Arbeitsprozeß aufgenommen werden möchten, die Hilfeleistungsgruppe im Stadtviertel Waterkwartier, der städtische Hobbywerkstatt des Interessenvereinigung der Rentner in Nimwegen.

Im November 1980 traten Vertreter aller dieser Gruppen in einem "Sozialforum" zusammen zur Diskussion des Gesamtaktionsplanes. Es wurde beschlossen, auf Grundlage dieses Planes ein Aktionsprogramm auszuarbeiten. Dieses Aktionsprogramm wird z. Z. in allen Ortsverwaltungen der Gewerkschaften und in vielen Bürgerinitiativgruppen diskutiert. Die Bewegung greift damit immer mehr um sich. Augenblicklich sind im Rahmen des Planes 200 bis 300 Personen aktiv beschäftigt. Das Bulletin des Aktionsplanes, das ab September 1980 herausgegeben wird, erreichte eine Auflage von 2.000 Exemplaren und wird an aktive Gewerkschafter und andere Interessenten verteilt.

DIE INDUSTRIE

Die größten Probleme im nimmwegener Raum treten jedoch im Industriebereich auf. Dort fand der Plan auch seinen Ursprung und dort wurden auch die meisten Aktivitäten entfaltet. Aktive Gewerkschafter aus den betrieblichen Mitgliedergruppen und aus der Ortsverwaltung Nimmwegen des Industriebond FNV, von den Bezirksleitern unterstützt, bildeten eine Kerngruppe. Diese Kerngruppe fing damit an, die Situation in den Großbetrieben zu inventarisieren. Fragebogen wurden zusammengestellt und den betrieblichen Mitgliedergruppen der Gewerkschaft zur Ausfüllung vorgelegt.

Diese Fragebogen enthielten Fragen über die Art der hergestellten Produkte, über die Absatzmärkte, über den Marktanteil, über den Verlauf der Investitionen und der Beschäftigungszahlen usw. Auf Grundlage dieser Inventur konnte, mittels einer Portfolio-Analyse (9) eine klare Einsicht geschaffen werden der Probleme, die in den Betrieben aufkommen könnten, und diese Probleme gab es mengenweise. Viele Unternehmen stellten eine veräztete Gruppe von Produkten

her, und einige dieser Produkte standen unter der Bedrohung, vom Markt verdrängt zu werden. In einigen anderen Betrieben ließen die Arbeitsumweltverhältnisse zu wünschen übrig. In einer Versammlung mit Gewerkschaftern aus allen diesen Betrieben wurde die Studie diskutiert und mögliche Aktionen der Arbeiterseite auf Erfolgsmöglichkeiten geprüft.

Die Arbeitnehmeraktivitäten waren unterschiedlicher Art. In Betrieben mit einem verärgerten Produktenangebot wurden Arbeitnehmerpläne vom Typ Lucas Aerospace erwogen. Im Falle wo die Stärke der Arbeitnehmer nicht ausreichte wurde in erster Linie auf die Karte der Weiterführung der Diskussion und der Bewußtseinsbildung gesetzt.

Für Prozeßbetriebe wurde mehr an Arbeitszeitverkürzung und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse am Arbeitsplatz gedacht.

Schließlich ergab sich aus der Diskussion, daß die Arbeiter des Werkes Smit Ovens den Weg der alternativen Produktionspläne ausprobieren würden und als Spitze für den Gesamtaktionsplan fungieren würden.

SMIT OVENS

Smit Ovens ist ein Unternehmen des Holec-Konzernes. Das Werk baut Öfen, vorwiegend für die Glasindustrie, und für die Herstellung von Fernseherschirmen. Im Jahre 1980 waren in diesem Werk etwa 170 Arbeitnehmer beschäftigt.

Für die Produkte dieses Werkes gab es fast keine Nachfrage mehr und die Arbeitnehmer waren zur Schlußfolgerung gelangt, daß die Werksdirektion sich kaum noch für die Entwicklung neuer Produkte einsetzte. Zwar hatte Holec im Rahmen seiner Internationalisierungsstrategie ein Öfenbauwerk in den Vereinigten

Staaten, mit Namen BTU, übernommen, die ziemlich avancierte Produkte auf den Markt brachte. Es gab jedoch kein einziges Anzeichen dafür, daß die Übernahme die Stellung des nunwegener Werkes stärken würde.

Im Sommer 1980 wurde vom Holec-Konzern eine Reorganisation des Smit Oven - Werkes angekündigt, verbunden mit der Kündigung von mehr als 70 Arbeitnehmern. Im Rahmen des Aktionsplanes reagierten die Arbeitnehmer darauf mit einem Versuch, ein Arbeitnehmerplan aufzustellen. Es wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich aus Betriebsräten und Vertretern aller Gewerkschaften zusammensetzte (Gewerkschaften die dem Gewerkschaftsbund FNV und dem Christlich-Nationalen Gewerkschaftsbund angehörten, sowie die Angestelltengewerkschaft Union BLHP). Diese Arbeitsgruppe organisierte eine Umfrage und befragte den überwiegenden Teil der Belegschaft mit niedrigeren sowie mit höheren Stellungen in der Betriebsstruktur. Fünfundsechzig Produkt-Ideen ergaben sich aus dieser Umfrage, dabei dreißig vielversprechende. Die Ideen variierten von einem Ofen um Schweine nach dem Abtöten zu sengen zur Förderung der Haltbarkeit des Fleisches bis zu einem Asphaltofen, mit dem gebrauchter Asphalt neu geschmolzen werden könnte. Auffallend war die große Zahl von energiesparenden und umweltfreundlichen Produkte. Beispiele dafür: ein Pyrolyse-Ofen zur Verheizung von Abfällen und ein Ofen der Schlamm aus Wassersäuberungsinstallationen verarbeiten könnte.

Eine Erfahrung die von den Kollegen bei Lucas Aerospace gemacht wurde war diese, daß die Kreativität überwiegend bei den Produktionsarbeitern, besonders groß war. Auch bei Smit Ovens zeigte sich, daß die meisten Ideen von den Arbeitern an der Basis aufs Tapet gebracht wurden. Diese Ideen wurden in Form

eines "Arbeitnehmerplanes" in den Verhandlungen der Gewerkschaften mit der Konzernleitung diskutiert. Die Konzernleitung konnte dazu gezwungen werden, die Reorganisationspläne abzuändern. Umsetzungen in der Werksdirektion wurden durchgeführt, Pläne zur Einschrumpfung der Entwicklungsabteilung wurden zurückgezogen, Fachleute wurden nicht von der Reorganisation berührt, die Zahl der geplanten Kündigungen wurden drastisch herabgesetzt auf 29 und es wurden ausschließlich Arbeitnehmer im Alter von 57 Jahren oder älter gekündigt (das hängt mit dem langen Kündigungsstermin und mit der Arbeitslosengeldversicherung zusammen). Außerdem wurde erreicht, daß Zusagen gemacht wurden über die weitere Ausarbeitung der Arbeitnehmerideen in Zusammenarbeit zwischen der Werksleitung und den Arbeitern. In einer Vereinbarung wurde festgehalten, daß neue Arbeitsplätze die mit der Durchführung dieser Ideen verbunden sein würden, als zusätzlich zum geplanten Beschäftigtenzahl gelten würden.

Einige Arbeitsgruppen wurden gebildet die sich aus Vertretern der Werksleitung und der Arbeitnehmer zusammensetzten, und mit Technikern ergänzt wurden. Diesen Arbeitsgruppen wurde die Aufgabe erteilt, die Ideen weiter auszuarbeiten und den Markt für die auf Grundlage dieser Ideen herzustellenden Produkte zu studieren. Im Moment sieht es danach aus, daß ein Herstellungsverfahren für mehrere neue Produkte anlaufen kann und daß sich für das Werk Smit Ovens damit neue Perspektiven eröffnen.

Die Pläne der Arbeitnehmer durchkreuzen die Politik des Holec-Konzernes. Holec zielte insbesondere darauf, den Konzern international zu stärken durch die Übernahme moderner ausländischer Betriebe. Die Pläne der Arbeitnehmer stützten sich auf das Fachkönnen der

Arbeitnehmer im Nimwegener Werk. Aufgrund dieses Fachkönnens wurde eine Diversifikationsstrategie ermöglicht - eine Strategie die für die Beschäftigungslage in den Niederlanden, auf die Dauer gesehen, mehr Perspektive eröffnet.

ANDERE BETRIEBE

Der Erfolg bei Smit Ovens hatte eine enorme Ausstrahlung. In Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften wurde ständig davon geredet, und über das Bulletin "Aktionsplan für Beschäftigung" wurden alle aktiven Gewerkschafter im Raum Nimwegen laufend informiert. Schon rasch wurden in anderen Betrieben Pläne entwickelt um die dortigen Probleme in gleicher Weise anzugreifen.

Davon können genannt werden: Controls (ein Werk mit etwa 300 Beschäftigten, das Regler und Druckschalter für Waschmaschinen und ölgeheizten Öfen herstellt); Philips Elcoma (ein Werk verbunden mit einer Entwicklungsabteilung, das Chips und integrierte Schaltungen herstellt, mit etwa 2.000 Beschäftigten), und Smit-Transformatoren (ein Trafowerk, gleichfalls dem Holec-Konzern angehörend, das Trafos für das öffentliche Stromnetz herstellt, mit etwa 650 Beschäftigten).

Die Pläne für Controls sind am weitesten entwickelt worden. Hier wurden etwa 200 Produkt-Ideen auf den Tisch gelegt in Gesprächen mit den Arbeitnehmern, und die Verhandlungen darüber mit der Werksdirektion haben angefangen.

Die Arbeitnehmer der Honit Lebensmittelwerke wählten einen anderen Einfallswinkel. Dieses Werk, das nach dem Zusammensturz des KSH-Konzernes, vom CSM Zuckerkonzern übernommen wurde, ist eines der wenigen

nicht notleidenden Betriebe in Nimwegen. Dort gab es nur große Probleme im Bereich der Arbeitsumwelt und der Personalpolitik. Das hat dazu geführt, daß kontinuierlich etwa 70 Leihkräfte im Betrieb beschäftigt waren, was äußerst nachteilig auf die Betriebsatmosphäre einwirkte. Die Drohung mit einem Arbeitskampf seitens des Betriebsrates und der Gewerkschaften hat bewirkt, daß von diesen 70 Arbeitsplätzen 50 in einem normalen Arbeitsverhältnis umgewandelt wurden. Dazu gab es eine Grundsatzvereinbarung über Beschäftigung, die von den Gewerkschaften und der Werksdirektion geschlossen wurde. Die definitive Vereinbarung die einen integrierenden Teil des Kollektivvertrages bilden wird, wird für jede Betriebsabteilung Bestimmungen enthalten über die Zahl der Arbeitsplätze, die Arbeitsumstände, die Arbeitsdauer usw. Es wird eine der umfangreichsten Arbeitsplatzabkommen werden das je in den Niederlanden geschlossen wurde. (12)

Auch bei Gist-Brocades, ein Arzneimittelbetrieb, wurde beim Verkauf an die bundesdeutsche Firma Hartmann ein Arbeitsplatzabkommen geschlossen. Darin wurde u.a. festgelegt, daß die Herstellung des Produktes mit dem größten Absatzwachstum, für ganz Europa im Werk Nimwegen stattfinden muß.

Die Arbeitnehmer des Hollandia-Kievit-Werkes, eines Bekleidungswerkes das dem McIntosh-Konzern angehörte und das bei einer einschneidenden Reorganisation dieses Konzerns stillgelegt wurde, entwickelten Pläne mit dem Ziel das Werk in Form einer Produktionsgenossenschaft neu zu starten. Wenn eine Studie des COMAC (13) - eines Wirtschaftsberatungsbüros für die Bekleidungsindustrie - im Auftrag der Entwicklungsgesellschaft für die Provinz Gelderland (GOM) positiv ausfällt, so wird die Produktion im September starten.

Aus diesen Beispielen kann geschlossen werden, daß die Idee des Aktionsplanes eine ausstrahlende Wirkung zeigte. Arbeitnehmer in vielen Betrieben fangen damit an über ihre Arbeitsplätze nachzudenken und gelangen zur Schlußfolgerung, daß sie selbst aktiv werden müssen, damit eine wesentliche Verbesserung ihrer Lage erzielt wird.

Augenblicklich wird versucht auch die Betriebe, wo es noch keine betriebliche Mitgliedergruppe des Industriebond FNV gibt, am Aktionsplan zu interessieren. Bisher gibt es nur noch eine Inventur der Situation, in der diese Betriebe sich befinden.

DIE PHILOSOPHIE DIE HINTER DEN PROBLEMEN STECKT

Um die Idee die hinter den Arbeitnehmerplänen steckt ins Licht zu stellen, werden wir jetzt von den konkreten Aktivitäten in Nimwegen Abstand nehmen und uns mit der Philosophie hinter diesen Plänen befassen. Bei der Entwicklung von Plänen, die darauf zielten, von den Interessen der Arbeitnehmer ausgehend die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Industrie zu fördern, war es immer der wichtigste Ausgangspunkt, daß die Arbeitnehmer selbst Ideen herreichen müßten über die Produkte, die sie herstellen könnten und möchten und über die Herstellungsweise, über das Produktionsverfahren. Eine Nebenbedingung dabei muß sein, daß das Betrieb gewinnbringend bleibt - aber auf diese Nebenbedingung achten müssen die Arbeitnehmer selbst beschließen wie sie ihre Kreativität und ihr Fachkönnen einsetzen möchten. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Arbeitnehmer eine besonders gute Einsicht haben in technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten. Außerdem haben sie als Verbraucher ein Interesse daran, daß die Produkte die von ihnen

hergestellt werden guter Qualität sind und ein gesellschaftliches Bedürfnis befriedigen.

Arbeitnehmer sind im doppelten Sinne von den Unternehmern abhängig. Erstens bestimmen die Unternehmer die Arbeitsmenge und die Arbeitsumstände. Außerdem zeigt sich in der Praxis, daß Unternehmer auch außerhalb ihrer Betriebe, einen großen Einfluß üben. Sie bestimmen das Produktangebot, sie beeinflussen die Behörden Maßnahmen zu treffen zur Förderung ihrer Interessen. (14) Die Arbeitnehmer in den Betrieben werden damit zweimal hereingelegt: erstens weil sie von Arbeitslosigkeit bedroht werden, zweitens weil ihre Lebensverhältnisse und ihr Versorgungsniveau angegriffen werden um Raum für die Wirtschaft zu schaffen. Das ist der Grund, daß die Arbeiter selbst, von den eigenen Interessen als Produzenten und Verbraucher ausgehend, Pläne entwickeln und deren Durchführung im Betrieb erzwingen müssen. Der Ausgangspunkt soll ein Arbeitnehmerplan sein, der sich auf neue Produkte stützt oder auf neue Technologie, auf Qualitätsverbesserung von schon hergestellten Produkte, auf Verbesserung von Produktionsverfahren, auf Verbesserung der Arbeitsumwelt, auf Arbeitszeitverkürzung usw. Mit Hilfe dieser Arbeitnehmerpläne soll gegen die Werksdirektionen und die Behörden vorgegangen werden in dem Sinne, daß Vorteile für das Betrieb verbunden werden mit Forderungen.

Die Arbeitnehmerpläne enthalten im allgemeinen fünf Elemente.

1. Ideen über neue Produkte. Dabei soll Ausgangspunkt sein, daß diese Produkte gesellschaftsnützlich, zum Beispiel umweltfreundlich, energiesparend usw. sind. Die Arbeitnehmer müssen diese Ideen in eigener Regie ausarbeiten, weil vermieden werden muß, daß die Werksleitungen Ideen übernehmen, stehlen, ohne daß eine Garantie für Arbeitsplätze abgegeben wird.

2. Ideen die es ermöglichen die Arbeitsumstände zu verbessern. Diese können verschiedenartig sein und variieren von Fünfschichtplänen bis zu Vorschlägen, in Verbesserungen am Arbeitsplatz zu investieren. Weil diese Ideen meistens mit Kosten verbunden sind sollen sie in einem Zusammenhang gebracht werden mit anderen Ideen, die kosteneinsparend wirken. Das verspricht wohl am meisten Erfolg. Außerdem muß bei der Ausarbeitung von Ideen versucht werden, auch den indirekten Ertrag ins Licht zu stellen (z.B. weniger Arbeitsversäumnis wegen Krankheit).
3. Forderungen zur Arbeitszeitverkürzung. Abänderung der Organisation der Produktion bietet oft gute Möglichkeiten Arbeitszeitverkürzung zu fordern. Dabei ist meistens große Inventivität eine Bedingung für eine Durchführungsweise die im betreffenden Betrieb optimal wirkt. Insbesondere in Fällen wo in Rationalisierungs- und Automatisierungsmaßnahmen investiert wird können Forderungen auf Arbeitszeitverkürzung eine effektive Gegenstrategie bilden.
4. Verringerung des variablen Beschäftigtenstandes. Für einen stabilen Beschäftigtenstand muß gefordert werden, daß weniger Arbeitskräfte aus Leihbetrieben, von Teilunternehmern usw. eingeschaltet werden, daß weniger Arbeitsverträge mit beschränkter Laufzeit abgeschlossen werden, daß weniger Überstunden gemacht werden usw. Dieser allgemeine Bestandteil der Pläne hat als Vorteile, daß damit die Arbeiter weniger mit Unsicherheit belastet werden und daß eine direkte Bedrohung für die Gewerkschaftsstärke im Betrieb entfällt. Auch muß die ganze Einstellungs-politik und die Arbeitsorganisation geändert werden können.

5. Ideen die zu Produktionseinsparungen führen, z.B. Einsparungen auf Rohstoff- und Energiekosten, und die zur Qualitätsverbesserung führen. Derartige Einsparungen verbessern im allgemeinen das Betriebsergebnis. Es ist von Bedeutung diese Ideen zu inventarisieren und zu verbinden mit Forderungen im Bereich der Beschäftigung oder der Umweltverbesserung. Diese Ideen haben dann für die Arbeitnehmer weit größere Bedeutung als im Falle wo sie diese in Ideenboxen hineinstecken.

6. Forderungen auf dem Gebiet der Arbeitsorganisation. Diese umfassen Vorschläge zur Zurückdrängung der weit entwickelten Arbeitsteilung (Taylorismus: Trennung von Entwurf und Ausführung) in den Betrieben. Die Entwicklung von Arbeitnehmerplänen an sich bildet schon eine Form der Vereinigung von "denken" und "ausführen", aber auch inhaltlich können die Pläne Möglichkeiten andeuten.

Die Arbeitnehmerpläne sollen schließlich münden in Abkommen, die von den Vertragsparteien (Konzern- bzw. Werksleitung und Gewerkschaften) geschlossen werden. Diese Abkommen sollen einen integrierenden Teil des Kollektivvertrages bilden, alle oben aufgezeigten Elemente enthalten und weiter die Verpflichtungen enthalten, die der Arbeitgeber angegangen hat: die Zahl der Arbeitsplätze die garantiert bzw. neu geschaffen werden muß, und die Maßnahmen die in bezug auf die Verbesserung der Beschäftigungslage und der Arbeitsumwelt zu treffen sind.

Alle Kanäle in den Betrieben müssen zur Realisierung der Pläne benutzt werden. Es ist gleichfalls von Bedeutung, alle im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und den Betriebsrat einzuschalten bei der Vorbereitung und bei der Verwirklichung der Pläne. Die eigentliche

Verwirklichung fordert einen kontinuierlichen Verhandlungsprozeß mit der Unternehmensleitung, und von größter Bedeutung dabei ist, daß alle Beteiligten laufend informiert und eingeschaltet werden.

SPEZIFISCHE ASPEKTE DER GEWERKSCHAFTSPOLITIK

Für die Unterstützung der betrieblichen Mitgliedergruppen durch die Gewerkschaft hat ein derartiger Anpack der Beschäftigungsprobleme große Folgen. Ein intensiverer Kontakt mit den betrieblichen Mitgliedergruppen ist erforderlich und insbesondere in der Verhandlungsphase muß ein großer Einsatz der hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre als bedeutend gewertet werden. Schon in den ersten Anfängen des Aktionsplanes zeigte sich die große Bedeutung der Unterstützung von betrieblichen Mitgliedergruppen durch ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionäre und aktive Gewerkschafter aus anderen Betrieben. Insbesondere bei der Aufstellung von Arbeitnehmerplänen haben die Kollegen von Smit Ovens, auf der eigenen Erfahrung stützend, den Kollegen anderer Betriebe sehr geholfen. Auch die gemeinsame Beratung aller unterschiedlicher betrieblicher Mitgliedergruppen über den Gesamtaktionsplan war wichtig. In diesen Sitzungen wurden Ideen ausgetauscht, Pläne diskutiert und kritisiert, Unterstützungsaktionen organisiert usw. Außerdem hat das "Bulletin des Aktionsplanes" in der Bewußtseinsbildung der Gewerkschafter eine Rolle gespielt. Es wurde eine Zunahme der inneren Stärke der Gewerkschaftsbewegung in Nimwegen bemerkbar, auch in diesen Betrieben wo keine direkte Aktivitäten im Rahmen des Aktionsplanes entwickelt werden konnten. Seit der Veröffentlichung des Gesamtaktionsplanes ist die Zahl der betrieblichen Mitgliedergruppen um 6 angestiegen.

Grundlegend bei der Aufstellung von Arbeitnehmerplänen ist weiter die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Richtungsgewerkschaften gewesen (jene die der Föderation der Niederländischen Gewerkschaftsbewegung und jene, die dem Christlich-Nationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind, die Angestelltengewerkschaft Union BLHP und der Verein der führenden Angestellten). Diese Zusammenarbeit war eine Bedingung um den internen Streit unter den Beschäftigten unterschiedlicher Einstellung zu vermeiden. Sie war auch dadurch möglich weil solche Arbeitnehmerpläne schon im voraus von allen Arbeitnehmern als von größter Bedeutung gewertet wurden.

UNTERSTÜTZUNG DURCH EXPERTE

Für den Aktionsplan war gleichfalls kennzeichnend, das geringe Bedürfnis an Unterstützung durch externe Experten in bezug auf wirtschaftliche Probleme. Zwar glaubten die betriebliche Mitgliedergruppen anfangs nicht, daß sie es schaffen würden ohne jegliche Unterstützung Arbeitnehmerpläne aufzustellen, in der Praxis jedoch zeigte es sich, daß das Wissen der gesamten aktiven Gewerkschafter mehr als ausreichend war. Sie schafften es selbst, Interessen gegeneinander abzuwägen.

Die beschränkte Rolle der Experte stärkte die Einheit und die Solidarität der Beschäftigten - und das wirkte wieder günstig auf die gewerkschaftliche Stärke aus. Es blieben jedoch Ideen übrig, derer weiteren Ausarbeitung im betreffenden Betrieb unmöglich war. Immer stärker tritt die Gedanke in den Vordergrund eine Art Gewerkschaftliches Entwicklungszentrum zu gründen, das sich mit der weiteren Ausarbeitung solcher Ideen befassen könnte. Dann wird sich aber ein Bedarf zeigen an Unterstützung aus den Bereichen Wirtschaft, Technik und Marktforschung.

Das findet Anschluß an die Frage über die von den Gewerkschaften zu entwickelnden Forschungs- und Technologiepolitik, die insbesondere den Sektoranalysen zugrundegelegt werden soll. Diese Frage wird in einem zweiten Artikel behandelt werden.

REGIONALPOLITIK

Die Bemühung der regionalen Behörden mit der Beschäftigungslage im betreffenden Raum richtet sich im allgemeinen auf die Vergünstigungen die zur Verfügung gestellt werden können. Durch den Aktionsplan für Beschäftigung entsteht eine dreifache Beziehung zur politischen Ebene. Erstens: die regionale Behörden werden mit Anträgen konfrontiert die aus den Aktionsplänen - oder aus Aktivitäten im Rahmen solcher Aktionspläne - hervorgehen. Anträge zweierlei Art: Finanzierungsanträge und inhaltliche Anträge. Für Projekte braucht man Geld; die Gemeinde oder die Provinz können damit das Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden, Hilfe leisten bei der Ingangsetzung der Realisierung dieser Projekte. Den Arbeitnehmerinitiativen zufolge ist auch eine direkte Kontrolle auf die Anwendung der Finanzmittel ermöglicht worden. Eine weit wichtigere Form der Unterstützung entsteht wenn die Behörden Arbeitnehmerinitiative in ihrem eigenen Bereich über Investitionen oder materielle Ausgaben unterstützen können. Ein Beispiel ist wieder Smit Ovens, wo der Arbeitnehmerplan in einem Auftrag der Gemeinde zur Lieferung eines Abfallverbrennungsofens eine Rückstütze hat.

Eine zweite Beziehung gibt es in der Form von Information. Oft haben die Behörden große Mühe, gute Informationen über die Produktionsstruktur der ansässigen Unternehmen zu bekommen. Die Information,

die Arbeitnehmer über ihre Betriebe erteilen können, ist für den Inhalt eines Arbeitnehmerplanes oft besonders wertvoll, weil durch diese Information einen Einblick in die starken und schwachen Seiten der Produktionsstruktur ermöglicht wird. Im Rahmen des Gesamtaktionsplanes beschäftigt eine Arbeitsgruppe von Sozialgeographen sich, auf Grundlage der von den betrieblichen Mitgliedergruppen erteilten Information, mit einer Untersuchung der industriellen Struktur im Raum Nimwegen. Insofern die Behörden über Information verfügen könnten sie, durch Weiterleitung dieser Information an die Arbeitnehmerinitiativgruppen, die Entwicklung von Arbeitnehmerplänen anregen.

Eine dritte Beziehung könnte entstehen im Falle, wo die Behörden selbst, mittels ihrer eigenen Politik, die Entwicklung von Arbeitnehmerplänen anregen würden. Sie können das z.B. über ihre Energiepolitik machen dadurch, daß sie schon bei der Planung von Energieprojekten vom Anfang an die Arbeitnehmer in den Betrieben dabei einschalten. In den betreffenden Betrieben können dann Pläne ausgearbeitet werden die zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen. Ein derartiges Vorgehen der Behörden könnte besonders stimulierend auf Arbeitnehmerinitiativen einwirken.

SCHLUBBEMERKUNGEN

Die Aktivitäten zu denen der Gesamtaktionsplan für Beschäftigung in Nimwegen veranlaßt hat haben zum ersten Male die Mutlosigkeit der Bevölkerung, in der sie durch den Verlust einer Unzahl von Arbeitsplätzen geraten war, ein Ende gesetzt. Die Pläne auf die Ebene der Betriebe, aber auch außerhalb zeigen, daß eine andere Politik ausgetragen werden kann. Nach und nach setzen immer mehr Menschen sich für

ihre eigene Arbeitsplätze ein. Wesentlich dabei ist, daß die Pläne sich an die gesellschaftlichen Bedürfnisse ausrichten. Es hat sich gezeigt, daß es möglich war, die Strategie der Unternehmen zu ändern. Eine Unternehmenspolitik die zum Abbau der Beschäftigung führte ist, vom Können und von der Kreativität der Arbeitnehmer ausgehend, umgebildet worden in eine Politik, die auf die Stärkung der wirtschaftlichen Lage der Betriebe zielt. Die Initiative zur Ausarbeitung eigener Arbeitnehmerpläne haben die innere Kraft der Gewerkschaften vergrößert. Diese Initiativnahme bringt Folgen mit sich für die Gewerkschaftspolitik und für die Parteipolitik (9).

Es gibt jedoch auch Probleme, die erwähnt werden sollen. Erstens gibt es das Problem, wie verhindert werden kann, daß die aktive Gewerkschafter, die im Zusammenarbeit mit Technikern und mit der Werksleitung Arbeitnehmerinitiative ausarbeiten, eine "zweite Werksdirektion" bilden. Dazu ist eine ständige Rückkopplung zur gesamten Belegschaft, sowie Rechenschaftsablegung, erforderlich. Weiter besteht die Gefahr (wie schon früher angedeutet), daß die Werksleitungen sich der meistversprechenden Ideen meistern ohne wesentliche Änderungen im Betrieb vorzunehmen, oder die neuen Produkte sogar in anderen Betrieben herstellen lassen.

Ein wichtiges Problem um Arbeitnehmerinitiative ergreifen zu können ist, daß es im Betrieb eine ausreichende Gewerkschaftsstärke geben muß. Bei Smit-Ovens und bei Controls war dies der Fall, aber in einer Zahl von anderen Betrieben im nimmwegener Raum liegt hier ein großes Problem. Nebenbei gibt es dann noch das Problem, das zur Erhaltung der Gewerkschaftsstärke eine ständige Mobilisierung möglichst

vieler Gewerkschafter erforderlich ist - und das ist nur möglich wenn in kurzer Frist auch Aufbesserungen der Löhne und der Arbeitsbedingungen und Verbesserungen der Arbeitsumwelt erzielt werden können.

Schließlich ist es nur dann möglich mit diesen Plänen Zukunftsperspektive zu verbinden wenn auch im landes- und raumpolitischen Rahmen eine andere Politik gemacht wird. Die Politik der Behörden muß einen weit engeren Anschluß an die Initiative auf Werksebene finden. Eine Sektorpolitik die sich auf den einzelnen Initiativen auf Werksebene stützt wird damit ermöglicht.

BEMERKUNGEN

- 1) Aktionsplan für Beschäftigung Nimwegen, von Hans Droppert, "Zeggenschap", Januari 1981
- 2) Aktionsprogramm zum Aktionsplan für Beschäftigung, Nimwegen. Auf Anfrage, durch Einzahlung von hfl 5.- auf Postscheckkonto 4210176, Aktionsplan für Beschäftigung, Nimwegen.
- 3) Niederlassungspolitik. Vergleich z.B. Philips.
- 4) Beschäftigungszahlen im nimwegener Raum. (in Unternehmen mit 10 oder mehr Beschäftigten)

	1965	1970	1975	
Industrie	23.689	22.164	17.738	(Raum Nimwegen)
Öff. Dienst	8.672		7.630	(Gemeinde Nimwegen 1966/1974)
Bau	4.864		4.257	(Gemeinde Nimwegen 1966/1974 alle Unternehmen)

Quelle: Sozialwirtschaftliche Probleme im Raum Nimwegen, November 1977

- 5) Zitat aus einem eindringlichen Schreiben des Industriebond FNV, Ortsverwaltung Nimwegen, an den Gemeinderat, 26. Februar 1979:

"Wir sind der Auffassung daß die aktuelle Politik - oder besser der aktuelle Mangel an Politik - Nimwegen nicht helfen wird seine wirtschaftliche Struktur zu verbessern. Im Gegenteil: es kommt uns vor, als ob Nimwegen immer weiter in eine Sackgasse gerät. Es gibt in Nimwegen ganz große Probleme, die auswirken in hohe Arbeitslosenzahlen, große Wohnungsmangel, verfaulende Stadtviertel usw. Eine energische Politik muß geführt werden, die auf einen integrierten Angriff auf die Problematik zielt und auf die Verbesserung der Situation jener Gruppen in unserer Gesellschaft die diese Problematik am eigenen Leibe erfahren. Nach unserer festen Überzeugung ist von einer solchen Politik im Moment nicht die Rede. Ihre Politik, dargelegt im mehrjährigen Budget, enthält kaum neue Elemente; die Ausarbeitung früherer Pläne läßt zu wünschen übrig. Falls es sich um die konkrete Verwirklichung der politischen Ausgangspunkte handelt, zeigt es sich, daß die Gemeinde Nimwegen immer auf dem Holzweg ist. Zwar bekommt Nimwegen jetzt aus mehreren Prämierungsregelungen Finanzhilfe, die Auswirkung davon ist jedoch minimal. Dennoch hat es den Anschein, daß der Gemeindevorstand sich damit zufrieden gibt und es unterläßt bei der Regierung im Haag auf weitergehende Unterstützungsmaßnahmen zu drängen, was dazu geführt hat, daß Nimwegen bei einigen Regierungsmaßnahmen zur Anregung der Wirtschaft in Notstandsgebieten einfach vergessen wurde."

- 6) In einer Versammlung im März 1980 wo Mike Cooley, shop steward bei Lucas Aerospace referierte, hörten aktive Gewerkschafter aus Nimwegen von diesen Aktivitäten. Im Dezember 1980 wurde shop steward Mike Young zum Besuch an einige Betriebe in Nimwegen eingeladen.
- 7) NVV-Jugendgruppe. Plan für die Jugendarbeit, Amsterdam, 1978
- 8) Bulletin des Aktionsplanes für Beschäftigung Nimwegen. Wird monatlich herausgegeben. Redaktion: T. de Vos, Tooropstraat 127, Nijmegen.
- 9) Sehe für eine Kurzfassung der Methode: Ir.A.P. Nagel. Produkt Portfolio Analyse ten behoeve van de strategievorming in een industriële onderneming. Monatsheft "Bedrijfskunde", Jahrgang 52, 1980/3.
- 10) Sehe auch: "Arbeiderszelfbestuur, laat de directie het niet horen", Wochenzeitung Groene Amsterdammer, 14. Januar 1981.
- 11) Der Holec-Konzern hatte schon 1978 "Holec International" gegründet zur Koordinierung seiner internationalen Aktivitäten. Von den modernen Öfen des BTU-Werkes wurde erklärt, Holec dachte daran, diese auch in Europa herstellen zu lassen, aber es gab keine Andeutung dafür, daß die Herstellung im Nimwegener Werk stattfinden würde.
- 12) Natürlich sind mehrere APO's (Arbeitsplätze-Abkommen) geschlossen worden mit unterschiedlicher Inhalt: einige enthalten nur Informationsverpflichtungen des Arbeitgebers über den Stand und die Aussichten der Beschäftigung, andere enthalten Vereinbarungen über eine bestimmte, garantierte Zahl von Arbeitsplätzen.
Das hier erwähnte Abkommen enthält jedoch detaillierte Vereinbarungen in Bezug auf Arbeitsumstände, Arbeitszeit, Zahl der Arbeitsplätze für jede einzelne Werksabteilung. Damit ist eine Kontrolle seitens der ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre im Betrieb erst recht ermöglicht worden.
- 13) Ein Wirtschaftsberatungsbüro für die Bekleidungsindustrie, der Niederländischen Entwicklungsgesellschaft NEHEM angehörend.
- 14) Sehe auch: Stuurman, "Kapitalisme en burgerlijke staat", Verlag SUN Nimwegen, 1978; Helmers u.A.: "Graven naar macht", Verlag van Gennep, Amsterdam, 1975

DIE AUTOREN

Drs. G. Bayens. Studierte Soziologie an der Reichsuniversität Utrecht. Jetzt Mitarbeiter der Schulungs- und Bildungsabteilung des Industriebond FNV. Er schrieb diesen Artikel auf eigener Verantwortung.

DRS. A.J. Droppert. Wirtschaftler beim AKZO-Konzern. Er ist Vorsitzender der Betrieblichen Mitgliedergruppe-Industriebond FNV bei der Zentralen Verwaltungsstellen des AKZO/ENKA und Sekretär der Koordinierungsgruppe für den Aktionsplan für Beschäftigung in Nimwegen. Er ist wohnhaft in Nimwegen.

INDUSTRIEBOND FNV
HAUPTVORSTAND
Postfach 8107
1005 AC AMSTERDAM

GB/TM/484/12.Mai 1981
Uebersetzung
GB/BvH/484.01/25.Nov 1981

IG Metall unterstützt Arbeitskreise "Alternative
Fertigung"

Auf einer Pressekonferenz der IG Metall am 2. Juni 1982 in Bremen erläuterte Frank Teichmüller von der Bezirksleitung Hamburg die Perspektiven, die seine Organisation mit den "Alternativ-Aktivitäten" der Belegschaften von Blohm & Voss in Hamburg, MAK in Kiel und auch VFW in Bremen verbindet. Es geht der IG Metall vor allem darum

- bei den Belegschaften der Großbetriebe das Bewußtsein zu fördern daß Rüstungsproduktion keine Dauerarbeitsplätze schafft und daß es Alternativen zur Arbeitsplatzsicherung gibt
- die Unternehmensleitungen unter Druck zu setzen, sich Gedanken über sozial nützliche Produkte zu machen und die Rüstungsproduktion abzubauen.

Als einen ersten Erfolg wertet Frank Teichmüller, daß bei MAK in Kiel die Verhinderung der Unternehmenspläne zur völligen Aufgabe des Lokomotivenbaus (nach dem Motto Panzer statt Lokomotiven) gelungen ist.

Die Angst um den Verlust ihrer Arbeitsplätze hatte die Kollegen von HDW in Kiel bewegt, für den Bau von U-Booten für das faschistische Chile zu streiken und zu demonstrieren - das Aufzeigen von konkreten Alternativen zur Rüstungsproduktion ist zugleich als ein Beitrag zur Schaffung eines Bewußtseins anzusehen, das nicht für reaktionäre Krisenlösungen anfällig ist. Die IG Metall will statt der Milliarden-Investitionen für Fregatten lieber z.B. Ölauffangschiffe gebaut wissen.

Der Bremer IG Metall-Bevollmächtigte Arno Weinkauf wies auf die Beschlüsse der IG Metall und des DGB hin: die Gewerkschaften fordern die Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung. Auch angesichts der bevorstehenden Engpässe im Staatshaushalt sieht Arno Weinkauf in den Arbeitskreisen "Alternative Fertigung"

einen konsequenten Schritt zur Umsetzung der gewerkschaftlichen Beschlüsse mit dem Ziel, die Arbeitsplätze zu sichern. Er kündigte weitere Bremer Aktivitäten an und hält den Arbeitskreis der VFW-Kollegen erst für den Anfang einer breiteren Bewegung in den Betrieben.

Edgar Einemann/Edo Lübbling

Franke: Städte brauchen mehr Geld

Geschäftsführer der Arbeiterkammer will damit alternative Produkte kaufen lassen

as. Die Erforschung alternativer Produktionsmöglichkeiten der Werften wird so lange ohne Erfolg bleiben, wie den Städten und Gemeinden das notwendige Geld fehlt, um das Fernwärmenetz auszubauen oder biologische Kläranlagen zu installieren. Darauf hat gestern der Hauptgeschäftsführer der Arbeiterkammer, Dr. Walter Franke, vor der Landespressekonferenz hingewiesen. Um die Stadtkassen wieder zu füllen, schlägt Franke unter anderem eine schärfere Steuerprüfung und den Wegfall des Kindergeldes bei einem Nettoeinkommen von 4000 Mark im Monat vor. Ferner müßte das Ehegattensplitting für Besserverdienende geändert und die Ergänzungsabgabe eingeführt werden, forderte der Exbürgermeister.

Bei seinen Parteigenossen von der SPD hat sich der Hauptgeschäftsführer der Arbeiterkammer laut eigenen Angaben bislang mit seinem Anliegen, Groß- und Mittelbetriebe häufiger zu prüfen, nicht durchsetzen können. Beim Finanzsenator gehe man offenbar davon aus, daß zusätzliche Prüfungen zu wenig Geld einbringen. Und außerdem erhalte Bremen im Rahmen des Länderfinanzausgleiches ja ohnehin Mittel von den betuchten Ländern. Diese Denkweise hält Franke indes für gefährlich, weil die „gebenden“ Länder den mangelnden Willen der „nehmenden“ Länder, sich selber Geld zu beschaffen, irgendwann bestrafen könnten. Allein in Bremen, so der Hauptgeschäftsführer der Kammer, fehlten 250 Beamte bei der Steuerprüfung, so daß gegenwärtig Großbetriebe nur alle sechs Jahre und Mittelbetriebe allenfalls einmal in 14 Jahren durchforstet würden. Kleinbetriebe müßten sogar nur alle 30 Jahre mit dem „Besuch“ des Steuerprüfers rechnen.

Nachdem die Forderung nach häufigeren Prüfungen jahrelang von der Politik ignoriert worden sei, setzte Franke jetzt auf die Schlagkraft der Gewerkschaften. Die wollen das Thema seinen Informationen zufolge bundesweit auf die Tagesordnung setzen.

Der Wegfall des Kindergeldes für Besserverdienende (ab 4000 Mark Nettomonatseinkommen) beließe laut Franke rund sieben Milliarden Mark in den öffentlichen Kassen, die ebenfalls für die Erschließung des weiten

Sektors der alternativen Produktion sorgen könnten.

Der Bereich der neuartigen und zugleich umweltfreundlichen Güter liegt Franke als Aufsichtsratsmitglied der krisengeschüttelten AG-„Weser“-Werft besonders am Herzen. Rund 25 Prozent der Schiffbauer nämlich könnten seiner Ansicht nach im Bereich „alternativer Produktion“ beschäftigt werden — hätten die Städte nur genügend Geld, um die

Produkte zu kaufen. Die Senkung der Kosten allein — etwa über Entlassungen — kann den Werften nach Frankes Meinung nicht über den Krisenberg helfen. Statt dessen gelte es, das Grundübel der Branche, die unterschiedlich hohe Subventionierung auf EG- und internationaler Ebene, endlich durch ein weltweites Abkommen auszumerzen.

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der neuen Bundesregierung stößt seitens der Arbeiterkammer auf heftige Kritik. Walter Franke warnte gestern vor einem „Kaputtsparen der Volkswirtschaft“ und vor dem Irrglauben, daß man die Konjunktur mit Maßnahmen der fünfziger Jahre wieder flott bekomme. Für die Arbeiterkammer steht nämlich fest: „Wir befinden uns infolge geringer gewordener und geringer bleibender Wachstumsraten in einer sogenannten Anpassungskrise.“ Das soll heißen: Ein konjunktureller Aufschwung ist nicht in Sicht, das Denken und Handeln von Politik und Wirtschaft muß den neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten angepaßt werden.

Für Bremen sieht Dr. Walter Franke schwarz. Die Zahl der Arbeitslosen wird seiner Einschätzung zufolge bis zum kommenden Jahr auf 40 000 ansteigen. In diesem Zusammenhang bezeichnete er die Arbeitszeitverkürzung als ein Zukunftsthema, das die neue Bundesregierung leider noch nicht aufgegriffen habe. Wer weniger arbeite, so Franke, müsse freilich auch — sofern er zu den Besserverdienenden gehört — auf einen Teil des Lohnes verzichten. Empfänger niedriger Einkommen sollen hingegen von Gehaltskürzungen verschont bleiben.

V Literaturhinweise

- Arbeitsgruppe für angepaßte Technologie (Hrsg.)
Technik für den Menschen, Frankfurt 1982
- BMFT - Szenarien zur wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bis 1995, Bonn 1980
- Bouwer, Günter, Eine Untersuchung über die Möglichkeiten einer Umstellung von militärischer Produktion auf zivile unter besonderer Berücksichtigung der "Vereinigten Flugtechnischen Werke" (VFW), Dissertation, Bremen 1981
- Brandt, Willy, Das Überleben sichern, Bericht der Nord-Süd-Kommission, Köln 1980
- Briefs, Ulrich, Arbeiten ohne Sinn und Perspektive?, Köln 1980
- Bund Deutscher Pfadfinder im Bund demokratischer Jugend, Landesverband Hessen (Hrsg.), Statt Waffen - nützliche Dinge, Frankfurt 1980
- Callenbach, Ernest, Ökotopia, Berlin 1978
- Cooley, Mike, Produkte für das Leben statt Waffen für den Tod. Arbeitnehmerstrategien für eine andere Produktion. Reinbek b. Hamburg, 1982
- Cooley, M., Produktion für gesellschaftliche Bedürfnisse, in: Technologie und Politik, Nr. 15, Reinbek bei Hamburg, 1980
- Der Palme-Bericht, Bericht der unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit, Berlin 1982
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, Düsseldorf 1977
- DGB-Strukturprogramm Küste, Hamburg 1980
- DIW - Abschwächung der Wachstumsimpulse - Strukturberichterstattung 1980, Berlin 1981
- Einemann, Edgar; Lübbling, Edo; Schürz, Manfred; Ansatzpunkte einer aktiven Strukturpolitik für Bremen, Universität Bremen 1981
- Einemann, Edgar; Industriearbeiter in der Wirtschaftskrise. Zum Krisenbewußtsein von Werftarbeitern, Universität Bremen 1982

- Friedrichs, Günter, Mikroelektronik - eine neue Dimension von technischem Wandel und Automation, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 31. Jahrgang, April 1980, Köln
- Fromm, Erich, Der moderne Mensch und seine Zukunft, 8. Auflage, Frankfurt/M. 1977
- Fromm, Erich, Haben oder Sein, München 1979
- Global 2000, Der Bericht an den Präsidenten, Frankfurt 1980
- Gorz, A., Abschied vom Proletariat, Frankfurt/Main 1980
- Grot von, R., u.a. Öffentliche und private Dienstleistungen - Bremen im Großstadtvergleich, Bremen 1979
- Gutachten der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel. Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1977
- Heuff, V., Scharpf, F.W., Modernisierung der Volkswirtschaft. Technologiepolitik als Strukturpolitik Frankfurt/Main 1975
- Heseler, H., Bremen - Eine Problemregion?, in: Berichte aus dem Projekt Arbeitsmarkt Bremen, Bremen 1981
- Huber, J., Anders arbeiten - anders wirtschaften. Frankfurt/Main 1979
- Huffschmid, Jörg, Für den Frieden produzieren Alternativen zur Kriegsproduktion, Köln 1981
- Janik, B., Selektiv investieren - Ein niederländischer Ansatz zu humaner Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/1976
- Kienbaum Unternehmensberatung, Gutachten über die Möglichkeiten einer Programmergänzung der niedersächsischen Seeschiffahrtswerften durch nicht schiffbauspezifische Produkte/Dienstleistungen, Hannover/Gummersbach 1981
- Löw-Beer, P., Industrie und Glück. Der Alternativplan von Lucas-Aerospace, Berlin 1981
- Lutzky, N., u.a., Hafenstädte als Industriestandorte, Bremen 1980

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Jahresgutachten 1980/81, Deutscher Bundestag. BT-Drucksache 9/17

Schmidt, N., Die Arbeitsmarktlage im Lande Bremen - Aus gewerkschaftlicher Sicht, unveröffentlichtes Manuskript, Bremen 1980

Stadtentwicklungskonzept, Freie Hansestadt Hamburg 1980

Statistisches Jahrbuch 1980 für die Bundesrepublik Deutschland, Hrsg. Stat. Bundesamt

Strasser, Johano; Traube, Klaus, Die Zukunft des Fortschritts, Bonn 1981

Strukturplan Unterweserraum, Brm. Bürgerschaftsdrucksache 10/162, April 1980

Wirtschaftsdaten 1981, Hrsg.: Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung, Bremen 1980

Zinn, K.G., Investitionslenkung und gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung, in: Für eine ökonomische Reformpolitik, Hrsg.: Meißner, W., u.a., Frankfurt/Main 1981